



DIG MAGAZIN

Nr. 1 2020/5780

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



55 Jahre שנה 55
Diplomatische Beziehungen ליחסים הדיפלומטיים
Israel-Deutschland ישראל-גרמניה

- » Corona-Lockdown: Plötzlich war alles still
- » Besondere Partnerschaft: Bundeswehr und IDF
- » Verteidigung: Israel braucht sichere Grenzen

Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Uwe Becker (V.i.S.d.P.)
c/o DIG-Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105
10179 Berlin
T 030 / 80907028
www.digev.de
Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Redaktion

Philipp J. Butler Ransohoff
Jürgen Sterzenbach

Mitarbeit

Michaela Engelmeier
Daniel Killy
Bärbel Metz
Anath Pollak
Vincent Wolff
Maya Zehden

Konzeption und Gestaltung

SINNEDESIGN
Unternehmenskommunikation
Hardtblick 5
51429 Bergisch Gladbach
T 022 04 / 20 5443
mail@sinndesign.de

Druck und Verarbeitung

Tannhäuser Media GmbH
Büttgenbachstraße 7
40549 Düsseldorf
T 0211 / 5048888
kontakt@tannhaeuser-druck.de

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN: DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC: BELADEB3333

Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes.



Auswärtiges Amt

Social-Media-Kanäle

DIG



@deutsch.israelische.gesellschaft



@DIGeV_

Junges Forum



@JuFoDIGeV



@JuFoDIG



@JuFoDIG

Inhalt

Aktuell

- 04 | 55 Jahre diplomatische Beziehungen Israel-Deutschland
- 06 | DIG-Generalsekretärin Michaela Engelmeier / Flagge zeigen für die Freundschaft
- 07 | NRW eröffnet Landesbüro in Tel Aviv: Interview mit Dr. Mark Speich und Dr. Gil Yaron
- 08 | Postkoloniale Israelfeindschaft *Lorenz Deutsch*
- 09 | Mit Big Data gegen die Pandemie *Andrea Frahm*
- 10 | Plötzlich war alles still *Arye Sharuz Shalicar*
- 12 | Ein Land am Limit *Dr. Ralf Balke*

Sicherheit

- 14 | Warum Israel sichere Grenzen braucht *Prof. Efraim Inbar*
- 16 | Trumps Friedensplan *Uwe Becker und Dr. Hermann Kuhn*
- 18 | Auf ewig verbunden *Stephan Jeglinski*
- 19 | Grundpfeiler der Freundschaft *Dr. Marcus Faber*

Gedenken

- 20 | Gedenkreden zum Holocaust *Jacqueline Schäfer*
- 22 | Angela Merkel in Auschwitz *Jürgen Sterzenbach*

Nachruf

- 24 | Dr. Burkhard Hirsch *Dirk Niebel und Johannes Gerster*
- 25 | Andrew Walde *Uwe Becker*

Antisemitismus

- 26 | Antisemitismus und Recht: Interview mit Christine Lambrecht
- 27 | Starkes Netzwerk: Die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung *Elmar Esser*
- 28 | Zur BDS-Stellungnahme der EKD *Dr. H. Kuhn, Dr. B. Moldenhauer und Dr. W. Wittekind*

Jüdisches Leben

- 29 | 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland *Dr. Regina Plaßwilm*
- 30 | Josef-Neuberger-Medaille: Interview mit Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery

Arbeitsgemeinschaften

- 32 | DIG Bayreuth: Gedenkkonzert mit dem Zamirchor
- 32 | DIG Berlin und Brandenburg e.V.: Holocaust-Erinnerung, Israelreise im Februar
- 34 | DIG Frankfurt: Corona-Veranstaltung auf YouTube
- 35 | DIG Gießen: Antisemitismus und Schule
- 36 | DIG Halle-Umland: 30. Studienreise nach Israel
- 37 | DIG Hamburg: Jazz-Spezial im Birdland
- 38 | DIG Köln: Erinnern gestaltet Zukunft
- 40 | DIG Magdeburg: Eine Stadt für alle
- 40 | DIG Memmingen: Holocaust-Gedenken in der alten Synagoge
- 41 | DIG München: Besuch im NS-Dokumentationszentrum
- 41 | DIG Münster: Ausstellung über Täter, Mitläufer und Widerstand

Junges Forum

- 42 | Neue Partner – neue Möglichkeiten

Mitgliederporträts

- 44 | Dr. Roman Salyutov
- 45 | Carola Deutsch
- 46 | Robert Maximilian Rühl

Fotografie · Bücher · Film

- 47 | Ausstellung Bauhaus-Architektur in zeitgenössischen Fotografien *Anika Stürcken*
- 48 | Israel-Studien im Wallstein Verlag *Dr. Johannes Platz*
- 49 | Marko Martin: Dissidentisches Denken *Claudia Korenke*
- 50 | TSAHAL Dokumentarfilm von Claude Lanzmann *Dr. Johannes Platz*
- 51 | SERET Israelisches Film- und Fernsehfestival *Jürgen Sterzenbach*

Liebe Mitglieder und Freunde der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, liebe Leserinnen und Leser!

Dort, wo in diesen Tagen unter normalen Umständen israelische Fahnen die Fußgängerzonen deutscher Städte bereichern und verschönern würden, beginnt erst langsam wieder das öffentliche Leben Fahrt aufzunehmen. Statt der gewohnten Israeltage unter freiem Himmel sind vielerorts Online-Stammtische zu virtuellen Treffpunkten der Freundinnen und Freunde Israels geworden. Umso schöner und dankenswerter kann man sehen, wie ideenreich und innovativ die Arbeitsgemeinschaften unserer DIG die Einschränkungen der Corona-Krise zur Ausgestaltung neuer Formate des Dialogs und der Information nutzen. Daher gebührt an dieser Stelle auch ein großes Dankeschön all denjenigen, die in den zurückliegenden Wochen die Arbeit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und damit die Förderung der Beziehungen zwischen beiden Staaten weiter mit großem Engagement und Leidenschaft betrieben haben. Dies gilt gerade auch für das Junge Forum.

Auch diese Ausgabe unseres Magazins ist ein Beleg dafür, dass Corona zwar das öffentliche Leben, nicht jedoch die Lebendigkeit unserer DIG einschränken kann. Denn mit vielen neuen Themen, Berichten aus den Arbeitsgemeinschaften, dem Jungen Forum und klaren Botschaften zeigen wir, dass die DIG analog wie digital präsent und wahrnehmbar ist.

Mit der Erneuerung unseres Internetauftritts und der Präsenz in den Sozialen Medien verhelfen wir unserer Stimme zu noch mehr Gehör und zeigen uns modern und zukunftsfähig. Um die Handlungsfähigkeit und auch die Schlagkraft unserer DIG weiter zu erhöhen, um zusätzliche Impulse zu setzen, die Vernetzung zwischen den Arbeitsgemeinschaften zu verbessern, unser Auftreten in der Öffentlichkeit noch weiter zu professionalisieren und die Präsenz der DIG noch weiter zu erhöhen, haben wir eine bereits länger ins Auge gefasste Weichenstellung vollzogen und mit Frau Michaela Engelmeier die Position der Generalsekretärin besetzt.

Inhaltlich haben wir zu entscheidenden Fragen aktiv Stellung bezogen und mit dem jüngsten Betätigungsverbot der Terrororganisation Hisbollah in Deutschland wurde eine langjährige Forderung der DIG endlich Realität. Dass Hass und Hetze gegenüber Israel damit jedoch nicht aufgehört haben, zeigen gerade auch in der Corona-Krise die unzähligen Verschwörungstheorien, die den jüdischen Staat als Virustreiber verunglimpfen.

Nicht nur dazu haben wir Position bezogen, sondern auch die durchaus kontroverse Sicht auf die Pläne des US-Amerikanischen Präsidenten zur künftigen Ordnung im Nahen Osten hat uns beschäftigt und findet sich auch in diesem Magazin wieder.

Wenn Sie noch nicht selbst Teil unserer Deutsch-Israelischen Familie sind, überzeugt Sie vielleicht dieses Magazin davon, der DIG beizutreten und unsere Arbeit zu unterstützen.

75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, 72 Jahre nach der Ausrufung der Unabhängigkeit Israels am 14. Mai 1948 und 55 Jahre nach der Aufnahme der offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel umschließt noch immer ein besonderes Band die beiden Länder. Dies wird auch in der Zukunft so sein, wenn sich die Menschen weiterhin der Besonderheit unserer Deutsch-Israelischen Freundschaft bewusst bleiben und für dieses Miteinander eintreten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und anregende Gedanken bei der Lektüre unseres DIG-Magazins.

Ihr

Uwe Becker

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft





55 Jahre ליחסי הגומלין
 Diplomatische Beziehungen ישראל-גרמניה
 Israel-Deutschland

Willkommen im Jubiläumsjahr

Im Jahr 2020 begehen Israel und Deutschland den 55. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Botschaften in Berlin und Tel Aviv haben zu einem Logo-Wettbewerb aufgerufen.

Israel schätzt sich glücklich, mit Deutschland einen verlässlichen Partner auf internationalem Parkett zu haben, mit dem es enge Beziehungen in Bereichen wie Sicherheit, Forschung und Entwicklung sowie regen Austausch im politischen, kulturellen, wissenschaftlichen und zivilen Bereich pflegt.

Auch aus deutscher Sicht sind die Beziehungen zu Israel einzigartig sowie von enormer politischer wie gesellschaftlicher Bedeutung. Sie sind ein konstituierender Pfeiler deutscher Außenpolitik. Unsere Partnerschaft ist geprägt von der deutschen Verantwortung für die Vergangenheit und gleichzeitig zukunftsgerichtet, in Wissenschaft und Forschung, Technik und Wirtschaft.



Wegbereiter der deutsch-israelischen Freundschaft: Konrad Adenauer zu Besuch bei David Ben Gurion und dessen Ehefrau in deren Haus im Kibbuz Sde Boker.

Foto: Fritz Cohen, GPO National Photo Collection

Vor allem aber werden die Beziehungen von den Menschen getragen, die sie tagtäglich ausgestalten und lebendig halten: Kulturschaffende, Studierende, Politiker, Vertreter von Wirtschaft und Medien, Mitgliedern der DIG und vielen anderen. Jugend- und Schulaustausch sind in ihrem Facettenreichtum von großer Bedeutung. Bilaterale Abkommen, etwa über konsularische Zusammenarbeit, und zahlreiche politische Delegationsbesuche bezeugen die Einzigartigkeit und Stärke der Verbundenheit unserer beiden Staaten. Erst vor kurzem haben wir uns gegenseitig bei der Rückholung israelischer und deutscher Touristen unterstützt, die aufgrund der Corona-Krise in ihren Urlaubsländern gestrandet waren.

Und auch wenn die aktuelle Viruspandemie die Möglichkeit von persönlichen Begegnungen in den deutsch-israelischen Beziehungen nur virtuell zulässt, so ist klar erkennbar: das gegenseitige Interesse der Menschen steigt weiter. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der deutschen Touristen, die nach Israel reisen, immer weiter angewachsen. Berlin ist in den vergangenen Jahren Anziehungspunkt für viele junge Israelis gewesen, die sich dort zeitweise niedergelassen haben.

Zwar verändert die Corona-Krise die Art und Weise, wie wir dieses besondere Jahr miteinander begehen können. Wir sind auf virtuellen Plattformen miteinander verbunden, statt uns persönlich zu treffen. Die Krise entfernt uns und verringert doch geografische Distanzen, denn wir setzen uns alle mit derselben Bedrohung auseinander, in Israel, in Deutschland – und testen dabei neue technische Möglichkeiten aus.

Grundsätzlich teilen wir dieselben Werte und Interessen. Ungeachtet der geopolitischen Entwicklungen im Nahen Osten, der transatlantischen und globalen Herausforderungen und der

politischen Herausforderungen in Europa haben wir deshalb eine hervorragende Basis dafür geschaffen, optimistisch und gemeinsam in die Zukunft zu blicken.

Um das Jubiläumsjahr mit einem Logo zu begleiten, riefen wir – die Israelische Botschaft in Deutschland und die Deutsche Botschaft in Israel – im Februar dieses Jahres gemeinsam einen Wettbewerb aus. Wir haben daraufhin 82 wunderbare, kreative, inspirierte Vorschläge erhalten, aus denen die Jury das Gewinner-Logo ausgewählt hat.

Gemeinsam entworfen haben es die Design-Studentin Ann-Katrin Giesen aus Bottrop und die Texterin Tabea Stöhr aus Berlin; sie schrieben dazu: „Das Logo zeigt ein Herz, das aus einer mittig gespiegelten 55 besteht. Es symbolisiert die freundschaftli-

chen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, und vereint durch die unterschiedlichen Ausrichtungen der Ziffern den Blick in die Vergangenheit mit der Zukunft.“

Das Logo darf von den Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gerne für bilaterale Projekte verwendet werden. Wenden Sie sich dazu bitte an unser Koordinationsbüro „55 Jahre Israel Deutschland #IL55DE“.

Kontakt:

**Koordinationsbüro 55 Jahre Israel Deutschland #IL55DE
Botschaft des Staates Israel
Auguste-Viktoria-Strasse 74-76 · 14193 Berlin
Telefon: +49 30 890 45 423 · Mail: pr3@berlin.mfa.gov.il**

Liebe Freundinnen und Freunde!

2020 ist ein besonderes Jahr: Wir schauen zurück und voraus. Erst im Januar haben wir des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedacht. Bundespräsident Steinmeier hat zu diesem Anlass beim World Holocaust Forum in Jerusalem gesprochen und dabei die immerwährende Verantwortung Deutschlands unterstrichen. Gemeinsam haben die Präsidenten Rivlin und Steinmeier bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag hieran erinnert.

Das 55. Jubiläum der diplomatischen Beziehungen lädt uns nun ein, nach vorn zu schauen. Der 12. Mai ist das genaue Datum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Ungeachtet der globalen Herausforderung um Corona ermuntern wir Sie, dieses Jubiläumsjahr mit uns zu begehen. Halten Sie die von Ihnen über die Jahrzehnte geknüpften Kontakte zu Partnern in Israel aufrecht, bleiben Sie – zumindest zunächst virtuell – mit Ihren Freunden verbunden.

Vielleicht entwickeln Sie ja bereits Ideen, wie die deutsch-israelischen Beziehungen neue Impulse bekommen können, sobald die aktuell herausfordernden Zeiten von allen Ländern und Menschen dieser Welt überstanden sind.

Lassen Sie uns wissen, wie Sie sich in das Jubiläum einbringen und verwenden Sie in den sozialen Medien den Hashtag #IL55DE. Wir freuen uns, in diesem Jubiläumsjahr mit Ihnen gemeinsam die Freundschaft zwischen Israel und Deutschland zu würdigen.



Gemeinsames Gedenken am 29. Januar 2020 im Deutschen Bundestag anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Am Rednerpult Israels Staatspräsident Reuven Rivlin. Foto: Jesco Denzel BPA



Georg Enzweiler

Georg Enzweiler
Gesandter der Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland
im Staat Israel



Aaron Sagui

Aaron Sagui
Gesandter der Botschaft des
Staates Israel in der Bundes-
republik Deutschland

Amtsantritt in Berlin

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft beruft mit Michaela Engelmeier erstmals eine Generalsekretärin. Damit wird die Schlagkraft der DIG weiter erhöht.



Michaela Engelmeier will sich insbesondere in den Bereichen Bildung und Öffentlichkeitsarbeit engagieren. Foto: CH Lietzmann

„Um die Handlungsfähigkeit und auch die Schlagkraft unserer DIG weiter zu erhöhen, um zusätzliche Impulse zu setzen, die Vernetzung zwischen den Arbeitsgemeinschaften zu verbessern, unsere Arbeit und unser Auftreten in der Öffentlichkeit noch weiter zu professionalisieren und die Präsenz der DIG noch weiter zu erhöhen, hat das Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft eine bereits länger ins Auge gefasste Weichenstellung vollzogen und die Stelle einer Generalsekretärin geschaffen“, erklärte der Präsident der DIG, Uwe Becker.

„Am 1. April hat Michaela Engelmeier diese Funktion übernommen. Sie wird im Zusammenwirken mit dem Präsidium und mir in herausgehobener Stellung die Arbeit unserer Gesellschaft bereichern. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihr

in ihrer neuen Funktion und bin sicher, dass wir damit auch unsere Präsenz als DIG in der öffentlichen Wahrnehmung, bei Bildungseinrichtungen, nationalen, europäischen und internationalen Einrichtungen noch weiter steigern können, ganz im Interesse unseres Engagements für die Deutsch-Israelische Freundschaft“, so Becker.

Michaela Engelmeier ist 59 Jahre alt, hat zwei erwachsene Kinder und war zuletzt Hauptstadt Office Managerin beim großen Jüdischen Sportverband MAKKABI Deutschland. Als ehemalige Bundestagsabgeordnete der SPD, aber vor allem auch persönlich und als Sportlerin hat sie seit vielen Jahren einen großen Bezug zu Israel und dem lebendigen jüdischen Leben in unserem Land. Sie war unter anderem Mitglied der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages und bis zur Übernahme der Funktion der Generalsekretärin auch Vizepräsidentin der DIG.

Als Generalsekretärin will sie sich insbesondere in den Bereichen Bildung und Öffentlichkeitsarbeit engagieren, um das Wissen über Israel in der Bevölkerung zu verbreitern und den häufig verzerrten Darstellungen entgegenzutreten. „Viele Deutsche sind erstaunt und angenehm überrascht, wenn sie zum ersten Mal nach Israel kommen. Die Realität ist eine ganz andere als das negative Bild, das oftmals vermittelt wird. Ich bin überzeugt, das die Deutsch-Israelische Gesellschaft noch viel mehr dazu beitragen kann, Vorurteile abzubauen und auf dieses faszinierende Land neugierig zu machen,“ so Michaela Engelmeier.

Israelische Flaggen an Deutschlands Rathäusern

Flagge zeigen für die Deutsch-Israelische Freundschaft – mit diesem Appell rief DIG-Präsident Uwe Becker dazu auf, am 12. Mai die Fahne des Staates Israel an den Rathäusern und Kreisverwaltungen in Deutschland zu hissen. „Aus der historischen Schuld Deutschlands für die Verbrechen der Schoah ist eine historische Verantwortung für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft geworden, für die unsere Staatsräson gegenüber Israel ein besonderer Ausdruck ist. Der Beginn der diplomatischen Beziehungen vor nunmehr 55 Jahren hat 1965 eine Brücke geschaffen, die den Weg von Annäherung über Aussöhnung bis hin zur heutigen Freundschaft und vielseitigen Partnerschaft möglich gemacht hat. Uns erfüllt das enorme Vertrauen, das der Jüdische Staat damals Deutschland gegenüber gezeigt hat, auch heute noch mit großer Dankbarkeit. Umso wichtiger ist es, dass wir diese besonderen Beziehungen zu Israel auch in unserem praktischen Handeln leben und nach außen zeigen“, führte DIG-Präsident Uwe Becker aus.

„Flagge zeigen für die Deutsch-Israelische Freundschaft ist daher ein gutes und starkes Signal für die Förderung und den Ausbau dieser Beziehungen, gerade auch in einer Zeit wachsender Judenfeindlichkeit. Die israelische Fahne an Deutschen Rathäusern und Kreisverwaltungen ist ein schönes Zeichen, um

auch dem Ungeist des israelbezogenen Antisemitismus den positiven Geist der Deutsch-Israelischen Freundschaft entgegen zu setzen. Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Kommunalverantwortliche diesem Aufruf folgen“, so Uwe Becker. Gemeinsam mit DIG-Generalsekretärin Michaela Engelmeier hatte er jene Städte angeschrieben, die über offizielle Partnerschaften mit israelischen Kommunen verfügen, um ihre Freundschaft an diesem besonderen Tag zu unterstreichen.

Der DIG-Aufruf, Israels Flagge zu hissen, ging an alle Städte und Kreise in Deutschland, die Partnerschaften mit israelischen Kommunen unterhalten.

Foto: DIG



Nordrhein-Westfalen eröffnet Landesbüro in Tel Aviv

Die traditionell engen Beziehungen des Bundeslandes zu Israel sollen weiter intensiviert werden, erklären NRW Staatssekretär Dr. Mark Speich und Leiter Dr. Gil Yaron.



Dr. Gil Yaron ist in Düsseldorf aufgewachsen und war zuletzt als Korrespondent der WELT in Israel tätig. Er gilt als ausgewiesener Kenner der Region.

Foto: Land NRW / Shani Nahmias

Herr Dr. Yaron, was verbindet Sie persönlich mit Nordrhein-Westfalen? Warum haben Sie sich entschlossen, die Position als Vertretungsleiter anzutreten?

Gil Yaron: Meine Biographie ist eng mit Nordrhein-Westfalen verknüpft. Mein Großvater stammte aus Hoengen in der Städteregion Aachen und bezeichnete sich selbst bis an sein Lebensende als „Öcher Jung“. Kurz nach meiner Geburt kehrten meine Eltern nach Deutschland zurück und zogen nach Düsseldorf, wo ich bis zum Abitur lebte. Die Stadt, der Grafenberger Wald, sind deshalb für mich ein Stück Heimat. Familie und viele Jugendfreunde verbinden mich eng mit Düsseldorf. Als man mir anbot dabei zu helfen, meine beiden Heimaten – Israel und Nordrhein-Westfalen – enger miteinander zu verknüpfen, habe ich sofort zugesagt. Das ist eine Herzaufgabe.

Was sind Ihre Ziele für die kommenden Jahre – und was kann eine solche Landesvertretung überhaupt leisten?

Gil Yaron: Unsere Aufgabe ist es, die bilateralen Beziehungen in allen Bereichen der Länderkompetenz zu intensivieren und auszubauen. Wir führen Aktivitäten zusammen und schaffen Synergien. Wir finden Ansprechpartner für Projekte, wir helfen bei der Umsetzung und wir begleiten sie mit unserem fachlichen Wissen über Israel und Nordrhein-Westfalen. Wir sind selbst Ansprechpartner für Delegationen aus Nordrhein-Westfalen. Und natürlich sind wir auch dazu da, eigene Projekte und Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

Herr Dr. Speich, Sie sind in NRW für Internationales verantwortlich. Wie haben Sie die Eröffnung der Vertretung in Israel erlebt? Was verbindet Sie persönlich mit Israel?

Mark Speich: Ich habe erstmals im Jahr 1988 an einem Schüleraustausch mit Israel teilgenommen, habe in einer Familie in Ramat Gan gelebt und das ganze Land und seine Herausforderungen kennen lernen dürfen. Seither verbindet mich mit Israel eine enge und tiefe Beziehung. Auch spätere berufliche Stationen

haben mich immer wieder nach Israel geführt. Die Eröffnung des Büros habe ich als einen besonders glücklichen Moment erlebt. Die enge Verbindung des Landes Nordrhein-Westfalens zum Staat Israel, der sich unser Ministerpräsident ganz besonders verpflichtet weiß, wird damit auf eine neue Stufe gehoben. Es ist auch gut, dass es für dieses Engagement einen Konsens aller Verfassungsparteien im Landtag gibt.

Was versprechen Sie sich von der Eröffnung des Büros – für NRW, für Deutschland, aber auch für Israel? An wen richtet sich dieses Büro?

Gil Yaron: Das Büro richtet sich gleichermaßen an die Menschen in Israel wie in Nordrhein-Westfalen. Es geht uns darum, noch engere Bande zu knüpfen und möglichst viele gesellschaftliche Gruppen einzubeziehen, vom High-Tech Ingenieur und Molekularbiologen über den Feuerwehrmann und Polizisten bis hin zum Bäcker, Bauarbeiter und Fußballer. Wir versprechen uns davon viele Vorteile: mehr wirtschaftliche Beziehungen, noch intensiveren Austausch in der Wissenschaft, in der Kultur und in anderen Lebensbereichen und mehr Tourismus.

Die Eröffnung des Büros ist ein wichtiger symbolischer Schritt für die Stärkung der Beziehungen mit Israel. Aber warum braucht es diese Vertretung, wenn die Deutsche

Dr. Mark Speich ist Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa sowie Internationales, Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund sowie Leiter der NRW-Landesvertretung in Berlin. *Foto: Land NRW / Amin Akhtar*



Botschaft und die Außenhandelskammer (AHK) bereits vor Ort vertreten sind?

Mark Speich: Das Büro macht keine Außenpolitik und es macht mehr als nur Wirtschaft: Mit dem Fokus auf Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur wird das Büro die gesamte Bandbreite der Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Israel abdecken. Es wird das Angebot vor Ort ergänzen und erweitern. Die Botschaft und die AHK sind dabei hervorragende und bewährte Partner.

Weiter auf der nächsten Seite >>>

Herr Yaron, Sie gelten als Kenner Deutschlands und Israels, waren lange Jahre journalistisch tätig. Aus Ihrer Perspektive: Wie haben sich die deutsch-israelischen Beziehungen in den letzten Jahren entwickelt?

Gil Yaron: Israel blickt immer entspannter und mit immer mehr Sympathie auf Deutschland. Es ist ein beliebtes Reiseziel, deutsche Waren sind hoch geschätzt, Angela Merkel genießt große Anerkennung. Diese steigende Sympathie für Deutschland ist eine gute Ausgangslage für die Arbeit unseres Büros.

Herr Dr. Speich, wie sieht das die Staatskanzlei? Armin Laschet war zur Eröffnung der Vertretung persönlich in Israel. Ist dies ein Ausdruck der besonderen Wertschätzung?

Mark Speich: Die Beziehung zu Israel ist für Nordrhein-Westfalen und für den Ministerpräsidenten persönlich von besonderer Bedeutung. Der Besuch in Yad Vashem demonstrierte, dass die Vergangenheit Teil unserer Beziehung ist. Die Eröffnung des Büros zeigt gleichzeitig, dass unsere Beziehungen nicht nur in der Vergangenheit verankert sind, sondern gleichermaßen die Zukunft im Blick haben. Nordrhein-Westfalen und Israel stehen vielen ähnlichen Herausforderungen gegenüber: Strukturwandel, Integration, Klimawandel, dicht besiedelte Ballungsräume, die neue technologische und politische Ansätze erfordern, um



Ministerpräsident Armin Laschet eröffnete am 29. Februar 2020 gemeinsam mit Dr. Gil Yaron das neue Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Tel Aviv. Es befindet sich im Herzen der israelischen Startup-Szene, im Co-Working-Space „BE ALL“. Foto: Land NRW / Ralph Sondermann

das Leben in ihnen positiv zu gestalten. Gemeinsam können wir das besser bewältigen und voneinander profitieren.

Die Fragen stellten Vincent Wolff und Philipp J. Butler Ransohoff.

Postkoloniale Israelfeindschaft

Warum ich gegen die Einladung von Achille Mbembe zur Ruhrtriennale protestiert habe.

Im Jahr 2018 gab es bereits ausgiebige Debatten über das Verhältnis der Intendantin Stefanie Carp zur BDS-Bewegung, ausgelöst durch die Einladung der schottischen Band Young Fathers und verstärkt durch ihre Weigerung im Kulturausschuss des Landtags, sich eindeutig zum Existenzrecht Israels zu äußern. Auch in Folge dieser Erfahrung hat der Landtag Nordrhein-Westfalen einen eindeutigen Beschluss gegen jede Unterstützung der BDS-Bewegung durch Mittel und Infrastrukturen des Landes NRW gefasst.

In diesem Jahr sollte nun der in Johannesburg lehrende Achille Mbembe die Eröffnungsrede halten. Er gilt vielen als der renommierteste Kulturwissenschaftler Afrikas. Er ist insbesondere

mit dem Feld der Postkolonialismus-Forschung verbunden. Für seine Beiträge ist er vielfach und hochkarätig ausgezeichnet worden. Leider ist sein Werk aber auch durchzogen von stark israelfeindlichen Aussagen, die der BDS-Propaganda in nichts nachstehen. In mehreren Beiträgen fungiert Israel als Fluchtpunkt seiner Kritik an westlicher Kolonialpolitik, für die die besetzten Gebiete ein „Labor“ darstellten. Dies sei der größte moralische Skandal unserer Zeit, denn „...sie [die Israelis] sind bereit bis zum Ende zu gehen: Blutbad, Zerstörung, stufenweise Vernichtung. Es ist Zeit für eine globale Isolation.“ (Vorwort, in: Apartheid Israel) Der BDS-notorische Apartheidsvergleich darf auch nicht fehlen, allerdings gesteigert: Israel biete die High-tech-Variante des südafrikanischen Modells. In links-aktivistischer Manier kritisiert Mbembe unterschiedslos jede staatliche Gewalt gegen vermeintlich aus rassistischen Gründen unterprivilegierte Gruppen. In dieser Differenzierungslosigkeit geraten Aussagen auch immer wieder in bedenkliche Nähe zur Holocaustrelativierung. So geraten heutige Israelis unversehens in eine Reihe mit alten Nazis.

In den inzwischen zahlreichen Verteidigungen Achille Mbembes, auch seinen eigenen, wird auf diese Vorwürfe in auffälliger Weise nicht eingegangen. Vielmehr wird mit seinen emanzipatorischen Absichten und zahlreichen Auszeichnungen argumentiert. Was man bislang nicht wahrgenommen hat, darf nun auch weiter nicht wahr sein.

Lorenz Deutsch MdL

Sprecher für Kulturpolitik der FDP-Fraktion im Landtag NRW und Vorsitzender der Liberalen Freunde Israels e.V.



Lorenz Deutsch. Foto: Susanne Klömpges

Mit Big Data gegen die Pandemie

Forscher des Weizmann-Instituts in Israel haben eine Methode entwickelt, mit der die Verbreitung des neuartigen Coronavirus vorhergesagt werden kann.

Herr Rossmann, Ihr Tracking-Tool wurde vom israelischen Gesundheitsministerium offiziell eingeführt. Wie kam die Idee zustande?

Hagai Rossmann: Unser Leiter Prof. Eran Segal forscht an Big-Data-Anwendungen in der Medizin. Er hatte die Idee, der Pandemie mit Daten beizukommen. Südkorea ist ein gutes Beispiel dafür: Je mehr Informationen man hat, desto besser kann man den Kampf gegen die Krankheit führen. Die beste Methode ist natürlich, so viel wie möglich zu testen, was in Israel bisher nur in begrenztem Umfang geschieht. Deshalb haben wir über ein kostenloses strategisches Tool nachgedacht, in Form einer einfachen, einminütigen Befragung, in der israelische Bürger – unabhängig davon, ob sie krank oder gesund sind – einmal täglich angeben, welche Symptome sie in Bezug auf Covid-19 haben. Jeder kann die Informationen über die Website coronaisrael.org eingeben. Die Resonanz war mit etwa 50.000 Rückmeldungen in der ersten Woche von Anfang an gewaltig. Wir sehen jetzt einen rasanten Anstieg auf über eine halbe Million Rückmeldungen pro Woche. Das ist richtig explodiert.

Was war bisher Ihr Hauptziel?

Hagai Rossmann: Unser Ziel ist es, eine Million Abfragen pro Tag zu erreichen, was 20 Prozent der israelischen Bevölkerung entspricht. Sobald wir die Ausgangslage im Hinblick auf die Symptome in der Bevölkerung kennen und sobald wir einen Höhepunkt in bestimmten Gebieten beobachten, sind wir hoffentlich in der Lage, Cluster-Ausbrüche in bestimmten Regionen vorherzusagen. Ein gutes Beispiel ist der Ausbruch in den ultraorthodoxen Vierteln, in denen die Mehrheit der infizierten israelischen Patienten lebt. So konnten wir in Bnei Brak, einer ultraorthodoxen Stadt nahe Tel Aviv, die Entwicklung anhand unserer Daten noch vor dem Ausbruch erkennen.

Erfassen Sie auch personenbezogene Daten derjenigen, die Ihnen die Informationen zur Verfügung gestellt haben?

Hagai Rossmann: Wir handeln als wissenschaftliche Institution in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium und vermeiden Probleme mit dem Datenschutz grundsätzlich, also identifizieren wir die Menschen nicht als konkrete Individuen.

Wie ist es Ihnen gelungen, die Informationen aus den ultraorthodoxen Vierteln oder von anderen Minderheiten, also der arabischen Bevölkerung, zu erhalten, wenn man bedenkt, dass einige dieser Gemeinschaften das Internet nicht nutzen?

Hagai Rossmann: Das ist in der Tat eine Herausforderung, aber es gab doch an die 2.000 bis 3.000 von ihnen, die die Fragen beantwortet haben. Wir versuchen, möglichst viele verschiedene Minderheiten zu erreichen. So ging Eran Segal zum Beispiel auch ins arabische Fernsehen, um die Menschen dazu zu bewegen, die Fragen zu beantworten. Darüber hinaus versuchen wir,



Visualisierung der Verbreitung von Covid-19-Symptomen im Raum Tel Aviv. Karte: Weizmann-Institut

mit Führungspersonlichkeiten aus diesen Gebieten zu sprechen, und wir sehen danach tatsächlich immer einen deutlichen Anstieg bei den eingegangenen Daten.

Steht das Instrument auch den palästinensischen Behörden zur Verfügung? Ich nehme an, dass die Befragung sehr hilfreich wäre, um Ausbrüche im Gazastreifen oder im Westjordanland zu verhindern. Wie sieht es mit anderen Ländern aus?

Hagai Rossmann: Jeder in der Region kann an der Befragung teilnehmen. Wir befinden uns momentan in einer Aufbauphase und planen auch, das Tool international einzuführen. Viele Länder haben bereits Interesse bekundet und es gibt ein internationales Konsortium. Unser großes Ziel ist es, dass alle ihre Daten zur Verfügung stellen, damit wir alle voneinander lernen und dieser Herausforderung gemeinsam begegnen können.

Was wäre der nächste Schritt für die Zukunft? Wie sehen Ihre Pläne im Hinblick auf eine mögliche Exit-Strategie aus?

Hagai Rossmann: Zunächst wollen wir deutlich differenziertere Modelle verwenden. Wir wollen wissen, wie sich die Sache entwickelt, sobald die Symptome einsetzen, was große Datenmengen und erheblichen Modellierungsaufwand erfordert. Darüber hinaus würden wir gern auf Daten und Modelle von Forschern aus der ganzen Welt zurückgreifen, um das Tool noch effektiver machen zu können. Und was die Exit-Situation betrifft, werden wir das Tool dazu nutzen, um Orte zu identifizieren, wo die Einschränkungen schrittweise wieder aufgehoben werden können.

Andrea Frahm

Zweite Vorsitzende der DIG Hamburg und im Helmholtz-Büro in Tel Aviv für Innovationsmanagement verantwortlich. Sie tauschte sich mit dem Datenwissenschaftler Hagai Rossmann aus.



Foto: privat

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren.

Plötzlich war alles still

„Thank you for being late“ hat der Journalist und Schriftsteller Thomas L. Friedman sein weltbekanntes, 2016 erschienen Buch genannt. Die Übersetzung ins Deutsche erschien ungefähr ein Jahr später. Wiederum ein Jahr darauf hatte ich es endlich zu Hause in meinem Regal. Seit knapp anderthalb Jahren, ja, seitdem steht es da, im Regal.



Arye Sharuz Shalicar entdeckt die positiven Seiten der Ausgangssperre. Foto: Bernd Lammel

Unzählige Male habe ich das Buch in die Hände genommen, angefangen darin herumzublättern, einige Seiten gelesen, aber es aufgrund von Zeitmangel immer wieder ins Regal zurückgestellt, mit dem Ziel, es so bald wie möglich komplett zu lesen. Es hat mich deprimiert, dass ich nicht mehr imstande bin, einfach mal so ein Buch zu lesen, das nicht direkt mit meinem Berufsalltag zu tun hat und somit als Pflichtlektüre gilt. Einfach mal so ein Buch zum Genuss zu lesen, ganz in Ruhe, ist mittlerweile, zumindest in meiner Lebenssituation, nicht mehr möglich.

Das liegt daran, dass ich beruflich im Durchschnitt gefühlte 300 Artikel täglich lese, hunderte Nachrichten auf Whatsapp, Messenger und über Mail beantworten muss, privat auf Facebook, Instagram und Twitter aktiv bin und last but not least, eine Frau und zwei kleine Kinder habe, mit denen ich viel mehr Zeit verbringen möchte. Vor einem Burnout stand ich schon. Eine Hirnhautentzündung habe ich schon hinter mir. Doch plötzlich wurde es still. Plötzlich stoppte das Leben. Aus einer immensen Beschleunigungssituation fand fast über Nacht eine noch immensere Entschleunigung statt.

Das erste Mal, als ich merkte, dass sich wirklich etwas verändert hatte war, als ich Anfang, Mitte März morgens aus dem Haus zur Arbeit fuhr. Ich lief raus zum Fahrstuhl. Der kam dann relativ schnell. Er war leer. Er stoppte auch nicht in einer der unteren Etagen, weil sich Nachbarn mit ihren Kindern noch reinquetschen wollten. Ich fuhr bis zum Parkplatz durch. Ungestört. Dann lief ich zum Auto. Alleine. Niemand außer mir lief zum Auto. Und das am Sonntag morgen gegen 7 Uhr, wo normaler-

weise Terror herrscht, weil alle pünktlich raus müssen. Aber es war mucksmäuschenstill. Ich stieg ins Auto und fuhr zur Arbeit, zum Büro des Premierministers in Jerusalem. Kein Stau. Kein Hupen. Keine Überholmanöver. Selbst am Shabbat ist mehr los auf den Straßen, dachte ich, und fuhr entspannt ins Büro.

Das war Anfang, Mitte März. Mittlerweile hat sich unser aller Leben komplett auf den Kopf gestellt. Anfangs haben die vielen Veränderungen Ängste in uns ausgelöst. Menschliche Ängste, die wir alle bei Veränderungen und Einschränkungen fühlen. Doch mit der Zeit gewöhnt man sich an den neuen Alltag. Ich kann selber nicht glauben, das ich das wirklich ernst meine, denn für mich brach vor ein, zwei Monaten mehr oder weniger die Welt zusammen. Ich wollte nicht wahrhaben, dass meine Kinder nicht zur Schule gehen müssen, stattdessen zwölf Stunden lang täglich und jeden Tag ununterbrochen zu Hause unterhalten werden müssen.

Ich konnte nicht fassen, dass wir uns nicht mehr in ein Restaurant oder Café setzen können. Auch auf dem Spielplatz unten vor dem Haus chillen und die Kinder sich austoben lassen wurde untersagt. Meine Eltern sehen – auch nicht. Einkaufen gehen, nur wenn man in Kauf nimmt, dass man vor dem Supermarkt in einer Schlange stehen muss, um überhaupt in den Laden reingelassen zu werden. Unfassbar. Alles so vollkommen absurde Dinge, die man sich vorher nie hätte vorstellen können. In den Bus und Zug steigen ist auch nicht mehr, geschweige denn ins Ausland fliegen. In Israel sich ein Wochenende in einem Hotel gönnen – Fehlanzeige. Denn die meisten Hotels sind entweder geschlossen oder umtransformiert worden in riesige Aufnahmestationen für Corona-Infizierte.

Vor kurzem dann der endgültige Tiefpunkt. Ich auf dem Weg zur Arbeit, springe schnell raus an einer Tankstelle, um mir einen Cappuccino zu bestellen und was sehe ich da, die Kaffeemaschine ist außer Betrieb, weil das Gesundheitsministerium es so vorschreibt. Also echt, ganz nah dran – am Weltuntergang. Üble Zeiten. Und wann endlich kehrt der Normalzustand bitte wieder ein? Was eigentlich wird der neue Normalzustand? Fragezeichen. Großes Fragezeichen.

Tausend Mal am Tag die Hände waschen

Und weil es nunmal so ist wie es ist und kein Weg daran vorbei führt, habe ich angefangen, die positiven Aspekte dieser ungewöhnlichen Tage zu suchen, um das neue Leben erträglicher zu gestalten, und siehe da, es gibt nicht wenige. Fangen wir damit an, einfach mal den Lärmpegel vor Corona und heute zu vergleichen. Ist euch aufgefallen, wie ruhig es plötzlich ist? Ich glaube, die Ruhe tut unserer Seele wohl. Wir alle hatten diese wochenlange Ruhe dringend nötig. Oder etwa nicht? Weniger Autos und überhaupt Industrie bedeutet nicht nur weniger Stau und Lärm, sondern insbesondere weniger Luftverschmutzung. Auch das hatten wir dringend nötig. Jetzt kommt hinzu, dass wir alle

plötzlich ziemlich hysterisch geworden sind in Sachen Hygiene. Tausend Mal am Tag die Hände waschen klingt normal, oder? Bis vor kurzem unvorstellbar. Meine Hände sind wund vor lauter Händewaschen mit Seife und noch mehr Seife. Aber ich laufe jetzt viel hygienebewusster durch die Welt. „Dank“ diesem Virus. Definitiv eine positive Sache, die den Alltag von uns auch nach dieser Zeit beeinträchtigen wird. Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, ob ich jemals wieder eine Türklinke anfassen werde, ohne danach das dringende Gefühl zu verspüren, mir die Hände waschen zu müssen.

Und überhaupt, plötzlich kann auch mein Terminkalender durchatmen. Bis vor kurzem hatte er Atemprobleme, weil ich ihn überladen habe mit Terminen, an manchen Tagen von 8 Uhr morgens bis 22:30 Uhr abends. Es ging kaum mehr rein. Ich war an einem Höhepunkt des vollen Terminkalenders angelangt und ehrlich gesagt, gleichzeitig auch an einem Tiefpunkt, denn ich war überfordert und erschöpft. Irgendwie habe ich mir ein wenig mehr Zeit gewünscht in den letzten Monaten und Jahren. Doch es ging nicht. Ich war ständig am Rennen. Von A nach B nach C... und das täglich. Wie lange kann man das durchziehen?

Wann bleibt einem noch Zeit zum Nachdenken?

Irgendwann wirkt man ein wenig desorientiert. Zielloos. Weil man in erster Linie darauf aus ist, die vielen Anforderungen, die an einen gestellt werden, zu erfüllen und nichts zu vergessen, nichts zu übersehen und vor allem niemanden zu enttäuschen. Wann bleibt einem da noch Zeit zum Nachdenken? Zeit, Ziele zu setzen? Und wieviel Aufmerksamkeit erhalten eigentlich die Kinder eines vielbeschäftigten Paares? Was bleibt meinen Kindern übrig vom Papa, wenn ich gegen 20 Uhr nach Hause komme und sie schon beim Zähneputzen sind? Was bleibt ihnen vom Papa, wenn er mal früher kommt, aber alle 10 Sekunden aufs Handy glotzt, weil er fast schon Panik hat, dass sein Minister oder Generalsekretär ihn eventuell bräuchten und er die Whatsapp-Nachricht nicht sofort, aber sofort, beantwortet?

Warum müssen meine Kinder hintenan stehen? Ich denke nach. Sie sollten es nicht. Sie werden es nicht. Nie wieder! „Dank“ Corona. Und selbst eine Partnerschaft kann Positives abbekommen, weil man jetzt mehr Zeit miteinander verbringt. Plötzlich kocht man wieder gemeinsam. Plötzlich schaut man nachts gemeinsam Filme und Serien. Plötzlich sitzt man stundenlang mit den Kindern und liest mit ihnen. Gemeinsam! Das alleraufregendste dabei ist, dass wir es endlich geschafft haben, Challot zum Shabbat selbst zu backen. Zum ersten Mal in meinem Leben habe ich Challot selbst gebacken. Mit meiner Frau und meinen Kindern. Das war echt aufregend. Bis vor wenigen Wochen noch undenkbar. Wir wollen es ab jetzt jeden Freitag machen. Gemeinsames Challot-Backen. Was ist schöner als das?

Wisst ihr, diese Zeit bringt wirklich viel. Es beweist uns allen auch, dass wir im Endeffekt alle gleich sind. Mehr oder weniger. Denn zum ersten Mal fühlen wir alle uns, ganz gleich welche Hautfarbe wir haben, welche Sprache wir sprechen und welchen Gott wir, wenn überhaupt, anbeten, gleich. Wir sind gleich!

Wir sitzen auch alle im selben Boot. Das letzte Mal als „das Boot“ dabei war, unterzugehen, fand ein scheußlicher Weltkrieg statt. Das ist 75 Jahre her. Seitdem ist ein größerer Teil der Weltbevölkerung als je zuvor in Frieden aufgewachsen. Um die Jahrtausendwende gab es über 100 Demokratien weltweit. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gab es soviel Freiheiten

für so viele Menschen. Wir vergessen das manchmal. Wir nehmen es als normal hin.

Nein, es ist nicht normal. Unsere Vorfahren, Großeltern und teilweise wir selber, haben dafür gekämpft. Wir sollten es jeden Tag zu schätzen wissen, dass wir in Freiheit leben.

Vielleicht haben wir es mit unserem Selbstwertgefühl – ohne es überhaupt zu bemerken – übertrieben, indem wir jahrzehntelang der Umwelt, Natur und Tierwelt geschadet haben. Vielleicht sollten wir diesen Zeitpunkt der relativen Stille auch nutzen, um nicht nur über uns nachzudenken, sondern auch über die Welt, die Menschheit und die Tierwelt, die wahrscheinlich die Zeit ihres Lebens hat. Denn während wir uns größtenteils abschotten, trauen sie sich aus ihrer Komfortzone heraus. Ich finde das schön.

Schaut euch das Bild an, eine Fotomontage, die mir auf Facebook aufgefallen ist. Schakale mitten auf der zentralsten Autobahn Israels, zwischen Tel Aviv und Jerusalem. Ein Bild, das mehr Wert ist als meine Tausend Worte hier. Es ist ein Symbol für diese Tage, das zumindest mir noch sehr lange in Erinnerung bleiben wird.



Fundstück auf Facebook: Eine Fotomontage zeigt Wildtiere auf einer leeren Autobahn. Screenshot: privat

Thomas L. Friedman hatte den Anstoß für „Thank you for being late“, als er sich irgendwann einmal selbst sagte, dass er glücklich und nicht sauer sein sollte, falls sich seine Gesprächspartner verspäten. Denn bei jeder Verspätung von ihnen hatte er unerwartete und demnach ungeplante Zeit. Kostbare Zeit. Zeit, „um einfach nur dazusitzen und nachzudenken“.

Früher oder später werden wir auch die Corona-Zeit überwunden haben und mehr oder weniger in unseren Alltag zurückkehren. Mit vollem Terminkalender, Stau und einem vollen Fahrstuhl, wenn man die Wohnung verlässt. Lasst uns die Tage genießen und das Beste daraus machen.

Arye Sharuz Shalicar

Deutsch-persisch-israelischer Politologe, Publizist und Buchautor. Der ehemalige Sprecher der IDF ist heute unter anderem Berater des israelischen Außenministers.



Auf Plakaten wird medizinischen Einsatzkräften für ihren Kampf für die öffentliche Gesundheit während der Corona-Krise gedankt. Foto: Nir Alon, picture alliance/ZUMA Press

Ein Land am Limit

Auch in Israel zwingt die Coronavirus-Krise die Verantwortlichen zu drastischen Maßnahmen. Denn das Gesundheitssystem des Landes könnte schnell an seine Grenzen geraten.

Irgendwie ist die Nachricht wohl falsch verstanden worden. Als auf Anordnung der Regierung das öffentliche Leben still gelegt wurde und die Verantwortlichen die Israelis dazu aufgefordert hatten, bis auf weiteres in die Corona-Ferien zu gehen, füllten sich noch Mitte März erst einmal Strände und Naturparks – schließlich schien die Sonne und der vergangene Winter war ja hart und lang genug. „Das ist kein Kinderspiel“, erklärte daraufhin Benjamin Netanyahu in einer eigens einberufenen Pressekonferenz. „Auch haben wir keine vorzeitigen Sommerferien. Es handelt sich um eine Sache von Leben und Tod“, so ein sichtlich erboster Ministerpräsident. „Wenn Sie nicht zur Arbeit müssen, dann bleiben Sie daheim! Ich nehme an, die meisten von Ihnen kennen die englische Redewendung »My home is my castle«. Bitte beherzigen Sie diese in unserem Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie. Bleiben Sie zuhause!“ Der komplette Shutdown war zu diesem Zeitpunkt nur noch eine Frage von Stunden oder maximal Tagen. Gilad Erdan, Minister für die öffentliche Sicherheit, hatte bereits erklärt, dass die Polizeikräfte entsprechend vorbereitet seien und bezeichnete diesen Schritt als wohl „unvermeidlich“.

Grund, sich in den eigenen vier Wänden einzuigeln, gibt es in der Tat. Rund neun Wochen, nachdem der erste Corona-Infizierte in Israel entdeckt wurde, scheinen die Zahlen jetzt sprunghaft anzusteigen. So zählte die Gesundheitsbehörden Ende April bereits 15.834 Fälle. 215 Tote gab es bis dato zu beklagen. Das klingt erst einmal recht moderat im internationalen Vergleich. Umgerechnet auf die Bevölkerung heisst das, dass auf eine Million Israelis 24 Personen kommen, die an den Folgen einer COVID-19-Infektion verstorben sind. Zum Vergleich: In Deutschland sind es zu diesem Zeitpunkt 76 Personen und im besonders von der Pandemie betroffenen Spanien 519.

Doch alle Experten warnen, dass sich die Situation schlagartig ändern kann und die Krankenhäuser dann mit einem An-

sturm konfrontiert werden, der alle Beteiligten schnell an ihre Kapazitätsgrenzen bringt. „Es könnten sehr bald viele hundert neue Patienten an einem Tag werden“, so Moshe Bar Siman-Tov, zuständiger Generaldirektor im Gesundheitsministerium. „Vielleicht werden es sogar noch mehr“, warnte er. Und dann wird es wohl sehr eng.

Gesamtzahl der Ärzte nimmt seit Jahrzehnten ab

Denn Israels Gesundheitswesen hat gleich mit zwei Problemen zu kämpfen und beide sind definitiv hausgemacht. Da ist zum einen die politische Dauerkrise. Weil es seit einem Jahr keine richtige Regierung gab, konnte auch kein neues Budget für das laufende Jahr 2020 verabschiedet werden. Seit Monaten bereits wurschtelte man sich so irgendwie durch. Langfristige Planungen sowie wichtige Neuanschaffungen aber wurden zu einer Sache der Unmöglichkeit und so manches Krankenhaus weiß nicht mehr, wie es alle seine Rechnungen bezahlen soll. Zum anderen hatte man das System schlichtweg kaputt gespart – auch das kein Einzelfall. Nur hat es in Israel eben andere Dimensionen angenommen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Investitionen in den Neubau oder die Sanierung von Kliniken oder den Ankauf von medizinischen Ausrüstungen wurden auf ein Level von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) heruntergefahren. Zum Vergleich: Im Durchschnitt geben alle Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kurz OECD, 0,5 Prozent ihres BIPs dafür aus. Auf 1.000 Israelis kommen aktuell 3,1 praktizierende Ärzte, auch diese Zahl liegt unter dem OECD-Durchschnitt von 3,5. In Deutschland sind es übrigens genau 4,0. Gerne verweisen die Verantwortlichen auf die hervorragende Qualität der Ausbildung und das Know-how, vergessen aber gerne dabei zu erwähnen, dass Israel das einzige Land in der westlichen Welt ist, in dem die

Gesamtzahl der Ärzte seit bereits einem Jahrzehnt abnimmt, und das, obwohl in keinem anderen OECD-Land das Wachstum der Bevölkerung so hoch ist wie in Israel. Gleiches gilt für das medizinische Personal. Mittlerweile kommen auf 1.000 Israelis nur noch 5,1 Krankenpflegekräfte – der OECD-Durchschnitt liegt hier bei 8,8. Um das Bild zu vervollständigen: 7,5 Prozent seines BIPs steckt der israelische Staat in das Gesundheitswesen, umgerechnet rund vier Milliarden Euro. Die anderen OECD-Staaten geben im Durchschnitt aber 8,8 Prozent ihres BIP aus. Ganz generell werden nur 63 Prozent aller Ausgaben in Israel für die Gesundheit aus der Staatskasse beglichen, die übrigen 37 Prozent müssen die Israelis aus eigener Tasche bezahlen – auch das ein Rekord unter allen OECD-Staaten.

Schon vor der Corona-Krise fast alle Betten belegt

Gerne verwies man in der Vergangenheit von Regierungsseite auf die Tatsache, dass trotz vergleichsweise geringerer Ausgaben die durchschnittliche Lebenserwartung in Israel mit 82,6 Jahren eine der höchsten in der Welt ist. „Nur Japan übertrumpft uns“, so Netanyahu noch im vergangenen Herbst voller Stolz. „Aber dort gibt man sehr viel mehr Geld aus. Für unsere 7,5 Prozent des BIP erzielen wir also absolut hervorragende Resultate.“ Das kann man natürlich auch anders lesen: So lange nicht alles zusammenbricht, müssen wir ja nichts ändern. Und die Folgen dieser Haltung könnten den Verantwortlichen jetzt wohl um die Ohren fliegen. Am Anfang der Coronavirus-Krise standen in Israel ziemlich genau nur 100 Quarantänebetten in Tel Hashomer und noch einmal 80 weitere in einem geriatrischen Zentrum in Rishon LeZion zur Verfügung. „Wir sind bereit, Corona-Patienten aufzunehmen“, kündigte die israelische Gesellschaft für Innere Medizin sofort an. Das war aber zu einem Zeitpunkt, als nur eine Handvoll Israelis als infiziert bekannt galt. Man habe sich mit allen Chefs der entsprechenden Abteilungen in jedem Krankenhaus in Verbindung gesetzt und mit den Vorbereitungen begonnen. „Wir sind nicht beunruhigt. Schließlich haben wir reichlich Erfahrung auf dem Gebiet der Behandlung von Problemfällen“, hieß es weiter. Aber schon ohne Coronavirus-Krise gab es in Israel bereits rund 600 Patienten, die wegen resistenter Bakterien oder sonstiger Infektionskrankheiten wie Tuberkulose in Quarantäne liegen mussten. Und zugleich beklagte die israelische Gesellschaft für Innere Medizin, dass über 3.000 Patienten aufgrund von Kapazitätsmängeln in den Fluren der Krankenhäuser untergebracht werden mussten. Das alles war am 5. März. Seither hat sich die Situation deutlich verschärft, weshalb Hotels in provisorische Krankenhäuser umgewandelt wurden und auch das Militär seine Ressourcen zur Verfügung stellen muss. Das Kernproblem lautet aber schlicht und ergreifend: Bereits ohne Budget-Chaos und vor der Coronavirus-Krise fuhr das israelische Gesundheitswesen mit einer Bettenbelegungsquote von 94 Prozent absolut hart am Limit. Im OECD-Durchschnitt beträgt diese nämlich nur 75 Prozent.

Auch in Israel lautete daher von Anfang an das erklärte Ziel, die Zahl der Infizierten nicht nur klein zu halten, sondern ebenfalls darauf zu achten, dass nicht zu viele Menschen gleichzeitig krank werden, sprich: die Infektionskurve so zu steuern, dass sie – wenn die Verbreitung schon nicht zu stoppen ist – sich wenigstens über einen längeren Zeitraum verteilt und kein Chaos ausbricht. Genau deshalb gilt wie überall die Regel, Menschenansammlungen gar nicht erst aufkommen zu lassen, Kontakte mit anderen auf ein Minimum herunterzufahren und bei unvermeidlichen Vorgängen wie dem Einkaufen möglichst zwei Meter Abstand zu halten, kurzum Social Distancing. Dumm

nur, dass Teile der Bevölkerung da nicht mitspielen wollen, allen voran die Haredim. Die Anordnung, Schulen, Universitäten und Kindergärten dicht zu machen, traf bei Teilen der Ultraorthodoxie auf taube Ohren.

Tödliche Ignoranz

So forderte Rabbi Chaim Kaniewsky seine vielen hunderttausend Anhänger dazu auf, alle Anweisungen der Behörden zu ignorieren und den Lehrbetrieb an den Religionsschulen, wo viele dutzend junge Männer oft dicht gedrängt auf kleinstem Raum beten und die Torah lernen, wie gewohnt aufrecht zu erhalten. Als sein Enkel ihn gefragt hatte, ob man die Yeshivot angesichts der Infektionsgefahr vielleicht nicht besser schließen sollte, erklärte er: „Um Himmels Willen, bloß nicht!“ Zugleich veröffentlichte Rabbi Chaim Kaniewsky ein Edikt, in dem er seinen Anhängern als beste Schutzmaßnahme gegen den Coronavirus die Vermeidung von Lashon HaRa empfahl, das Schlechtrede über andere. Aber auch die chassidische Gur-Sekte machte in ihren Yeshivot munter weiter wie bisher – pikanterweise gehört ihr Gesundheitsminister Yaakov Litzman genau dieser Gruppierung an. Und in den vergangenen Wochen musste die Polizei in Beit Shemesh oder Bnei Brak aktiv werden und gleich mehrere ultraorthodoxe Hochzeiten oder Beerdigungen mit einigen hundert Gästen vorzeitig beenden. Die Folgen dieser tödlichen Ignoranz: Kommunen mit einem hohen Anteil ultraorthodoxer Bewohner zählen die meisten Infizierten. Allen voran Bnei Brak bei Tel Aviv. Gesundheitsexperten befürchten mittlerweile das Schlimmste und gehen auf Basis bestehender Daten davon aus, dass von den rund 200.000 Einwohnern der Stadt rund 75.000 bereits Covid-19-Träger sein könnten.

Mitte März veröffentlichte das Gesundheitsministerium dann einige mathematische Modelle von Experten, wie sich die Pandemie in Israel trotz aller Maßnahmen der Behörden weiter entwickeln könnte. In dem Worst-Case-Szenario, indem jede infizierte Person zwei weitere ansteckt, geht man von einer Infektionsrate von letztendlich 80 Prozent der Bevölkerung aus. 1.440.000 Menschen würden Krankheitssymptome entwickeln. 270.000 davon hätten dann einen schweren oder sogar kritischen Verlauf, so dass am Ende 21.600 Tote beklagt werden könnten. Auf dem Höhepunkt dieser Welle müsste man mit 1.450 neuen Fällen pro Tag rechnen, weshalb 42.500 „normale“ Krankenhausbetten und 14.000 in der Intensivpflege nötig wären. Im Best-Case-Szenario würden „lediglich“ 32 Prozent der Bevölkerung infiziert werden, was zu 576.000 Krankheitsfällen führe, wovon 108.000 wiederum als problematisch einzustufen wären. 8.600 Tote könnten die Folge sein. Pro Tag auf dem Höhepunkt dieser Pandemie, die eine deutliche flachere Zeitkurve aufweisen würde als die im Worst-Case-Szenario, kämen 130 neue Fälle hinzu, wodurch dann bis zu 4.000 „normale“ Krankenhausbetten und 1.300 in der Intensivpflege ständig belegt wären. Ob und wie man eine solche Krise mit dem bestehenden Gesundheitssystem bewältigen kann, das werden die nächsten Wochen wohl zeigen.

Dr. Ralf Balke
Historiker und Journalist in Berlin.

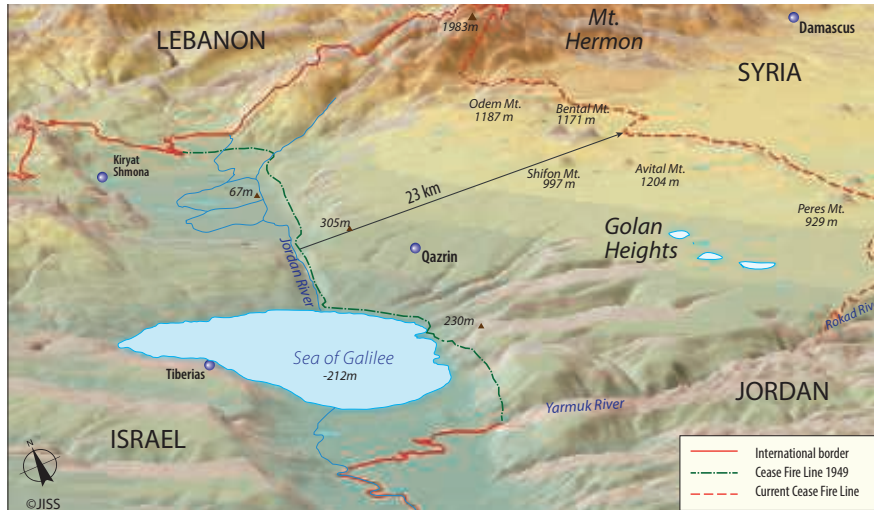
Abdruck mit freundlicher Genehmigung des deutsch-jüdischen Nachrichtenmagazins haGalil.com, München und Tel Aviv.



Foto: privat

Warum Israel sichere Grenzen braucht

Israel hat Nachbarn, die seine Vernichtung anstreben. Daher haben die Golanhöhen und das Jordantal für die Verteidigung des jüdischen Staates große strategische Bedeutung.



Die Golanhöhen bilden eine ideale Verteidigungslinie gegen konventionelle militärische Attacken. Karte: JISS

Israel ist umgeben von Nachbarn, für die Gewalt ein wesentlicher Charakterzug ist. Nach wie vor sind anti-israelische Gefühle weit verbreitet und tief verwurzelt in Glauben und Grundüberzeugung. Dies gilt trotz der Verbesserung von Israels strategischer Position und des Verhältnisses zu immer mehr Führern arabischer Staaten. Deshalb sind Fragen der nationalen Sicherheit immer von höchster Priorität für Israel. Dies trifft insbesondere auf Grenzverhandlungen mit den arabischen Nachbarn zu. Der UN-Sicherheitsrat bestätigte in seiner Resolution 242 vom 22. November 1967 Israels Anspruch auf „sichere und anerkannte Grenzen“. Dennoch sind die Kontrolle Israels über die Golanhöhen und das Jordantal heute umstritten.

Die Golanhöhen liegen über dem Jordantal, mit dem israelischen Galiläa im Westen und dem südlichen Libanon sowie den Zufahrtswegen nach Damaskus im Osten (siehe Karte). Die aktuelle Grenze entlang der Wasserscheide – den Hügeln im östlichen Teil des Plateaus – ist die ideale Verteidigungslinie gegen eine konventionelle militärische Attacke von Osten. Die Angreifer müssen nämlich zunächst die topographische Überlegenheit der Verteidigung überwinden. Das Gelände zwingt Angriffskräfte, ihre Truppen zwischen den Hügeln aufzuteilen. Im Oktoberkrieg des Jahres 1973 konnte Israel dank der Topographie des Golan den Angriff der zehnfach überlegenen Panzerkräfte der Syrer abwehren. Außerdem gelang es, Zeit zu gewinnen, um die Reserveeinheiten zu mobilisieren und zu stationieren. Keine andere Linie auf dem Plateau bietet derlei defensive Vorteile.

Israels Präsenz auf dem Hermon-Berg im nördlichen Golan verschafft dem Land zudem zahlreiche Möglichkeiten, geheimdienstliche Informationen zu sammeln – speziell, was Frühwarnstrukturen im Fall eines drohenden Angriffs angeht. Gleichzeitig ermöglicht es die topographische Überlegenheit der gegenwärtigen Verteidigungslinie, mehrere Optionen und

strategische Ziele umzusetzen. Angedachte Alternativen zu geheimdienstlichen Positionen, wie etwa Luftwarnungs- und -Kontrollsysteme und/oder unbemannte Fluggeräte sind untauglich. Sie können weder schwere Ausrüstung – wie etwa große Antennen – tragen und laufen zudem Gefahr, von Luftabwehrraketen abgeschossen zu werden. Zudem kann schlechtes Wetter die Haltbarkeit der luftgestützten Systeme beeinflussen. Die Nähe des Golan zu Damaskus (rund 60 Kilometer) hat einen hohen Abschreckungsfaktor, da die Hauptstadt in Reichweite des israelischen Militärs liegt.

Zahlreiche Experten messen Friedensabkommen eine höhere Bedeutung als Topographie und Geographie zu. Damit einhergehend werden die vereinbarten Grenzziehungen zwischen Israel und den Arabern per Definition als sicher erklärt.

Dennoch können internationale Vereinbarungen infolge wechselnder nationaler Prioritäten und/oder Machtwechsel beendet werden. Die Muslimbrüder, die Ägypten ein Jahr lang regierten, befürworteten die Aufhebung des Friedensvertrags mit Israel. Es ist kurzsichtig, sich nur auf Friedensverträge zu verlassen, um in einer politisch volatilen Region Frieden zu schaffen.

Iranische Pläne verhindern

Grenzen, die sich effektiv verteidigen lassen, werden immer wichtiger. Dies trifft vor allem auf die zunehmende Bedrohung von Israels Bevölkerungsschwerpunkten und dessen strategischen Einrichtungen im 21. Jahrhundert zu. Der Iran hofft, ein Regime unter dem „Schiitischen Halbmond“ vom Persischen Golf über den Irak und Syrien bis in die Mittelmeerregion und den Libanon zu etablieren. Zudem plant Teheran, Syrien und den Irak in Abschussrampen für Marschflugkörper und Terrorattacken zu transformieren. Die Kontrolle über die Golanhöhen hilft Israel daher, diese iranischen Pläne zu verhindern. Israels Präsenz im Golan, in der Nähe der nördlichen Grenze Jordaniens zu Syrien, mindert zudem die Möglichkeiten des Iran, die Stabilität Jordaniens zu untergraben. Der Iran könnte eine syrische Wiederbewaffnung unterstützen. Somit könnte Syrien wieder zur strategischen Bedrohung für Israel werden. Unter derlei Umständen würde die militärische Bedeutung der Golanhöhen wieder steigen.

Gleichzeitig ist das Jordantal die einzige Grenze, die sich an der Ostfront verteidigen lässt. Diese Grenze liegt dem israelischen Kernland in Form des Jerusalem-Tel Aviv-Haifa-Dreieck – mit 70 Prozent der Bevölkerung und 80 Prozent der wirtschaftlichen Infrastruktur – am nächsten. Die Entfernung zwischen dem Jordan und Jerusalem beträgt 30 Kilometer (siehe Karte Zentral-Israels). Israels Präsenz im Jordantal ermöglicht die Kontrolle über die wenigen Straßen, die durch eine gebirgige Region nach Wes-

ten führen. Dies erlaubt es der israelischen Armee, eine Invasion durch Panzertruppen mit einfachen Mitteln wie Panzersperren und Bewaffnung an den Startpunkten dieser Straßen durchs Jordantal zu verhindern (siehe Karte Zentral-Israels).

Einige Experten behaupten, das Jordantal sei militärisch verzichtbar. Sie argumentieren, dass das Ende von Saddam Husseins Regime im Irak und die Schwächung des vom Bürgerkrieg zerrissenen Syrien sowie die beeindruckende Stabilität Jordaniens eine Sicherheit darstellten. Angesichts des Chaos in der arabischen Welt sei die Bedrohung der östlichen Front und deren Nähe zum Zentrum Israels ein Teil der Vergangenheit.

Gefahr politischer Aufstände

Allerdings übersieht diese Einschätzung das gewaltige Potenzial für politische Aufstände im Nahen Osten – wie sich während der Unruhen des sogenannten und gänzlich falsch eingeordneten Arabischen Frühlings gezeigt hat. Die Destabilisierung des haschemitischen Jordanien und von Saudi-Arabien sowie ein radikal-dschihadistisches Syrien sind nicht weither geholte Szenarien der näheren Zukunft. Die Wiederkehr der Bedrohung von Israels Sicherheit an der östlichen Front ist möglich.

Zudem haben die USA entschieden, ihre eigenen Verluste zu verringern und den Irak und Afghanistan militärisch zu verlassen. Ein von den Energiequellen Arabiens unabhängigeres Amerika könnte sein Engagement im Nahen Osten reduzieren – und so islamistischen Elementen mehr Handlungsspielraum zur Eroberung amerikanischer verbündeter Staaten bieten.

Diejenigen, die befürworten, das Jordantal den Palästinensern zu überlassen, ignorieren dessen Bedeutung für moderne Militärtechnologie, die Präzisionsschläge von der Küste erlaubt. Damit übersehen diese „Sesselstrategen“ die Geschichte militärischer Technologie. Diese bewegt sich oft wie ein Pendel zwischen Dominanz offensiver und defensiver Maßnahmen – und das über die Jahrhunderte hinweg. Daher wäre es Unsinn, Grenzen angesichts der kurzlebigen technischen Mittel und politischen Umstände von heute zu konzipieren. Wenn Israel eine verteidigungsfähige Grenze im Jordantal behalten möchte, muss es zudem die Straße von der Küste ins Jordantal sichern. Dies geht nur über ein ungeteiltes Jerusalem und über das im Westjordanland gelegene Maaleh Adumim auf halber Strecke zum Fluss. Dies ist die einzige West-Ost-Achse mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit – und die einzige sichere Route, auf der Israel im Notfall Truppen von der Küste, wo die meisten Juden leben, ins Jordantal verlegen könnte.

Die Siedlung Maaleh Adumim (im Jahre 1976 durch die Arbeiterpartei gegründet) ist das Herzstück einer effektiven Verteidigungslinie entlang dem Jordantal gegen eine Aggression aus Osten. Die Verbindung Maaleh Adumims mit Jerusalem durch Baumaßnahmen in der Zone E-1 (ein fünf Kilometer langer Streifen unbebauter Wüste) würde die Straße zum Jordantal sichern und eine Teilung Jerusalems verhindern. Jerusalem ist für die Juden nicht nur von historischer und religiöser Bedeutung, sondern auch strategisch wichtig. Es gewährleistet die Kontrolle über die einzige Autobahn vom Mittelmeer ins Jordantal, auf der Israelis sicher reisen können.

Die Grenzen im Norden und Osten verteidigungsfähig zu halten deckt sich auch mit den demografischen Ansprüchen der Israelis. Auf den Golanhöhen gibt es keine Araber, ihre Zahl im Jordantal ist begrenzt. Deshalb gibt es eine Übereinstimmung in

Israel, dass diese Gebiete bei jedweden zukünftigen politischen Abmachungen unter israelischer Souveränität stehen müssen.

Unterschiedliche Positionen der USA und Europas

Der Friedensplan von US-Präsident Trump hat die Notwendigkeit verteidigungsfähiger Grenzen berücksichtigt. Er erkennt Israels Souveränität über die Golanhöhen an und empfiehlt eine Eingliederung des Jordantals in israelisches Staatsgebiet. Die amerikanische Position verstärkt nachdrücklich die internationale Legitimation des israelischen Beharrens auf sichere Grenzen.

Die Europäer werden wahrscheinlich aufgrund ihrer unterschiedlichen strategischen Kultur weniger geneigt sein, diese Argumente zu akzeptieren. Über Jahrzehnte hinweg haben sie nationale Sicherheitsprobleme nicht ernst genommen und sich unter den Schutzschirm der Amerikaner geduckt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die naive Vorstellung weit verbreitet, man lebe in einer Welt ohne Feinde. Leider hat Israel fanatische Feinde, deren Ziel die Vernichtung des jüdischen Staates ist. Hinzu kommt, dass viele Europäer aus verschiedenen Gründen für die dysfunktionale, korrupte und autoritäre palästinensische Bewegung (Hamas inklusive) Partei ergreifen. Stattdessen sollten sie den einzigen demokratischen Staat im Nahen Osten unterstützen.

Prof. Efraim Inbar
Präsident des Jerusalem Institute for
Strategy and Security (JISS)



Foto: JISS



Das Jordantal ist für Israel die einzige verteidigungsfähige Grenze im Osten. Karte: JISS

Trumps Friedensplan

Der von Donald Trump vorgelegte Plan für einen Frieden zwischen Israelis und Palästinern wurde überwiegend skeptisch aufgenommen. Auch in der DIG wird er kontrovers diskutiert.



Uwe Becker. Foto: CHLietzmann

Grundlage für weitere Verhandlungen

Wenn über den von US-Präsident Donald Trump vorgelegten Friedensplan für den Nahen Osten in der Öffentlichkeit diskutiert wird, steht oftmals schon aufgrund des Absenders eine grundsätzlich ablehnende Haltung dem Papier gegenüber. Wenn man sich jedoch nüchtern mit den Inhalten auseinandersetzt und auch einmal auf jene Vorschläge blickt, die bereits in Auszügen ähnlich im Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 oder etwa im Friedensplan von Oslo angedacht waren, dann lässt sich eine Einordnung vornehmen, die als Grundlage für weitere Verhandlungen auf Augenhöhe dienen könnte. Zu solchen Verhandlungen müssen jedoch beide Seiten willens und bereit sein. Der vorgelegte Plan des US-Amerikanischen Präsidenten Donald Trump bildet schlicht die derzeitige Realität des Nahen Ostens ab und ist damit ein ehrliches Angebot an beide Seiten, das genauso offen und ehrlich geprüft werden sollte.

Er fußt auf dem Grundprinzip der Zwei-Staaten-Lösung und sichert damit den Palästinensern dauerhaft ein eigenes Staatsgebiet zu. Sicherlich weist dieses Gebiet lokale Brüche durch die vorhandenen israelischen Siedlungen sowie durch die separate Lage des Gaza-Streifens auf, doch das von Trump vorgeschlagene Konstrukt weicht in dieser Frage nicht grundsätzlich von früheren Kompromissüberlegungen anderer Friedenspläne ab. Auch darin fand sich dauerhaft Jüdisches Leben in Judäa und Samaria wieder. Der Plan eröffnet zudem die Option für eine eigene palästinensische Hauptstadt im Osten Jerusalems, womit ggf. auch über Abu Dis hinaus das politische Zentrum eines eigenen Palästinensischen Staates in Jerusalem beheimatet sein könnte. Zusätzlich gewährt der Plan wirtschaftliche Unterstützung zum weiteren Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur für die Palästinenser. Für die Dauer von vier Jahren werden zudem alle Siedlungsaktivitäten eingefroren und die Basis für Verhandlungen gelegt.

Gleichzeitig erkennt der Plan Jerusalem als die Hauptstadt Israels an, schützt die Sicherheitsinteressen des Jüdischen Staates u.a. mit der endgültigen Zuordnung der Golanhöhen als israelisches

Territorium und lässt dort Jüdisches Leben im Westjordanland zu, wo dies historische Wurzeln besitzt, die auch über die Zeit der Staatsgründung Israels zurückreichen. Die Vorschläge reichen erkennbar über die heutigen völkerrechtlichen Festlegungen hinaus. Ich bin persönlich sehr dafür, dass den in diesem Plan formulierten Grundüberlegungen eine faire Chance in weiteren Verhandlungen gegeben wird, auch wenn sich auf palästinensischer Seite bereits erhebliche Ablehnung zeigt, da man dort weitergehende Erwartungen besitzt. Der vorgelegte Plan kann auch der israelischen Seite neue Impulse geben, auf die Palästinenser zuzugehen. Nachdem die Präsentation des Friedensplans unter Ausschluss der palästinensischen Seite stattgefunden hat, was den kritischen Blick vieler Kommentatoren eher noch bestärkt hat, müssen nun umso mutigere Schritte gegangen werden, um den notwendigen Verhandlungswillen auf Augenhöhe zu unterstreichen. Allerdings sollten jene, die derzeit noch in ihrer inneren Abwehr gegenüber den Plänen Trumps verharren, ebenso klar ihre Erwartungen an die palästinensische Seite formulieren, dass die fortgesetzte Ablehnung jedweder Friedensinitiative die Situation für die Palästinenser dauerhaft eher verschlechtert als verbessert.

Nein, der Friedensplan ist kein Jahrhundertwerk, aber ein Werk, das ein besseres Jahrhundert für Israelis und Palästinenser einläuten kann.

Uwe Becker
DIG-Präsident

Kein tragfähiger Vorschlag

Der so genannte „Trump-Plan“ war eigentlich ein „Trump-Netanjahu-Plan“: Von Trumps Beauftragten in engster Kooperation mit der Netanjahu-Regierung erarbeitet, wurde er gemeinsam von den beiden Regierungschefs in Washington am 28. Januar vorgestellt, an Tagen, an denen beide in schweren innenpolitischen Schwierigkeiten steckten. Leicht erkennbar war die Absicht, sich gegenseitig zu helfen; und in der Sache kommt der Plan dem israelischen Regierungslager weit entgegen.

Das alles muss noch kein Urteil über den Inhalt, das Ziel und die Verfahren dieses Vorschlages bedeuten. Aber es war klar, dass die palästinensische Seite, für die der Plan ja auch ein Angebot sein sollte, ihn schon wegen dieses vollkommen einseitigen Verfahrens kaum aufnehmen konnte. Und es war auch klar, dass die europäischen Regierungen, die (wie bisher auch die USA) als „Vermittler“ angesehen werden wollen, dieser einseitigen Machtdemonstration nicht beipflichten würden.

Bleibt man beim Anspruch der Vermittlung zwischen zwei Parteien – und ersetzt das nicht durch eine schlichte Geltung des „Faktischen“, dann muss man fragen, was beide Seiten bekommen und was sie geben. Mein Ergebnis ist: Der jüdische

Staat bekommt viel, die Palästinenser (ich spreche hier bewusst von den Menschen) bekommen wenig. Die Palästinenser bekommen die Hoffnung auf ein eigenes Staatsgebilde – das ist tatsächlich inzwischen schon viel und in den Augen vieler Israelis schon viel zu viel. Allerdings ein Staatsgebilde auf verkleinertem Gebiet, seine mindestens drei Teile wären nur durch Tunnel verbunden. Wie ihre Hauptstadt Ostjerusalem im Vorort Abu Dis funktionieren soll, bleibt unklar; und die Freigabe des Tempelbergs für alle Religionen in Aufkündigung bisheriger Vereinbarungen halte ich für eine brandgefährliche Idee.

Israel bekommt nach diesem Plan das Recht, das Jordantal und (fast) alle Gebiete zu annektieren, auf denen heute jüdische Siedlungen stehen. Das sind keineswegs Gebiete, in denen schon immer Juden wohnten, wie Uwe Becker in seiner ersten Erklärung schrieb; es sei denn, man nimmt die Bibel als Grundbuch. Wenn man aber das macht, ist nie ein Ausgleich möglich und dann ist auch die Annexion des gesamten Westjordanlandes als biblisches Kernland legitim, ja geboten.

Es ist wahrscheinlich, dass es über diesen Plan keine echten Verhandlungen im Sinn von Geben und Nehmen geben wird. Es gibt in Israel wichtige politische Strömungen, die eben das als zusätzliche Begründung für einseitige Annexionen in absehbarer Zeit nehmen werden. Würden wir das als DIG als legitimen Akt der Verteidigung und Selbsterhaltung gutheißen? Das ist für mich eine entscheidende Frage.

Ich habe in den 25 Jahren meiner Arbeit in der DIG immer die Auffassung vertreten, dass ein palästinensischer Staat die Sicherheit Israels nicht gefährden darf, also in seiner Souveränität eingeschränkt werden muss; dass Israel die Grenzen zu Jordanien kontrollieren muss; dass die großen Siedlungen um Jerusalem und an anderen Stellen gegen Gebietstausch israelisch werden können. Aber auch, dass die Geburtsurkunde Israels, ausgestellt durch die UN 1947, die Schaffung zweier Staaten vorsah. Und das kann am Ende nur durch Verhandlungen gelingen, so schwierig das ist und so sehr die palästinensische Seite immer wieder ihre Verhandlungsunfähigkeit gezeigt hat.

Daran werde ich dennoch festhalten. Es kann nicht zweierlei Grundsätze in meinem politischen Denken geben: Einen, den ich gegen die einseitige Annexion der Krim durch Russland in Anspruch nehme, und einen anderen, dass ich als Freund Israels die „Macht des Faktischen“ (also des Stärkeren) lobe. Ich bin froh über die Macht und die Stärke Israels, sie sind für das Überleben und Gedeihen notwendig. Aber sie müssen mit Maß und Verantwortung genutzt werden. Sonst liegt, um es altbacken auszudrücken, für niemanden ein Segen darauf.

Dr. Hermann Kuhn
DIG-Schatzmeister



Dr. Hermann Kuhn. Foto: CHLietzmann

»Peace to Prosperity« – ein detailliertes Konzept



Am 28. Januar 2020 stellte US-Präsident Donald Trump zusammen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Washington seinen Plan für eine dauerhafte Friedenslösung für Israelis und Palästinenser vor. Zum ersten Mal in der langjährigen Geschichte des Konflikts werden darin territoriale Aspekte eines Friedens in Form einer Karte dargelegt. Das gesamte, 181 Seiten umfassende Dokument mit dem Titel »Peace to Prosperity – A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People« steht als PDF-Datei auf der Webseite der US-Regierung zum Download zur Verfügung.

www.whitehouse.gov/peacetoprosperty/



Generalmajor Amikam Norkin (links) und sein deutscher Amtskollege, Generalleutnant der Luftwaffe Ingo Gerhartz, während der multinationalen Übung Blue Flag.

*Foto: Francis Hildemann/
Luftwaffe*

Auf ewig verbunden

Die deutschen und israelischen Luftstreitkräfte verbindet eine enge militärische Partnerschaft. Israel ist Deutschlands wichtigster Verbündeter außerhalb der NATO.

Am 23. Januar 2020 war es einem deutschen Staatsoberhaupt zum ersten Mal gestattet, in der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zu sprechen. „Gepriesen sei der Herr, dass er mich heute hier sein lässt“, so Frank-Walter Steinmeier zu Beginn seiner Rede auf Hebräisch. Es wird die wohl bedeutendste Ansprache seiner Amtszeit. „75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz stehe ich als deutscher Präsident vor Ihnen, beladen mit großer historischer Schuld“, sagt Steinmeier und fügt hinzu, dass man dieser Schuld gerecht werden und sich an ihr messen lassen werde.

Die Worte des Bundespräsidenten machen deutlich, welch tiefe Verbundenheit in den letzten Jahrzehnten zwischen Deutschland und Israel entstanden ist. Ohne die Lehren der Geschichte zu vergessen und ohne Schuld zu verdrängen, gehen beide Völker seit vielen Jahren Schulter an Schulter gemeinsam in die Zukunft.

Wie selbstverständlich gehören zu einer Partnerschaft zwischen zwei Ländern auch militärische Kooperationen. Israel ist Deutschlands wichtigster Verbündeter außerhalb der NATO. Die Bundeswehr, insbesondere die Luftwaffe, profitiert seit vielen Jahren von der engen Kooperation mit den israelischen Freunden.

Heron rettet Leben

2019 durchbrach das unbemannte Aufklärungssystem Heron 1 die Marke von 50.000 Einsatzflugstunden. Das israelische Waffensystem hat sich für die Luftwaffe derart gut bewährt, dass derzeit bereits deutsche Soldatinnen und Soldaten in Israel ausgebildet werden, um zukünftig auch das Nachfolgemodell Heron-TP steuern zu können. In Afghanistan und Mali sind die

unbemannten Systeme beständig im Einsatz und unterstützen die internationale Koalition mit Aufklärungsergebnissen, die im Ernstfall Leben retten können.

Bei Blue Flag von den Besten lernen

Während der internationalen Übung „Blue Flag“ im November 2019 präsentierten sich die israelischen Luftstreitkräfte erneut als ausgezeichnete Gastgeber. Blue Flag 2019 gilt als die fortschrittlichste Übung, die von der israelischen Luftwaffe jemals durchgeführt wurde. Mehr als 1.000 Soldatinnen und Soldaten aus fünf Ländern und über 50 Kampfflugzeuge unterschiedlicher Generationen trainierten während „Blue Flag 2019“ Luftoperationen im multinationalen Verbund. Für die Piloten der teilnehmenden sechs deutschen Eurofighter eine sehr willkommene Möglichkeit, von den israelischen Kameraden zu lernen und auf einem topografisch ungewohnten Gebiet zu operieren.

Generalleutnant Ingo Gerhartz, Inspekteur der Luftwaffe, betonte während der Übung die Notwendigkeit der einmaligen Partnerschaft zwischen Israel und Deutschland: „Wir sind nicht nur verbündete Nationen. Wir sind Freunde. Deshalb sind wir sehr glücklich, dass wir hier in Israel sind und an der Übung teilnehmen. Die israelische Luftwaffe gehört zu den besten der Welt. Gemeinsam mit ihnen trainieren zu können, ist für uns eine großartige Chance“.

Die gute Beziehung zwischen den beiden Luftwaffen zeichnet sich durch gegenseitigen Respekt und großes Vertrauen aus – auch auf persönlicher Ebene. Generalmajor Amikam Norkin, den Chef der israelischen Luftstreitkräfte, und den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, verbindet eine enge Freundschaft. Obwohl Norkin eine Luftstreitkraft anführt, die

Die Negev-Wüste aus dem Eurofighter-Cockpit. Die Topographie mit Höhen teilweise unter dem Meeresspiegel bietet ausgezeichnete Trainingsbedingungen.

Foto: Marcello Totaro/Luftwaffe

weltweit ihresgleichen sucht, zeigt er sich von den deutschen Fähigkeiten äußerst beeindruckt. „Die Deutschen zählen für mich auch zu den Besten. Schauen Sie sich nur ihren Hangar (deutscher Bereich auf der Luftwaffenbasis A.d.R.) an! Kein Hangar ist so ordentlich, keine Crew so gut organisiert. Und auch ihre Leistungen während der Übung am Himmel sind sehr gut. Die deutschen Piloten greifen sofort an und schalten die Ziele aus. Es macht mich besonders froh, dass wir im kommenden Jahr in Deutschland an einer Übung teilnehmen werden“.

„Es ist dasselbe Böse“

Terroranschläge wie in Halle oder in Hanau machen deutlich, dass Antisemitismus und Fremdenhass nie verschwunden sind. „Unsere Zeit ist nicht dieselbe Zeit. Es sind nicht dieselben Worte. Es sind nicht dieselben Täter. Aber es ist dasselbe Böse“, sagt Steinmeier in seiner geschichtsträchtigen Rede. Für die Frauen und Männer der Luftwaffe genießt die Beziehung zu Israel und die Zusammenarbeit mit den israelischen Kameraden höchste



Bedeutung. In Zukunft wird man weiterhin deutsche und israelische Soldaten gemeinsam trainieren sehen. Auf Antisemitismus gibt es für sie nur eine Antwort: Nie wieder!

Stephan Jeglinski
Hauptmann der Luftwaffe

Ein Grundpfeiler unserer Freundschaft

In den vergangenen Jahren hat sich in beeindruckender Weise eine intensive militärische Kooperation zwischen Deutschland und Israel entwickelt. Das ist 75 Jahre nach der Shoah für mich von besonderer Bedeutung und definitiv keine Selbstverständlichkeit. Es verdeutlicht, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel so gut sind wie wohl nie zuvor.

Die heutige enge Kooperation mit den Israelischen Verteidigungskräften (IDF) ist aus meiner Sicht auch die praktische Umsetzung unserer Verantwortung für die Sicherheit Israels. Daher bin ich froh, dass der regelmäßige Austausch zwischen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und der IDF fest institutionalisiert ist. Dadurch entwickelt sich zwischen unseren Streitkräften mit jeder neuen Generation eine tiefergehende Verbundenheit. Deutsche Soldaten, die in Israel waren, berichten mir begeistert von der Professionalität der IDF und schwärmen für das Land, die Kultur und die Offenheit der Israelis. Hier bin ich stets aufs Neue beeindruckt, dass die Ausbildung von deutschen Soldaten durch das israelische Militär eine Selbstverständlichkeit geworden ist, die nach den Gräueltaten des 20. Jahrhunderts, das auch von deutschen Soldaten verübt wurde, so nicht zu erwarten war.

Die zahlreichen gemeinsamen Projekte von Bundeswehr und IDF sind ein Ausdruck davon, dass unsere Freundschaft auch auf der militärischen Ebene tief verwurzelt ist. Die Ausbildung deutscher Drohnenpiloten auf der israelischen Luftwaffenbasis Tel Nof oder die Teilnahme der Luftwaffe mit sechs Eurofightern und 140 Soldaten an der militärischen Übung „Blue Flag“ in Israel sind Leuchtturmprojekte einer Vielzahl von Kooperationen.

Und was kann die Bundeswehr in Zukunft noch von den israelischen Streitkräften lernen? Das sind aus meiner Sicht drei Punkte: Erstens ist die technologische Innovationskraft der IDF riesig. Am Anfang ist nicht alles perfekt, aber durch eine frühzeitige Anwendung gepaart mit israelischer Start-up-Kultur entwickelt sich ein größtmöglicher Nutzen für die Streitkräfte. In Deutschland warten wir hingegen jahrelang auf die „Goldrandlösung“. Zweitens ist ein Aspekt der hohen Einsatzbereitschaft der IDF, dass die Soldaten die modernste Ausrüstung haben – das Kampfflugzeug F-35 sei hier beispielsweise genannt. Wir hingegen verlängern regelmäßig die Nutzungsdauer von militärischen Oldtimern wie dem Tornado.

Drittens ist die Effektivität der Streitkräfte zu nennen. Wenig Bürokratie, hohes Verantwortungsbewusstsein und große gesellschaftliche Anerkennung machen die IDF sehr effektiv. Hier können wir in Deutschland noch eine Schippe draufpacken. Deshalb ist meine Forderung eindeutig und klar: Wir brauchen mehr Zusammenarbeit und Kooperation mit Israel! Dies gilt insbesondere für die Bundeswehr, aber auch für alle Menschen beider Staaten.

Dr. Marcus Faber MdB
DIG-Vizepräsident und Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages



Foto: Susanne Schmidt

Gedenkreden zum Holocaust

Jedes Jahr am 27. Januar wird an die Opfer des Holocaust und an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee erinnert. Das Gedenken in Worte zu fassen ist für Redner, Redenschreiber und Auditorium eine Herausforderung.

Sie sind fester Bestandteil des politischen Kalenders und stellen sowohl die Redner als auch deren Redenschreiber vor große Herausforderungen: Gedenkreden. Die Erwartungen der Adressaten sind zu Recht hoch, genauso wie die Fallhöhe für einen Redner oder eine Rednerin. Denn wie soll man die richtigen Worte finden für etwas, das in seiner Grausamkeit und Menschenverachtung so unvorstellbar erscheint, aber bei Opfern und deren Nachfahren bis heute schmerzhaft präsent ist? Wieviel eigene Befindlichkeit darf oder muss in eine solche Rede einfließen? Und an wen richtet sich eigentlich eine solche Rede?

Eine der bekanntesten Gedenkreden stammt von Richard von Weizsäcker. Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes sprach der damalige Bundespräsident im Deutschen Bundestag erstmals davon, dass der 8. Mai 1945 für die Deutschen jedoch „kein Tag der Niederlage gewesen sei, sondern ein „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Eine Haltung, die auf diese Weise erstmals von einem führenden Politiker der Bundesrepublik vertreten wurde. In dieser Rede lehnt er zwar die Kollektivschuld ab, da Schuld immer nur persönlich sein könne. Der Bundespräsident fordert die Deutschen jedoch auf, die Vergangenheit anzunehmen. Ihm gelingt es, in nie dagewesener Offenheit Hintergründe und Folgen des Hitlerregimes darzulegen und eine Brücke in die Zukunft zu schlagen: „Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, [...] Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander. Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben. Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht. Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit. Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.“



Richard von Weizsäcker bezeichnete als Bundespräsident in einer international vielbeachteten Rede den 8. Mai 1945 erstmals als »Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft«. Foto: BPA

Meilenstein in den Beziehungen

Weizsäckers Rede entfaltete Wirkung – auf unterschiedliche Weise. Während sie international fast durchweg positiv kommentiert und in 20 Sprachen übersetzt wurde, stieß sie im Inland in konservativen Kreisen wegen der aus deren Sicht einseitigen Bewertung des 8. Mai partiell auf Ablehnung. Auch unter Historikern gab es – neben viel Zustimmung – Kritik: Der Bundespräsident habe die Verantwortung vor allem Hitler und den Führungseliten zugewiesen, alle anderen erschienen somit lediglich als Verführte. Auch Formulierungen wie „die Verantwortung des deutschen Volkes“ blieben allgemein und folgenlos, so Kritiker wie der Historiker Michael Hoffmann. Wie also ist die Rede von Weizsäckers zu bewerten? Der Bundespräsident hat sich in seiner Ansprache an mehrere Zielgruppen gerichtet: das eigene Volk, an die Weltgemeinschaft und natürlich an die Opfer des Holocaust. Er ist in seiner Analyse so weit gegangen wie kein bundesrepublikanischer Politiker zuvor. Er wollte ein Zeichen setzen in Richtung der Opfer, namentlich der jüdischen, was nur bei größtmöglicher Akzeptanz breiter Schichten der deutschen Bevölkerung gelingen konnte. Als Bundespräsident musste er glaubhaft die Mehrheit der Deutschen vertreten. So sind Äußerungen zu erklären, die Hoffmann als zu allgemein beschrieb. Mehr als 2 Millionen Exemplare der Rede wurden an interessierte Bürger verteilt. Die Deutschen konnten sich mit dem Bundespräsidenten identifizieren. Nimmt man von Weizsäckers Rolle als Bundespräsident und hält man sich vor Augen, dass der Krieg gerade einmal 40 Jahre vorbei war und es gerade einmal 20 Jahre her war, dass Israel und Deutschland offiziell Beziehungen zueinander aufgenommen haben, dann ist diese Rede als ein brillanter Balanceakt anzusehen. Es ist unstrittig, dass diese Rede einen Meilenstein in den noch jungen und fragilen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel markierte, denn sie führte direkt zur ersten Einladung an ein deutsches Staatsoberhaupt nach Israel.

Erste Rede in Yad Vashem

Dass in diesem Jahr mit Frank-Walter Steinmeier erstmals ein deutscher Bundespräsident beim World Holocaust Forum in Yad Vashem reden durfte, dafür hat von Weizsäcker den Weg geebnet. Steinmeier hatte anders als sein Vorgänger nur 10 Minuten zur Verfügung – eine besondere Herausforderung, da Gedanken nicht entwickelt werden können und der Redner zwangsläufig reduzieren muss. Einige Kritiker warfen Steinmeier vor, zu viele Klischees verwandt zu haben. Doch was wäre gewesen, wenn er darauf verzichtet hätte, dass die Erinnerung wachgehalten werden müsse oder wenn er nicht von großer historischer Schuld und Dankbarkeit für die ausgestreckte Hand der Überlebenden gesprochen hätte? Auch wenn diese Sätze in fast jeder Gedenkrede vorkommen, sie sind unverzichtbar. Genauso unverzichtbar ist es, das Gesagte über den Gedenktag hinaus mit Leben zu erfüllen und die Gegenwart in das Gedenken einzubeziehen. Das ist Steinmeier gelungen: „Ja, wir Deutsche erinnern uns. Aber manchmal scheint es mir, als verstünden wir die Vergangenheit besser als die Gegenwart. Die bösen Geister zeigen sich heute



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach als erstes deutsches Staatsoberhaupt in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Foto: Jesco Denzel, BPA

in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr antisemitisches, ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Antwort für die Zukunft, als neue Lösung für die Probleme unserer Zeit. Ich wünschte, sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt.“

Steinmeiers offenes Ansprechen des aktuellen Geschehens nimmt den erwartbaren Sätzen das klischeehafte, seine Entscheidung, im Angesicht der Opfer auf Englisch und Hebräisch und nicht „in der Sprache der Täter“ zu sprechen, verstärkt seine Botschaft.

Gemeinsame Werte und Interessen

Eine Botschaft, die wenige Tage später von Israels Staatspräsident Reuven Rivlin bei seiner Rede im Deutschen Bundestag aufgenommen wird. Der 1939 in Jerusalem geborene Politiker goutierte die Art und Weise, wie Deutschland für seine Taten Verantwortung übernommen hat und betonte den Wert des Erinnerns – hier finden wir sie wieder, diese Worte, die manchmal als klischeehaft abgetan werden. Doch sind sie nicht eher Grundlagen eines gegenseitigen Versicherns? Eines Versprechens, das regelmäßig erneuert werden muss, um auch mit – völlig natürlichen – Meinungsverschiedenheiten umgehen zu können? Rivlin spricht in seiner so persönlich wie ergreifenden Rede direkt zu den Deutschen: „...Tatsächlich waren es aber Deutschlands Annahme seiner Verantwortung für die Shoah der Juden und die öffentliche, beständige und andauernde Auseinandersetzung Deutschlands mit seinen Verbrechen, die es möglich gemacht haben und es auch heute ermöglichen, ein neues Kapitel in unseren Beziehungen aufzuschlagen. Israel und Deutschland beschreiten heute gemeinsam mit Anspannung und Mut den Weg zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen der Verpflichtung zu erinnern und niemals zu vergessen und dem Engagement für die Zukunft, die uns vorgibt, den Blick nach vorne zu richten und auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Interessen zusammenzuarbeiten.“

Versicherung gegenseitigen Vertrauens

Diese Versicherung des gegenseitigen Vertrauens bildet die Grundlage dafür, auch Meinungsverschiedenheiten anzusprechen, die die Gegenwart bestimmen. So legt Rivlin die Haltung des Staates Israel zum Iran in klaren Worten dar und er würdigt



Der israelische Präsident Reuven Rivlin bei seiner Rede während der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag. Foto: Jesco Denzel, BPA

– im Wissen um die deutsche Position zur Zweistaatenlösung – die Rolle der Bundesregierung in der Region: „Die Zukunft des Nahen Ostens und die Integration Israels in diese Region hängen von der Schaffung eines solchen Vertrauens ab. Ich danke der Bundesregierung für ihre tiefe Verpflichtung für Israels Sicherheit und ihre Hilfe beim Aufbau von gegenseitigem Vertrauen zwischen uns und den Palästinensern.“

Moderne Gedenkreden – das belegen diese drei Beispiele – wirken vor allem durch drei Motive: Durch ritualisierte Formulierungen, die einen breiten Konsens markieren und dadurch gegenseitiges Vertrauen festigen, den Brückenschlag vom Erinnern in die Gegenwart – mit allen, auch schwierigen Aspekten – und nicht zuletzt durch die Integrität der Redner. Gedenkreden werden eine Herausforderung bleiben. Vor allem, wenn die Zeitzeugen irgendwann nicht mehr da sind. Aber diese Herausforderung anzunehmen ist die wichtigste Aufgabe, die Redner und ihre Redenschreiber erfüllen müssen.



Jacqueline Schäfer
Präsidentin des Verbandes der
Redenschreiber deutscher Sprache
(VRdS)

Foto: Hoffotografen

„Ich empfinde tiefe Scham“

Angela Merkel besuchte am 6. Dezember 2019 erstmals Auschwitz. Anlass war das zehnjährige Bestehen der Stiftung Auschwitz-Birkenau, die den Erhalt der Gedenkstätte finanziert.

Fast ein Vierteljahrhundert lang hat kein Regierungschef aus Deutschland mehr das ehemalige Konzentrations- und Massenvernichtungslager Auschwitz besucht. Groß war daher die internationale Aufmerksamkeit, als die Reisepläne Angela Merkels bekannt wurden – und die Verwunderung. Sollte es für deutsche Kanzler nicht selbstverständlich sein, schon bald nach dem Amtsantritt Auschwitz zu besuchen? Das fragten manche Journalisten. Tatsächlich war Angela Merkel nicht nur das erste Mal als Bundeskanzlerin, sondern auch zum ersten Mal in ihrem Leben in Auschwitz. Doch einen Vorwurf kann man ihr nicht machen – im Gegenteil. Bei zahlreichen öffentlichen Besuchen von Konzentrationslagern von Dachau bis Buchenwald hat sie immer wieder deutlich gemacht, dass sie die geschichtliche Verantwortung Deutschlands ernst nimmt und Gedenkveranstaltungen nicht als inhaltsloses Ritual betrachtet.

10 Jahre Stiftung Auschwitz-Birkenau

Offizieller Anlass für die Reise der Bundeskanzlerin war das zehnjährige Bestehen der internationalen Stiftung Auschwitz-Birkenau, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Gebäude vor dem Verfall zu schützen sowie die vielen Dokumente und Habseligkeiten aus dem Besitz der Häftlinge zu restaurieren, die auf dem riesigen Areal gefunden wurden. Bei den Restaurierungsarbeiten kommen auch immer wieder neue Gegenstände zutage.

Die Stiftung war 2009 auf Initiative des damaligen polnischen Außenministers Wladyslaw Bartoszewski gegründet worden, der selbst politischer Häftling in Auschwitz war. Sie wird von zahlreichen Ländern unterstützt, die in einen Stiftungsfonds einzahlen, aus dem der Erhalt der Gedenkstätte finanziert wird. Deutschland hat bei der Gründung 60 Millionen Euro dazu beigetragen und stellt nun nochmals den gleichen Beitrag zur Verfügung.



„Wir müssen uns an die Verbrechen, die hier begangen wurden, erinnern und sie klar benennen,“ erklärte Angela Merkel in ihrer Rede. Foto: Jürgen Sterzenbach

Wie sinnvoll die Arbeit der Stiftung ist, machen die steigenden Besucherzahlen deutlich. Mehr als zwei Millionen Menschen aus aller Welt besuchen jährlich die Gedenkstätte, das sind im Durchschnitt täglich rund 6.300 Besucher, darunter sehr viele junge Menschen.

Bedrückender Rundgang durch das Lager

Auch an diesem bitterkalten Dezembertag bilden sich Schlangen vor dem Eingang zu Auschwitz I, dem ältesten Teil und sogenannten Stammlager. Gruppe um Gruppe zieht durch das Gelände. Führungen in allen Sprachen finden statt, es herrscht ein lebhaftes Treiben. Dann, am späteren Vormittag, wird es stiller, der Einlass wegen des Staatsgastes vorübergehend geschlossen. Schließlich befinden sich nur noch Sicherheitsmitarbeiter, Journalisten, Fotografen und Kameralleute auf dem Gelände. Über 100 Journalisten aus aller Welt sind angereist, um über den Besuch zu berichten. Sie warten hinter dem Tor mit der zynischen Aufschrift „Arbeit macht frei“, wo die ersten offiziellen Bilder von der Besucherdelegation gemacht werden.

Die Bundeskanzlerin besichtigt mehrere Blöcke des Stammlagers, in denen die Dauerausstellung untergebracht ist. Die original erhaltenen Einrichtungen sowie die zahlreichen Dokumente und Gegenstände belegen, was hier in den Jahren 1940 bis 1945 geschehen ist. Hinter Glas aufgetürmt Berge von Brillen, Koffern, Kleidung, Schuhen, Kinderspielzeug, Blechgeschirr, Rasierpinseln, Haarbürsten und zwei Tonnen Haare, die ermordeten Frauen abgeschnitten wurden, um sie industriell weiterzuverwerten – allesamt Zeugnisse des unbeschreiblichen Grauens, das hier stattgefunden hat. Am Ende des Rundgangs durch Auschwitz I legen Angela Merkel und Mateusz Marowicki an der berühmten Schwarzen Wand im Innenhof des Todesblocks, an der Tausende KZ-Häftlinge erschossen wurden, sichtlich bewegt Kränze nieder.

Schilderung eines Zeitzeugen

Anschließend fahren die Besucher in den drei Kilometer entfernten Lagerkomplex Auschwitz II-Birkenau. Hier haben die Massenvernichtungen stattgefunden, hier wurden die Juden aus den Viehwaggons, in denen sie zusammengepfertcht oft Tausende von Kilometern zurückgelegt hatten, selektiert und die meisten von ihnen direkt in die Gaskammern geschickt. Das riesige Gelände veranschaulicht die ungeheuren Dimensionen des nationalsozialistischen Verbrechens. 1,3 Millionen Menschen aus ganz Europa wurden nach Auschwitz deportiert, nur 200.000 haben überlebt. Einige wenige von ihnen sind heute noch am Leben und können als Zeitzeugen von den Nazi-Greueln berichten.

Einer dieser Zeitzeugen ist der 87-jährige Bogdan Bartnikowski, mit dem Angela Merkel an diesem Tag in der sogenannten Sauna zusammentrifft, wo eine Gedenkeier anlässlich des Stiftungsjubiläums stattfindet. Bartnikowski war 12 Jahre alt, als er mit seiner Mutter im August 1944 von Warschau nach Auschwitz gebracht wurde. In der Sauna wurden die angekommenen

Angela Merkels Besuch in Auschwitz fand große internationale Beachtung. Vor ihr besuchten die Bundeskanzler Helmut Schmidt (1977) und Helmut Kohl (1989 und 1995) die Holocaust-Gedenkstätte.

Foto: Jürgen Sterzenbach



Häftlinge desinfiziert und registriert. Bartnikowski berichtet, wie er sich geschämt hat, als er sich vor allen Leuten ausziehen musste und wie ihm die SS-Aufseher sagten, der einzige Weg aus dem Lager in die Freiheit führe durch den Schornstein.

Seine Schilderungen bei der Feierstunde machen eindringlich bewusst, wie wichtig das Erinnern ist und welche besondere Bedeutung die Gedenkstätte Auschwitz hat. Dies betont der polnische Ministerpräsident in seiner Ansprache, denn „wenn die Erinnerung geht, ist es, als hätten wir zum zweiten Mal die Menschen verletzt, die hier die Hölle erlebt haben“, so Mateusz Morawiecki.

Als dann Angela Merkel spricht, gehen ihre ersten Worte in den Geräuschen der Fotokameras fast unter. „Heute hier zu stehen und als deutsche Bundeskanzlerin zu Ihnen zu sprechen, fällt mir alles andere als leicht,“ beginnt die Bundeskanzlerin ihre Rede, in der sie die richtigen Worte und den richtigen Ton findet, um über etwas zu sprechen, worüber man kaum sprechen kann.

„Ich empfinde tiefe Scham angesichts der barbarischen Verbrechen, die hier von Deutschen verübt wurden – Verbrechen, die die Grenzen alles Fassbaren überschreiten. Vor Entsetzen über das, was Frauen, Männern und Kindern an diesem Ort angetan wurde, muss man eigentlich verstummen,“ sagt sie, und dann: Schweigen darf nicht unsere einzige Antwort sein. Dieser Ort verpflichtet uns, die Erinnerung wachzuhalten. Wir müssen uns an die Verbrechen erinnern, die hier begangen wurden, und sie klar benennen.“

Dann richtet Merkel den Blick auf heute, spricht von dem „blühenden jüdischen Leben in Deutschland“ und den „vielfältigen und freundschaftlichen Beziehungen“ zu Israel, was sie „alles andere als eine Selbstverständlichkeit“, sondern als „ein großes Geschenk“ sieht, das „gar einem Wunder gleicht.“ Die Bundeskanzlerin sieht dies jedoch aktuell bedroht durch „besorgniserregenden Rassismus, eine zunehmende Intoleranz, eine Welle

von Hassdelikten“. Sie sorgt sich um „den Antisemitismus, der jüdisches Leben in Deutschland, in Europa und darüber hinaus bedroht.“

„Ich verneige mich vor den Opfern“

Angela Merkel zitiert den italienischen Autor Primo Levi, der Auschwitz überlebt hat: „Es ist geschehen. Folglich kann es wieder geschehen.“ Und appelliert: „Daher dürfen wir unsere Augen und Ohren nicht verschließen, wenn Menschen angepöbelt, erniedrigt oder ausgegrenzt werden. Wir alle tragen Verantwortung. Und zu dieser Verantwortung gehört auch das Gedenken. Wir dürfen niemals vergessen. Einen Schlussstrich kann es nicht geben – und auch keine Relativierung.“

Nach der Feierstunde besucht die Delegation weitere Stätten des Birkenau-Geländes. Am Mahnmal bei den Ruinen der Krematorien gedenken Angela Merkel und Mateusz Morawiecki gemeinsam mit Bogdan Bartnikowski und zwei weiteren Zeitzeuginnen der Opfer der Massenvernichtung. Zuletzt

gehen sie zur Rampe, an der ein einziger Waggon an die Züge erinnert, in denen die Menschen nach Auschwitz transportiert worden waren, zu dem einzigen Zweck, sie zu vernichten. „Ich verneige mich vor den Opfern der Shoah, ich verneige mich vor ihren Familien,“ schloss Angela Merkel ihre Rede.

Ihr Besuch, so kann man ihn verstehen, hatte auch eine implizite Botschaft an alle Deutschen: Besucht Auschwitz, haltet die Erinnerung wach und tretet für die heute lebenden Juden ein – in Deutschland, in Israel und überall auf der Welt.

Jürgen Sterzenbach
Vorstandsmitglied der DIG Düsseldorf,
war als Berichterstatter vor Ort.



Foto: effk



Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch

* 29. Mai 1930 † 11. März 2020



Foto: Markus C. Hurek / picture alliance

Ein glühender Liberaler und echter Freund Israels

Burkhard Hirsch war nicht nur ein glühender liberaler, sondern auch ein echter Freund Israels. Er hat sich immer für die Wahrung der Bürgerrechte eingesetzt und ging mit besonderem Engagement gegen den „Großen Lauschangriff“ vor. Er unterstützte die Einführung der Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union und war neun Jahre Beirat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Von 2005 bis zu seinem Tod waren wir beide Kuratoriumsmitglieder der Israel-Stiftung in Münster.

Burkhard Hirsch hat sich seit 1973 als aktives Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und später als ihr langjähriger Vizepräsident für die Vertiefung der Beziehung der beiden Länder eingesetzt. Durch seine Erfahrungen in der Kindheit und der Wahrheitsfindung während seines Jurastudiums, in dem er die Protokolle der Nürnberger Prozesse lesen konnte, war er fest entschlossen, sich vehement für Freiheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Darauf richtete er sein gesamtes Wirken als Parlamentarier aus.

1998 erhielt er die Josef-Neuberger-Medaille der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf für seine Verdienste um die jüdische Ge-

meinschaft in Deutschland. Als Kämpfer gegen den Antisemitismus als auch als Förderer des jüdischen Lebens in Deutschland war er hoch motiviert und zugleich inspirierend mit all seiner Energie.

Im Jahr 2000 hat Burkhard Hirsch mich als seinen Nachfolger im Amt des Vizepräsidenten der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft vorgeschlagen. Ein Amt, das ich zehn Jahre ausüben durfte.

Energisch, leidenschaftlich, streitbar, authentisch, aufrichtig, humorvoll, weise und sehr liebenswürdig, so habe ich Burkhard Hirsch kennengelernt, wie viele andere seiner Wegbegleiter. Burkhard Hirsch wird uns allen sehr fehlen. In all den Jahren unseres gemeinsamen Weges habe ich ihn sehr schätzen gelernt und werde sein Andenken in Ehren bewahren.

Mein tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und allen Angehörigen.

Dirk Niebel
Bundesminister a. D. und DIG-Vizepräsident von 2000 - 2010

Ein großartiger Politiker, Visionär und Mensch

Burkhard Hirsch ist tot. Er verstarb am 11. März 2020 kurz vor der Vollendung seines 90. Lebensjahres. Mit ihm verlor unser Land einen eigenwilligen Verteidiger der demokratischen Bürgerrechte. Es ging ihm um die Sache und nicht um die Karriere. So klagte er noch nach seiner Bundestagszeit vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Gesetze, welche Freiheitsrechte unangemessen einschränkten. Mit Erfolg! So ging er Bundesregierungen und Koalitionsmehrheiten auf die Nerven und war auch für seine Partei, die Freien Demokraten, eher lästig und unbequem. Er war in jedem Fall unabhängig, unbestechlich und frei von parteipolitischen oder sonstigen Zwängen.

Unsere Wege kreuzten sich auf zwei Gebieten. Wir waren rund um die deutsche Wiedervereinigung innenpolitische Sprecher unserer Fraktionen im Bundestag. Dies bedeutete bei 20.000 Gesetzen und Rechtsverordnungen, die im Zuge der Vereinigung zwischen uns Koalitionären, im Innenausschuss und im Plenum des Bundestages geändert, gestrichen und neu geschaffen werden mussten, Dauertreffen. Spötter behaupteten, Hirsch und ich hätten uns im Jahr 1989/90 öfter gesehen als unsere Ehefrauen.

Wir waren zu dieser Zeit auch Vizepräsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Burkhard Hirsch war ein verlässlicher

Freund Israels, aber kein unkritischer Herold der israelischen Politik. Im Gegensatz zu anderen kritisierte er Israel nicht öffentlich, weil es da schon mehr als genug Möllemänner nicht nur in seiner Partei gab. Er kritisierte intern. Er wollte nicht überredet werden, er musste überzeugt werden.

Wir standen bis zuletzt brieflich und telefonisch in Kontakt. Im Januar 2017 schrieb er mir fast prophetisch für die Corona-Zeit heute: „Wir leben in einer Gesellschaft zwischen ängstlichem Bewahren des Erreichten auf der einen und fröhlicher Unbekümmertheit auf der anderen Seite. Die einen wollen so viel Sicherheit wie irgend möglich, natürlich auf Kosten der Freiheit der Anderen. Die Anderen wollen jede denkbare Chance ausnutzen, die sich ihnen bietet. Und beide schätzen den Staat als Ausfallbürgen für Risiken und Kosten.“

Burkhard Hirsch war ein großartiger Politiker, Visionär und Mensch.

Johannes Gerster
Ehrenpräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Andrew Walde

* 28. November 1960 † 17. Februar 2020

Israel im Herzen

In tiefer Trauer haben wir von Andrew Walde Abschied genommen, der Mitglied im Vorstand der DIG Berlin und Brandenburg e.V. war. Er starb an einer schweren Krankheit, gegen die er viele Monate angekämpft hat. Er hat bis zuletzt gehofft und geglaubt, dass er es schaffen würde. Sein Wille war groß, am Ende fehlte die Kraft.

Andrew Walde war ein enthusiastischer Freund Israels und förderte die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel mit ganzer Energie. Israel lag ihm so sehr am Herzen, dass er sogar seiner Lebensgefährtin vor dem Felsendom in Jerusalem einen Heiratsantrag machte.

Andrew Walde organisierte Israeltage, Israelreisen, Sommerfeste und vieles mehr – ihm war keine Aufgabe zu groß. Alles, was er anpackte, führte er zum Erfolg. Er kümmerte sich darum, dass Jugendliche aus Deutschland nach Israel fuhren und Jugendliche aus Israel nach Deutschland. Wenn alljährlich Israelfeinde am Kurfürstendamm aufmarschierten, organisierte er den Gegenprotest. Was er auch anpackte, ihm ging es immer um Gerechtigkeit und eine bessere Welt – und die fing für ihn auch im Kleinen an.



Foto: Stefan Krikowski

Seine Berliner Kollginnen und Kollegen hatten in ihm einen großartigen und verlässlichen Freund.

Wir werden Andrew Walde ein ehrendes Andenken bewahren.

Uwe Becker
DIG-Präsident

Antisemitismus und Recht

Antisemitische Tatmotive sollen ausdrücklich als strafverschärfende Beweggründe in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht tritt für eine entsprechende Reform ein, die auch von der DIG unterstützt wird.



Christine Lambrecht ist seit 1998 Mitglied des Bundestages. Das Amt der Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz bekleidet sie seit 2019. Foto: Thomas Köhler

Frau Bundesministerin Lambrecht, wie steht es um die deutsch-israelischen Beziehungen in Ihrem Geschäftsbereich?

Christine Lambrecht: Ich wollte eigentlich im März nach Israel reisen, diese Reise musste aber leider aufgrund der Corona-Krise abgesagt werden. Ich möchte sie aber sobald es geht nachholen, da mir der enge Austausch zwischen unseren Ländern sehr wichtig ist.

Die Beziehungen zwischen den Justizministerien finden aber nicht nur auf Leitungsebene der Häuser statt. In regelmäßigen Abständen treffen sich Expertinnen und Experten auf beiden Seiten, um sich über aktuelle Rechtsfragen auszutauschen. Ich halte es für eine hervorragende Idee, das vertiefte Kennenlernen der israelischen und deutschen Expertinnen und Experten zu fördern, damit diese sich ein eigenes Bild vom jeweils anderen Staat machen können.

Was verbindet Sie persönlich mit Israel?

Christine Lambrecht: Seit vielen Jahren besuche ich regelmäßig Israel – als Bundestagsabgeordnete, aber auch privat. Die deutsch-israelische Freundschaft ist mir sehr wichtig und mir sind die Menschen in Israel sehr ans Herz gewachsen. Ich bin sehr gerne in diesem wunderbaren und beeindruckenden Land.

Antisemitismus steigt in Deutschland seit Jahren an – was kann die deutsche Justiz tun, um dem entgegenzuwirken?

Christine Lambrecht: Der deutsche Staat hat die Pflicht, jüdisches Leben zu schützen. Der Terroranschlag auf die Jüdische Gemeinde in Halle an Jom Kippur war ein schrecklicher Anschlag

auf Jüdinnen und Juden in Deutschland. Diese Tat war Teil einer bitteren Entwicklung. Wir registrieren einen enormen Anstieg antisemitischer Straftaten – seit 2013 um über 40 Prozent. Dem müssen wir konsequent entgegengehen. Das erfordert größte Wachsamkeit und Entschiedenheit im Vorgehen der Polizei und der Justiz. Die bayerischen Staatsanwälte haben ein richtiges Signal gesetzt. Sie stellen Ermittlungsverfahren nicht mehr wegen Geringfügigkeit oder geringer Schuld ein, wenn ein antisemitischer Hintergrund vorliegt. So sollte es bundesweit gehandhabt werden.

In der öffentlichen Debatte wird oftmals der Umgang mit antisemitisch motivierten Tätern gerügt. Braucht es Strafverschärfungen in Deutschland?

Christine Lambrecht: Ja, wir brauchen schärfere Strafen und sehen diese vor. Wer gegen Jüdinnen und Juden hetzt, sie bedroht und diffamiert, soll künftig härter verfolgt werden. Das sieht mein Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität vor, über den jetzt der Bundestag berät.

Sollte Hasskriminalität in Deutschland juristisch anders gefasst werden? Falls ja, wie?

Christine Lambrecht: Der Hass im Netz ist ein Nährboden der Gewalt. Betroffene von Rassismus und Antisemitismus haben inzwischen wieder häufig Angst um sich und ihre Familien. Deshalb sehen wir neben Strafschärfungen auch eine deutlich effektivere Verfolgung vor: Künftig müssen Volksverhetzungen, Bedrohungen und Nazi-Propaganda von den sozialen Netzwerken nicht nur gelöscht, sondern auch dem Bundeskriminalamt gemeldet werden. So können Ermittlungen nach einem Hinweis sofort beginnen.

Sie haben selbst eine Überarbeitung des § 46 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs angeregt. Die DIG unterstützt diese Reform und hat sie auf ihrer letzten Hauptversammlung diskutiert. Was bedeutet die Änderung und was versprechen Sie sich davon?

Christine Lambrecht: Antisemitische Tatmotive nehmen wir ausdrücklich als strafverschärfende Beweggründe in das Strafgesetzbuch auf. Jede Straftat, die sich gegen Jüdinnen und Juden richtet, kann so von den Gerichten härter geahndet werden. Das schärft das Bewusstsein für diese Taten und wird auch in den Urteilen zum Ausdruck kommen.

Der Brandanschlag auf die Bergische Synagoge in Wuppertal im Jahr 2014 hat deutschlandweit Schlagzeilen gemacht, weil die anschließende Verurteilung der Täter den Antisemitismus nicht als solchen erkannte. Müssen deutsche Gerichte (und Staatsanwaltschaften) besser darin geschult werden, israelbezogenen Antisemitismus als solchen zu erkennen?

Christine Lambrecht: Wir brauchen große Sensibilität in allen Bereichen von Polizei und Justiz. Es gibt hervorragende Weiterbildungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, unter anderem an der Deutschen Richterakademie. Diese werden auch gut wahrgenommen.

Wie können Staatsanwälte und Richter besser ausgebildet werden, um Antisemitismus effektiver zu bekämpfen? Muss die Sensibilisierung vielleicht früher anfangen – in der Juristenausbildung spielt das Thema Antisemitismus kaum eine Rolle.

Christine Lambrecht: Ja, die Sensibilisierung muss schon in der Schule beginnen. Und in der juristischen Ausbildung – ebenso wie an Polizeischulen – muss die Bekämpfung von Judenfeindlichkeit eine besondere Rolle spielen. Das Grundgesetz, unsere Verfassungsordnung, ist ohne die Geschichte der NS-Herrschaft und der Shoah überhaupt nicht erklärbar. Genauso muss sich

die Ausbildung auch allen heutigen Formen des Antisemitismus widmen.

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr einen „Pakt für den Rechtsstaat“ beschlossen, u.a. um mehr Stellen in der Justiz zu schaffen. Wie wird das Programm von den Ländern angenommen und wird es auch in der Antisemitismus-Bekämpfung Abhilfe schaffen?

Christine Lambrecht: Mit dem Pakt für den Rechtsstaat stärken wir die Justiz insgesamt. 2000 neue Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und das nötige weitere Personal sind eine enorme Verstärkung. Mehr als die Hälfte der Stellen haben die Länder schon geschaffen. Das wird in allen Bereichen wirken und auch weitere Kapazitäten schaffen, gegen Hass und Hetze entschieden vorzugehen.

Die Fragen stellten Vincent Wolff und Philipp J. Butler Ransohoff.

Starkes Netzwerk: Die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung

Die 1989 in Jerusalem gegründete Deutsch-Israelische Juristenvereinigung (DIJV) hat sich zum Ziel gesetzt, insbesondere durch rechtsvergleichende Betrachtungen und Studien den Dialog und das Verständnis zwischen israelischen und deutschen Juristen zu fördern. So wollen wir die Beziehungen beider Länder stärken, das Verständnis für beide Rechtssysteme entwickeln und die Auseinandersetzung mit der Justiz des Nationalsozialismus vertiefen. Präsidentin der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung ist seit Oktober 2015 die frühere Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.

Der regelmäßige Meinungs- und Erfahrungsaustausch in Deutschland und Israel ist Kernpunkt unserer Aktivitäten. Zentral sind dabei unsere Jahrestagungen, die etwa alle 18 Monate abwechselnd in beiden Ländern stattfinden. Hierbei kommen die Teilnehmer zusammen, um über aktuelle Entwicklungen in Justiz, Forschung und Lehre sowie beider Gesellschaften, die für Juristen bedeutsam sind, zu beraten. Zu den Referenten zählen führende Juristen beider Länder. So referierten zuletzt u.a. die Präsidentin des israelischen Supreme Courts, Justice Esther Hayut, und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Dr. Andreas Voßkuhle.

Unsere Konferenzen zeichnen sich nicht nur durch ein hohes fachliches Niveau aus, sondern auch durch eine herzliche Atmosphäre. An den Tagungen in Berlin (2015), Tel Aviv (2017) und Nürnberg (2019) haben jeweils über 250 Juristinnen und Juristen aus beiden Ländern teilgenommen. Tagungssprachen sind Deutsch und Hebräisch mit simultaner Übersetzung.

Dem juristischen Nachwuchs ist ein besonderer Zweig unserer Aktivitäten gewidmet. Spezielle Jugendtagungen in beiden Ländern werden an den Interessen junger Juristen – Referendare, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter – ausgerichtet und erfreuen sich großen Zuspruchs. Sie eröffnen jungen Juristen zudem die Möglichkeit, sich über Praktikumsplätze und Referendarstellen in Israel oder Deutschland zu informieren und erste Kontakte zu knüpfen. Darüber hinaus ermöglichen wir ange-

henden Juristen die Teilnahme an unseren Jahrestagungen mittels einer finanziellen Unterstützung. In Kombination mit einer geförderten Teilnahme von Studierenden an unseren Jahrestagungen konnte so ein in diesem Format einzigartiges Angebot zur Förderung der Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und Israel etabliert werden.

1998 hat sich in Israel eine Schwesternvereinigung gegründet, die Israelisch-Deutsche Juristenvereinigung (IDJV). Jedes Mitglied in der jeweiligen nationalen Vereinigung ist automatisch auch Mitglied in der Schwesternvereinigung.

Vom 7. bis 13. September 2020 – wenn Reisen nach Israel wieder möglich sind – veranstalten wir die 26. Jahrestagung unserer beiden Vereinigungen in Jerusalem und Tel Aviv. Als Referenten haben u.a. zugesagt: Justice Esther Hayut, Präsidentin des Supreme Court; Prof. Dr. Stefan Harbarth, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts; Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank; Dr. Avichai Mandelblit, Generalstaatsanwalt des Staates Israel.

Befassen werden wir uns u.a. mit den folgenden Themen: Bekämpfung von Antisemitismus und Hate Speech im Internet; Unternehmensstrafrecht in Deutschland und Israel; Beziehungen zwischen der EU und Israel aus völkerrechtlicher Perspektive; Das neue Nationalstaatsgesetz; Außergerichtliche Streitbeilegung; Strafbarkeit von Palästinensern aus den besetzten Gebieten.

Programm und Anmeldung finden sich auf unserer Homepage dijv.de. Für weitere Informationen steht Ihnen unsere Geschäftsführerin Jacqueline Hopp (030 - 89 73 16 45; info@dijv.de) gerne zur Verfügung.

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unserer Arbeit – und über jedes neue Mitglied!

Elmar Esser
Rechtsanwalt in Köln, Erster Vorsitzender der DIJV

Keine klare Distanzierung

Zur BDS-Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) hat seit langem Probleme in ihrer Haltung zum jüdischen Staat Israel. Unklar zeigt sie sich vor allem in ihrer Haltung zu den Kritikern Israels und den Feinden Israels in den eigenen Reihen und in den „Schwesterkirchen“. Mit hoher Erwartung haben wir deshalb die „Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angesichts der Debatte um die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS) studiert. Wir sind enttäuscht.

Die Debatte kreist um die Frage, ob die BDS-Bewegung sich grundsätzlich gegen den jüdischen Staat richtet und auch antisemitische Bewertungen enthält (was in der Bundestagsresolution vom Mai 2019 bestätigt und verurteilt wurde) und wie sich die EKD dazu verhalten sollte. Denn Teile der EKD und ökumenischer Partnerkirchen unterstützen die Ziele und Mittel des BDS. Ihre Stimme ist das Kairos-Palästina-Solidaritätsnetz. Christian Staffa, der Ende 2019 berufene Antisemitismusbeauftragte der EKD, hat sich zu dieser Frage in einem Interview mit der „Jüdischen Allgemeinen“ am 15. Februar 2020 so geäußert: „Die Unterstützer von BDS und des „Kairos-Palästina-Dokuments“ sind sehr engagiert. Ich würde sie nicht pauschal als Antisemiten verurteilen, aber es ist eine beunruhigende, potenziell und oft auch real antijüdische Haltung.“

Die Stellungnahme der EKD fordert, „im Einzelfall zu überprüfen, wo die Grenzlinien zwischen legitimer Kritik, konstruierten Feindbildern und jüdenfeindlichen Ressentiments liegen (Pkt. 4).“ Für diese Überprüfung akzeptiert sie die Arbeitsdefinition der IHRA (Doppelte Standards, Delegitimation, Dämonisierung Israels). Die Stellungnahme benennt als „Anliegen“ und „Bekanntnis“ der BDS-Bewegung Menschenrechte, gerechter Friede und Gewaltfreiheit. Zugleich fehle „sowohl im Gründungsauftrag als auch in der Bewegung selbst eine klare Abgrenzung gegenüber einer einseitigen Kritik, die auf eine Delegitimation des Staates Israel und seine Dämonisierung als jüdischem Staat hinausläuft und damit von einer antisemitischen Haltung nicht mehr unterscheidbar ist (Pkt. 5).“ Die EKD hat nicht verstanden, dass diese fehlende Abgrenzung nicht ein Versäumnis der BDS-Bewegung ist, sondern gerade ihre Strategie, um Menschen sowohl im Westen wie auch unter den Arabern mobilisieren zu können. Das gilt vor allem für die BDS-Kernforderung, Israel so lange zu boykottieren, wie nicht „die arabischen Gebiete“ zurückgegeben und die Flüchtlinge zurückgekehrt sind.

Der zweite Teil der Stellungnahme (Pkte 7 ff.) vollendet den misslungenen Versuch, in einer aufgeheizten Debatte die Lösung in einem „Mittelweg“ zwischen „pro-israelischen und pro-palästinensischen Unterstützergruppen“ zu suchen, ohne auf die Fakten einzugehen. Dafür wäre eine genaue Analyse der BDS-Dokumente notwendig und eine klare Haltung zu dem absurden „Apartheid“-Vorwurf, auf dem die BDS-Propaganda fußt. Es fehlt auch in diesem Dokument der EKD eine klare Aussage dazu, dass es die arabische Seite war, die schon 1948 die Bildung zweier Staaten verhinderte, und es fehlt eine Haltung gegenüber den existenziellen Sicherheitsbedürfnissen Israels. Die Bedrohung Israels durch Terror, die Hisbollah und die iranischen Vernichtungsphantasien wird ja von BDS grundsätzlich gelehrt, die israelische Reaktion verleumdet.

Christian Staffa hat noch auf eine andere Frage hingewiesen, auf die die kirchlichen BDS-Unterstützer auch keine Antwort haben: „Im Irak sind in den vergangenen zehn Jahren 200.000 Christen einfach verschwunden. Meine Frage ist dann immer: Warum ist Euch der sogenannte Nahostkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern so wichtig, warum nicht die anderen Konflikte im Nahen Osten? Und darauf gibt es ganz selten eine sinnvolle Antwort. Oft heißt es: „Wir haben gelernt, dass die Verfolgung von Juden dramatisches Unrecht war. Ab 1967, seit dem Sechstagekrieg, waren andere Opfer der Juden, und gerade wir als Deutsche dürfen nicht schweigen.“ Das ist die Linie, die da gezogen wird, und die ist natürlich extrem wenig reflektiert. „Gerade wir als Deutsche“, das heißt übersetzt: Wir zeigen den Juden mal, dass sie auch nicht besser sind. Schon der Vergleich zwischen Holocaust und den Westbanks ist obszön.“

Wir haben den Eindruck, dass die EKD nicht eine, sondern drei Stellungnahmen abgegeben hat. Die EKD beginnt mit starken und richtigen Aussagen und endet mit einem Wischi-Waschi. Es gelingt eben nicht, allen Seiten ein bisschen entgegenzukommen. Damit drückt sich die EKD am Ende doch vor einer klaren Distanzierung von Inhalt, Methoden und Zielen der BDS-Bewegung, die man beim Lesen des Beginns der Stellungnahme hätte erwarten können. Der eigene Antisemitismusbeauftragte wurde offensichtlich ignoriert. Schade. Aber das Papier ist hoffentlich wenigstens ein Anlass, die dringend notwendige Diskussion zwischen DIG und Kirchen vor Ort zu vertiefen, für die wir im Herbst 2019 mit der Broschüre „Irritierende Thesen gegen Israel aus Kreisen der EKD“ bereits Material geliefert haben.

Dr. Hermann Kuhn
Dr. Bernd Moldenhauer
Dr. Widu Wittekindt



Eine eingehende Studie über die irritierenden Thesen gegen Israel aus Kreisen der EKD haben die DIG Arbeitsgemeinschaften Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Osnabrück, Ostfriesland und der DIG Bremen/Unterweser e.V. herausgegeben. Sie kann auf der DIG Webseite kostenlos heruntergeladen werden.

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Bis zum 31. Mai können Projektanträge für das Festjahr 2021 gestellt werden

Ende Februar 2020 haben Generalsekretärin Sylvia Löhrmann und Leitender Geschäftsführer Andrei Kovacs vom Verein 321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland den offiziellen Startschuss für die erste Antragsrunde für Projektideen gegeben.

„Ab sofort können Anträge für die Gestaltung des Festjahres #2021JLD gestellt werden. Wir wollen ein breites Publikum erreichen und setzen auf innovative, interaktive und mutige Aktionen“, erklärt Sylvia Löhrmann zum Start des Online-Portals. Dort finden Interessierte wichtige Hinweise für ihren Beitrag.

„Wir haben ein umfangreiches Projekt- und Förderhandbuch erstellt, um die Antragstellerinnen und Antragsteller formal wie inhaltlich bestmöglich zu unterstützen“, erläutert Andrei Kovacs das gründlich vorbereitete Portal. „Unter www.1700Jahre.de/mitmachen erhalten Interessierte Informationen, können sich dort auch direkt registrieren und dann ihren geplanten Beitrag für das Festjahr einbringen. Wer weitergehende Beratung oder Unterstützung braucht, kann sich an die Telefon-Hotline unter 0221-96 88 28-20 wenden oder eine E-Mail unter mitmachen@1700Jahre.de schreiben.“

Wer kann mitmachen?

Mitmachen können gemeinnützige Organisationen, alle Religionsgemeinschaften, Vereine, Stiftungen, aber auch Landes- und Bundesbehörden und Kulturinstitutionen mit Beiträgen zu Kunst und Kultur, politischer und kultureller Bildung, Zivilgesellschaft, Religion und Tradition.

An die erste Förderrunde, die bereits am 5. April 2020 abgeschlossen wurde, schließt sich bis zum 31. Mai 2020 die zweite Förderrunde an. Die eingegangenen Beiträge werden in der Geschäftsstelle vorgeprüft und von einer unabhängigen Jury bewertet.

Die für das Finanzwesen zuständige Geschäftsführerin Dr. Regina Plaßwilm, die auch für die Beratung von Partner-Projekten verantwortlich ist, sieht angesichts der derzeitigen Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Schließung von Kulturinstitutionen und Archiven eine neue Herausforderung für die Erstellung von Konzepten. „Wir hoffen sehr, dass wir als Verein und auch im Verbund mit den potentiellen Zuwendungsgebern auf Bundesebene jedes förderfähige Projekt berücksichtigen können. Es ist uns ein großes Anliegen, bundesweit viele Akteure einzuladen und zum Mitmachen zu motivieren.“

Es gibt unterschiedliche Projektkategorien und Wege mitzumachen: selbst finanzierte und mit öffentlichen Mitteln geförderte Projekte. Beides ist wichtig, um das Festjahr 2021 vielfältig zu gestalten. Förderfähige Projekte sollten sich mit einem Aspekt der vielfältigen jüdischen Gegenwart und/oder der wechselhaften Geschichte im deutschsprachigen Raum beschäftigen und die jüdische Perspektive auf den betreffenden Aspekt aufzeigen. Außerdem sollen die Projekte Wirkung und Bedeutung für die Gegenwart in unserer heutigen Gesellschaft entfalten.

Dr. Regina Plaßwilm



Generalsekretärin Sylvia Löhrmann und Leitender Geschäftsführer Andrei Kovacs rufen dazu auf, Anträge zu stellen, um Projekte für das Festjahr 2021 zu realisieren.

Foto: Joachim Gerhardt



Der Verein 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V. hat sich am 18. April 2018 im Gemeindehaus der Synagoge Köln gegründet. Ziel des Vereins ist es, die Bedeutung der jüdischen Kultur und Geschichte für Deutschland und Europa wachzuhalten, auf ihr 1700-jähriges Bestehen hinzuweisen und dazu zentrale Feierlichkeiten im und rund um das Festjahr 2021 anzustoßen bzw. zu organisieren. In Planung stehen neben einem Festakt in Köln zahlreiche bundesweite Kulturevents sowie die Herausgabe von Publikationen. Dadurch möchte der Verein öffentlichkeitswirksam dazu beitragen, kulturelle, politische und interreligiöse Debatten innerhalb der Gesellschaft anzustoßen und deutliche Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus zu setzen.

Den Namen ein Gesicht geben

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, der ehemalige Präsident der Bundesärztekammer und amtierende Vorsitzende des Weltärztebundes, wurde von der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf mit der renommierten Josef-Neuberger-Medaille ausgezeichnet. Der hochrangige Mediziner hat unablässig an die Verbrechen deutscher Ärzte in der Nazizeit erinnert und gilt als Brückenbauer zwischen der deutschen und israelischen Ärzteschaft.



Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery am Abend der Preisverleihung in der Düsseldorfer Synagoge. Foto: Anne Orthen

Professor Montgomery, Sie haben stetig an das Schicksal jüdischer Ärzte im Dritten Reich und an die Verbrechen nicht-jüdischer Ärzte erinnert. Das Thema wurde lange verdrängt, wie sind Sie erstmals damit konfrontiert worden? Erinnern Sie sich an Ihre damalige Reaktion?

Frank Ulrich Montgomery: Es gab zwei Schlüsselerlebnisse für mich. Zum einen die Erzählungen meines Vaters, der als englischer Soldat zu „Befreiern“ von Bergen-Belsen gehört hatte; ein Erlebnis, dass er nie vergessen konnte. Und dann fand ich als neugewählter Präsident der Ärztekammer Hamburg in einem als „Giftschrank“ bezeichneten Safe die Liste der Ärzte, die aus der Ärztekammer Hamburg wegen ihrer jüdischen Herkunft ausgeschlossen wurden. Mich erschütterte, dass diese Liste noch immer totgeschwiegen werden sollte. Mehr noch aber bewegte mich das Schicksal der Menschen auf der Liste. Getreu dem Motto „Den Namen ein Gesicht geben“ hat dann die Ärztekammer Hamburg eine Historikerin beauftragt, den Namen auf der Liste und ihrem Schicksal nachzugehen. Daraus ist ein wunderbares Buch* geworden.

45 Prozent der Ärzte waren Mitglied in der NSDAP, 9 Prozent in der SS. „Man kann heute sagen, dass bei keinem anderen akademischen Beruf die nationalsozialistische Propaganda solchen Erfolg erzielt hat wie bei den Ärzten,“ so damals der Berliner Arzt und Reichstagsabgeordnete Julius Moses. Warum waren Ärzte so anfällig für die Nazi-Propaganda? War der Antisemitismus bei ihnen besonders ausgeprägt?

* Anna von Villiez: *Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer“ Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945*; Dölling und Galitz Verlag 2009; nur noch antiquarisch erhältlich.

Frank Ulrich Montgomery: Die Rassetheorien von Binding-Hoche waren damals bereits im Studium gelehrt worden. Viele angehende Ärztinnen und Ärzte wurden so verblendet und konnten Wissenschaft und Ideologie nicht mehr voneinander trennen. Und den Ärzten jener Zeit wurde auch suggeriert, besonders elitär zu sein. Das machte verführbar. Und schließlich: es gab damals durchaus einen starken Wettbewerb der Ärzte um Patienten. Und da „störten“ überproportional viele jüdische Berufskollegen.

Als Präsident der Bundesärztekammer hatten Sie maßgeblichen Anteil daran, dass der Bundesärzterttag 2012 – 72 Jahre nach Kriegsende – die „Nürnberger Erklärung“ verabschiedet hat, ein klares Bekenntnis der Schuld deutscher Ärzte und ein wichtiges Dokument der Vergangenheitsbewältigung. Warum hat es so lange gedauert?

Frank Ulrich Montgomery: Es war unangenehm, sich selbst zu bezichtigen. Viele Kolleginnen und Kollegen, die mehr oder weniger belastet waren, haben gleichwohl beim Aufbau des Nachkriegsgesundheitswesens vorbildlich mitgearbeitet und irgendwann wurde dann der Wiederaufbau wichtiger als die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit.

Welche Widerstände gab es in der Ärzteschaft bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit?

Frank Ulrich Montgomery: Den Wunsch, „endlich mal einen Schlusstrich zu ziehen“. Dabei wurde verkannt, dass man unter solche Verbrechen nie einen Schlusstrich ziehen kann.

Sind das Verhalten deutscher Ärzte in der Nazizeit und die „Nürnberger Erklärung“ im Rahmen des Medizinstudiums an deutschen Universitäten heute Bestandteil des Lehrplans?

Frank Ulrich Montgomery: Ja, die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der (medizinischen) Vergangenheit findet heute in den Lehrplänen Raum und wird auch von der jüngeren Generation eingefordert.

Sie gelten als Brückenbauer zur israelischen Ärzteschaft. Heute gibt es enge Verbindungen zwischen der Israeli Medical Association und der Bundesärztekammer. Wie gestaltet sich der Austausch, über welche Themen sind deutsche und israelische Ärzte im Gespräch?

Frank Ulrich Montgomery: Wir arbeiten intensiv im Weltärztebund und den europäischen Ärztegremien zusammen. Dabei stehen ethische Fragen im Vordergrund, aber auch Probleme der Globalisierung der Medizin. Und gerade die Corona-Krise

ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir alle die gleichen Probleme haben – und nur gemeinsam nach Lösungen suchen können.

Wie beurteilen Sie die Maßnahmen zur Eindämmung von Corona in Deutschland bzw. Europa und Israel im Vergleich?

Frank Ulrich Montgomery: Deutschland hat sich sehr frühzeitig aufgestellt und vorbereitet. Wir haben die meisten Intensivbetten, Beatmungsplätze und Testungen aller vergleichbaren Staaten. Und wir haben mit Augenmaß schwierige Eingriffe in die Freiheit und Autonomie unserer Bürger verfügt. Nun gilt es, eine Strategie zum Exit aus diesen Maßnahmen zu finden. Das wird schwer. Mit unseren israelischen Kollegen haben wir dabei – das sei ehrlich gesagt – nur wenig Kontakt gehabt. Der Grund ist einfach: zu sehr waren wir alle mit der Bewältigung der Krise beschäftigt.

Sie sind Vorstandsvorsitzender des Weltärztebundes (World Medical Association). Was können die Ärzteschaften im internationalen Verbund zur Bewältigung der Corona-Krise beitragen?

Frank Ulrich Montgomery: Informationsaustausch ist in der akuten Situation fast das Einzige, was man in einer solchen Organisation machen kann. Und Beratung von Regierungen und Weltgesundheitsorganisation – soweit diese nachfragen.

Was sind aus Ihrer Sicht die entscheidenden Voraussetzungen, damit die Pandemie eingedämmt werden kann?

Frank Ulrich Montgomery: Behandlung der Erkrankten, Erreichen einer schnellstmöglichen Immunität in möglichst breiten Kreisen der Bevölkerung; sei es durch vorsichtigen Kontakt mit dem Virus, sei es – wesentlich besser – durch Impfung. Und wir müssen die Datenlage zur Corona Pandemie deutlich verbessern. Das heißt testen, testen, testen. Am Wichtigsten aber scheint mir eine Aufklärung der Bevölkerung, die dabei mitgenommen werden muss. Die Bürger müssen verstehen, warum und wie sie sich schützen können. Wenn es nicht gelingt, jeden Einzelnen zum Mitmachen, zum Beibringen seines kleinen Anteils an Hilfe zu bewegen, dann könnte uns diese Erkrankung entgleiten.

Die Fragen stellte Jürgen Sterzenbach.



Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery bei der Preisübergabe durch Ruth Rubinstein und Ran Ronen vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf. Foto: Jürgen Sterzenbach

Renommierte Auszeichnung: Die Josef-Neuberger-Medaille



Die Josef-Neuberger-Medaille ehrt Menschen oder Institutionen der nichtjüdischen Öffentlichkeit, die sich um die jüdische Gemeinschaft besonders verdient gemacht haben. Die Auszeichnung erinnert an den früheren nordrhein-westfälischen SPD-Politiker und Justizminister Josef Neuberger (1902-1977), der sich in den Nachkriegsjahren als Jude für das jüdische Gemeindeleben in Nordrhein-Westfalen eingesetzt hatte und auch im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland tätig war.

Frank Ulrich Montgomery erhielt die Auszeichnung bei einem Festakt am 19. November 2019 in der Düsseldorfer Synagoge. Laudator war der ehemalige Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe. Zu den früheren Preisträgern gehören unter anderen Bundeskanzlerin Angela Merkel, der frühere NRW-Ministerpräsident und spätere Bundespräsident Johannes Rau, die Düsseldorfer Rockband »Die Toten Hosen«, die Verlegerin Friede Springer sowie die Publizisten Hamed Abdel-Samad und Ahmad Mansour.

Aus den Arbeitsgemeinschaften

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. ist mit über 50 Arbeitsgemeinschaften in ganz Deutschland vertreten. Das Spektrum der regionalen Aktivitäten umfasst Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Gedenkveranstaltungen, die Organisation von Reisen nach Israel und vieles mehr.



Zum musikalischen Programm des Gedenktages gehörten auch Werke von jüdischen Komponisten, die in Konzentrationslagern starben. Design: hellrot.de

DIG Bayreuth

Gedenkkonzert mit dem Zamirchor

Am 28. Januar 2020 haben die AG Bayreuth-Oberfranken und der Bayreuther Zamirchor ihr jährliches Konzert anlässlich des Internationalen Holocaustgedenktag veranstaltet, um damit den Opfern des Holocaust ein respektvolles und achtsames Andenken zu erweisen. Die große öffentliche Resonanz war dabei ein deutliches Statement gegen das Vergessen und gegen die zunehmende gesellschaftliche Vernachlässigung des Erinnerens an den Massmord an sechs Millionen jüdischen Mitmenschen.

Die Schirmherrschaft des diesjährigen Konzertes lag beim Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Staatsminister a.D. Dr. Ludwig Spaenle, der gleichermaßen engagierte wie mahnende Worte fand: „Aus dem Erinnern erwächst Zukunft [...]. Angesichts steigender Zahlen von antisemitischen Vorfällen und ihrer Eskalation auch in Bayern müssen wir unserer Verantwortung des ‚Nie wieder‘ eines menschenverachtenden Unrechtsregimes gerecht werden. Eine ‚Kultur des Hinschauens‘ und die Prävention gegen Antisemitismus spielen dabei eine zentrale Rolle“. Auch die Bayreuther Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe und der Vizepräsident der Regierung von Oberfranken, Thomas Engel, wandten sich mit persönlichen, aber unmißverständlichen Worten an die Zuhörer, indem beide betonten, wie wichtig das öffentlich sichtbare Erinnern sei, in Zeiten, in denen Judenfeindlichkeit nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa

wieder auflebe und eine viel zu schnelle Gewöhnung der Gesellschaft an antisemitisches Verhalten in der Öffentlichkeit und damit an die Bedrohung jüdischen Lebens zunehme. Der besondere Dank der AG Bayreuth-Oberfranken gilt dem Zamirchor und seiner Leiterin Barbara Baier, die seit vielen Jahren musikalische Erinnerungs- und Verständigungsarbeit leisten und ohne die es diese Form des Gedenkens in Bayreuth nicht geben würde.

Dr. Thomas Brüggemann

DIG Berlin und Brandenburg e.V.

Holocaust-Erinnerung von Generation zu Generation

Als am 27. Januar 1945 sowjetische Truppen Auschwitz, Auschwitz-Birkenau und Auschwitz-Monowitz erreichten, stießen sie in allen drei Lagern auf unzählige Leichen. Und auf etwa 7.000 Überlebende, darunter 500 Kinder. Viele von ihnen starben noch in den nächsten Tagen.

Von den 1,3 Millionen Menschen, die in diese Lager und ihre vielen Außenlager verschleppt worden waren, starben 1,1 Millionen. Eine Million der Getöteten waren Juden. Aber auch Sinti und Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehova, Kommunisten, Widerstandskämpfer wurden hier vergast oder starben an Hunger, durch medizinische Experimente, Krankheiten, Folter.



Die DIG Berlin und Brandenburg e.V. lud zusammen mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Berlin anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 26. Januar 2020 zu einer Veranstaltung ein. Zur Einleitung sprach Andrea von Treuenfeld. Foto: privat

Die wenigen, die Auschwitz – Synonym für die unzähligen Lager der Nazis – überlebt haben, waren schwerst traumatisiert. Dennoch entschieden sich viele dieser Menschen, die oftmals ihre Erstfamilie in der Shoa verloren hatten, für die Neugründung einer Familie. Aber das Leben nach Auschwitz war geprägt von den Erfahrungen aus der Zeit der Verfolgung, Demütigung und Todesangst. Die daraus resultierenden Traumata gaben die Überlebenden an ihre Kinder weiter – manchmal verbal, meist jedoch nonverbal. Wie muss das gewesen sein, in einer Atmosphäre aufzuwachsen, in der Schweigen herrschte? In der nicht gesprochen wurde über das, was allgegenwärtig war, aber nicht benannt wurde?

„Vielleicht hätte ich mehr fragen müssen“, haben sich einige der Nachgeborenen irgendwann gesagt. Aber der Respekt vor der Trauer der Eltern hat auch sie verstummen lassen. Viele von ihnen haben erst spät, wenn überhaupt, die Geschichte ihrer Mutter oder ihres Vaters erfahren. Weil diese nicht sprechen, das Unsagbare nicht in Worte fassen konnten.

Für diese zweite Generation, die mit dem Leiden der Eltern aufwuchs, wurde es zur Aufgabe, ihnen keine weiteren Verletzungen zuzufügen, sie zu beschützen: eine ungute Umkehrung der Verhältnisse. „Ich war“, hat mir die Tochter zweier Überlebender erzählt, „immer darauf fokussiert, dass die beiden einigermaßen funktionstüchtig bleiben und bin praktisch seit meiner Geburt erwachsen gewesen.“ Man muss nicht viel Phantasie haben, um sich vorzustellen, was das für das Leben dieser Frau bedeutet hat und wie weit diese Erfahrung sie geprägt hat.

Die Shoa blieb also, obwohl sie sie nicht selbst erlebt haben, ein wesentliches Element in der Biographie dieser Menschen und setzte sich somit fort in der dritten Generation. Doch die stellte Fragen. Und die Großeltern sprachen – mit den Enkeln leichter als mit den Töchtern und Söhnen: das Phänomen des sogenannten Generationensprungs. Aber auch, wenn diese Enkel, schon aufgrund der zeitlichen Entfernung, differenzierter mit dem umgehen können, was ihrem Großvater, ihrer Großmutter geschehen ist, so bleibt Auschwitz doch auch für sie ein ganz persönlicher Albtraum.

Dazu Worte einer Siebzehnjährigen: „Schon als wir nach Auschwitz gefahren sind, ich wollte nicht diesen Bus verlassen. Und dann stand ich vor dem Tor und habe keine Luft bekommen. Weil ich einfach nicht verstehen konnte, warum das passiert ist. Zu wissen, dass ich gerade da bin, wo meine Großeltern ihre schlimmste Zeit verbracht haben, das war schrecklich. Trotzdem wollte ich schon immer dahin. Für meine Großeltern. Damit ich ihnen zeige, auch wenn sie es nicht mehr erlebt haben, wie wichtig sie mir sind, wie wichtig mir ihre Geschichte ist.“

Auschwitz war am 27. Januar 1945 nicht vorbei. Deshalb muss die Geschichte dieses Konzentrationslagers, das innerhalb weniger Jahre zum größten Friedhof der Welt wurde, immer wieder neu erzählt werden.

Andrea von Treuenfeld

Februar in Israel

Eine Reisegruppe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V. war vom 3. bis 10. Februar 2020 in Israel. Ohne es zu ahnen, gehörten die 25 Teilnehmer zu den letzten ausländischen Besuchern vor der Einreisesperre, die das Land im März wegen Corona verhängte. Vereinsvorsitzender und Reiseleiter Jochen Feilcke hatte eine Rundreise organisiert, die von Jerusalem über das Tote Meer und die Festung Masada, den See Genezareth, die Golanhöhen, Akko und Haifa bis nach Tel Aviv-Jaffo führte. Dabei kam es zu interessanten Begegnungen.



Die Reisegruppe der DIG Berlin und Brandenburg e.V. war noch kurz vor Verhängung der Einreisesperre in Israel. Der Besuch der Festung Masada gehörte zu den Höhepunkten des Programms. Foto: privat

Zu den Höhepunkten gehörte der Besuch im Kibbuz Shaar Hagolan im Süden des Sees Genezareth, einen Kilometer von der jordanischen Grenze entfernt, wo die Gruppe zweimal übernachtete. Dort für die Gästebetreuung zuständig ist die deutschsprachige Nurit Kazir, die von den Anfängen der Kibbuzbewegung in den 1940er Jahren berichtete. Gründer waren Sozialisten, es gab kein Privateigentum, dafür harte Arbeit in der Landwirtschaft und ständigen Besuch aus Jordanien und dem Libanon. Später entstand eine Kunststoff-Fabrik, dann kam die Vermietung von Fremdenzimmern hinzu, die Nurit seither leitet. „Man braucht viel Geld, um sich den Sozialismus leisten zu können“, sagte sie.

Treffen in Tel Aviv

In Tel Aviv traf die Gruppe Grisha Alroi-Arloser, den Geschäftsführer der Israelisch-Deutschen Außenhandelskammer (AHK). In einem aufschlussreichen Vortrag machte er die Eckpunkte deutlich, die Israels wirtschaftliche Situation beeinflussen. Dazu gehören zum Beispiel das Bevölkerungswachstum von 850.000 Einwohnern im Gründungsjahr 1948 auf heute 9,1 Millionen Menschen in Israel, die Knappheit von Rohstoffen, insbesondere Wasser, das trotz der Wasserversorgung aus großen Meerwasserentsalzungsanlagen am Mittelmeer in heißen Sommermonaten knapp ist – und auch in großen Mengen nach Jordanien

geliefert wird. Ein fundamentaler Punkt ist der permanente Kriegszustand, der hohe Militärausgaben verursacht. Da Israel Lieferboykotte befürchtet, werden Waffen selbst produziert, von denen bis zu 60 Prozent exportiert werden. Ein großes wirtschaftliches Potenzial bieten die vielen gut ausgebildeten Einwanderer und vor allem die grundsätzlich lösungsorientierte Einstellung, die im Land vorherrscht: „Geht nicht, gibt's nicht“ und „Think out of the box“ heißt es – und Scheitern wird als eine positive Erfahrung gewertet. Die „Start-up-Nation“ zeigt sich auch darin, dass neue Unternehmungen zu 15 Prozent durch Familie, Freunde und Follower und zu 85 Prozent durch staatliche Fördermittel finanziert werden. Sehr interessant waren auch die Informationen über die Zusammenarbeit zwischen deutschen und israelischen Unternehmen.

Ein Berliner in Israel

Ein weiterer Gesprächspartner, den die Gruppe in Israel traf, war der frühere Berliner Arye Sharuz Shalica. Als Dreizehnjähriger zog der Sprössling einer iranischen Einwandererfamilie von Spandau in den Problemkiez Wedding. Plötzlich spielten Nationalität und ethnische Herkunft, Rasse und Religion eine zentrale Rolle. Arye wollte seine Herkunft nicht verleugnen und „beste Freunde“ unter seinen muslimischen Kumpels wurden von einem Tag auf den anderen zu Feinden, als sie erfuhren, dass Arye Jude ist. Er wurde gemobbt und sein Leben bedroht. So entschloss er sich im Jahr 2001, nach Israel auszuwandern. Nach Militärdienst und Studium wurde er Pressesprecher der israelischen Streitkräfte und stieg zum Major auf. Seit 2017 arbeitet er im Ministerium für Nachrichtendienste. In Deutschland veröffentlichte er mehrere Bücher, zuletzt den Titel „Der neu-deutsche Antisemit“, in dem er die verschiedenen Formen der sogenannten „Israel-Kritik“ in Deutschland beschreibt – den muslimisch-religiösen, den rechtsradikalen, den antisemitisch-rassistischen, den linksradikalen und den politisch-antiisraelisch begründeten Judenhass.

Maya Zehden



Zum Reiseprogramm gehörte auch ein Treffen mit der deutschen Botschafterin Dr. Susanne Wasum-Rainer (Dritte von rechts). Sie kennt Israel seit 40 Jahren und ist seit 2018 im Amt. Foto: privat

DIG Frankfurt

Von der Überwindung physischer Grenzen

140 hatten sich angemeldet. 30 kamen. 2000 haben die Veranstaltung miterlebt. Alles begann mit einer Nachricht aus Israel: Innerhalb von 90 Tagen wollten die Israelis einen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickeln. Und, die Israelis waren die ersten, die jeden, der ins Land kam in eine 14tägige Quarantäne schicken wollten. Ich wunderte mich über die Rigorosität – in jener fernen Zeit vor dem 8. März. Es war die Zeit, in der es noch als legitim galt, zu fragen: Sind die Maßnahmen angemessen? Wohlgehemt: Noch hatten wir keine Kontaktsperre, noch gab es keine desaströsen Zahlen aus Italien. Eine Veranstaltungsidee war geboren.



Wegen der Corona-Krise wurde die Veranstaltung live auf YouTube übertragen. Hochkarätige Gäste waren (sitzend v.l.n.r.) Uwe Böning, klinischer Psychologe, Prof. Dr. Klaus-Peter Hunfeld und Prof. Dr. Leo Latasch. Es moderierten Dr. Stefan Söhnngen (links) und die Frankfurter DIG-Vorsitzende Claudia Korenke. Foto: Screenshot der Aufzeichnung, die auf YouTube zu sehen ist: www.youtube.com/watch?v=TYIpPvhrZ2A&feature=youtu.be

Neben dem Vertrauen in Israels Wissenschaft und Forschung motivierte mich die Bekanntschaft mit dem idealen Gesprächspartner: Prof. Dr. Leo Latasch, nicht nur stellvertretender Direktor der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, nicht nur ehemaliger Ärztlicher Leiter Rettungsdienst beim Frankfurter Gesundheitsamt, sondern auch Mitglied des Deutschen Ethikrates. Dann berichtete jemand, dass die „Montagsgesellschaft“, ein Frankfurter Verein, der sich den „bürgerlichen Dialog“ zu brisanten Fragen zur Aufgabe gemacht hat, ein ähnliches Vorhaben diskutierte: Fachleute sollten in einer Podiumsdiskussion erarbeiten, wo die wahre Gefahr des Virus liege: in der Unwissenheit, in der Panikmache?

Innerhalb von drei Stunden entschieden Montagsgesellschaft und DIG Frankfurt das Konzept und die Besetzung einer gemeinsamen Veranstaltung. Auf dem Podium saßen – neben Prof. Dr. Leo Latasch ein weiterer Mediziner, als Virologe in hohem Maße kompetent: Prof. Dr. Klaus-Peter Hunfeld sowie Uwe Böning, klinischer Psychologe und Business Coach. Warum Israel? Obwohl wir mittlerweile wissen, dass das Labor Migdal in Kiryat Shmona einen Stoff gegen Covid-19 entwickelt hat, obwohl wir mittlerweile wissen, dass Israel Ausgangsperren

auferlegt, obwohl wir mittlerweile –Fake? – die unbestätigte Nachricht erhalten haben, dass der Mossad 100.000 Corona-Tests nach Israel „verbracht“ haben soll, war unser Konzept gescheitert. Meine Bemühungen, das Thema auf Israel zu fokussieren, waren obsolet: 48 Stunden zuvor schien die Seuche in Deutschland immer noch nicht beängstigend, war das Händewaschen ebenso das Gebot der Stunde wie das Abstandhalten. Im Verlaufe des Wochenendes vor dem Veranstaltungstag 16. März wurde mir jedoch klar, dass man das Thema Corona nicht auf ein Land, nicht auf einen Aspekt begrenzen kann und, dass die Möglichkeit der Nachfrage ein Dienst an unseren Teilnehmern sein sollte, uneingeschränkt.

Wir luden die eingeladenen Gäste wieder aus. Leidtragender war auch das Leonardo-Hotel, bekanntlich Teil einer Gruppe in israelischem Besitz, das sich auf das Geschäft mit 140 israelaffinen Gästen berechtigterweise gefreut hatte.

Der Text, den Sie lesen, ist am 23. März entstanden. Längst arbeitet die Hälfte der Berufstätigen im Home Office, längst sind Telefonkonferenzen, Live-Schaltungen und YouTube-Debatten vertrautes Arbeitsmaterial des Krisenmodus. Was jedoch die Montagsgesellschaft ermöglichte, war eine der ersten Live-Übertragungen, die unsere Gäste am PC verfolgten. Und nicht nur: Die Teilnehmer konnte fragen und mitdiskutieren. So begrüßte ich schließlich im Saal zunächst 10, dann aber doch zirka 30 Teilnehmer, die sich „leibhaftig“ zu uns gewagt hatten. Sie erinnern, es war vor der Eskalationsstufe „Kontaktsperre“ und dem Verbot, Versammlungen mit mehr als zwei Personen zu initiieren. „Draußen“ an den Bildschirmen schaltete sich ein ständig grösser werdendes Publikum dazu. Die Zahl des Abends: 2000 Teilnehmer – nie hatte die Montagsgesellschaft, nie hatte die DIG Frankfurt eine so rege Beteiligung. Und das Interesse hält an.

Das Gespräch selbst, das Fazit des von mir anmoderierten und von Dr. Stefan Söhngen, Vorsitzender der Montagsgesellschaft moderierten Events: Es ist nicht so schlimm, wie es scheint. Die Politik reagiert nicht adäquat. Das aber, lieber Leser, war vor dem ersten Tag der Kontaktsperre, vor der generellen Restauraenschließung und weit vor dem Tag, an dem Sie dies lesen. Bleiben Sie gesund.

Claudia Korenke

DIG Gießen

Antisemitismus und Schule

Die Arbeitsgemeinschaft Gießen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. veranstaltete mit Dr. Alexandra Kurth von der Justus-Liebig-Universität Gießen in der Gießener Kongresshalle einen Vortrag über „Antisemitismus und Schule. Erkenntnisstand und Handlungsperspektiven“. Der Vortrag basierte auf der Studie „Antisemitismus in der Schule. Erkenntnisstand und Handlungsperspektiven“, die diese gemeinsam mit Prof. Dr. Samuel Salzborn verfasst hat. Die Veranstaltung war mit mehr als 50 Teilnehmern gut besucht, sehr erfreulich war dabei, dass etliche Lehrer und Schulleitungen zu den Teilnehmern dieser Veranstaltung zählten.

Dr. Alexandra Kurth lehrt an der Justus-Liebig-Universität Gießen und ist dort maßgeblich in der Lehrerbildung tätig.



Referentin Dr. Alexandra Kurth und der Gießener DIG-Vorsitzende Joachim Fontana. Foto: Tommy Schmiedl

Auch wenn sie eine ausgewiesene Rechtsextremismus-Expertin ist, betont sie in ihrem Vortrag, dass Antisemitismus nicht ausschließlich ein Phänomen ist, welches auf den Rechtsextremismus und dessen Akteure zu begrenzen wäre – im Gegenteil: Antisemitismus ist in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und verschiedenen politischen Spektren zu finden, auch wenn er sich in durchaus unterschiedlichen Formen, wie bspw. dem israelbezogenen Antisemitismus, äußert. Antisemitismus ist nach wie vor höchst virulent und weit verbreitet.

Antisemitische Äußerungen und Taten sind an der Tagesordnung, dies trifft natürlich auch auf die Schulen zu – so ist „Du Jude“ ein gängiges Schimpfwort auf den Schulhöfen. Die Erkenntnis, dass dies ein Problem darstellt, wird mittlerweile durchaus auf der Entscheidungsebene erkannt – jedoch wollen die Bundesländer gerne eine Lösung, die möglichst nichts bis wenig kostet und sich nahtlos in den bereits existierenden Schulalltag, ohne Anpassungen und Änderungen, integrieren lässt. Dies ist angesichts der bevorstehenden Aufgaben selbstverständlich nicht so einfach umsetzbar.

Dr. Kurth beschreibt Antisemitismus nicht nur als etwas, das lediglich ein Vorurteil wäre, sondern vielmehr als ein Weltbild, als eine allgemeine und sich nahtlos durchziehende, in sich abgeschlossene (und damit allesklärende) Haltung zur Welt – die sich dadurch auszeichnet, dass der Antisemit nicht in der Lage und nicht willens ist abstrakt zu denken und konkret zu fühlen; vielmehr wird dies vertauscht: Das Denken soll konkret, das Fühlen soll abstrakt sein. Vor allem dies gälte es in einer schulischen Bildung aufzugreifen, um antisemitismuspräventiv wirken zu können: Die Schüler müssten befähigt werden abstrakt zu denken und konkret zu fühlen. Inwieweit, mit welchen Mitteln und in welchen Bereichen dies schulisch geschehen kann, wurde in der, an den Vortrag anschließenden Diskussion kontrovers diskutiert.

Auch die Schulbücher müssten entsprechend gestaltet werden, dazu gehört z.B. auch eine Darstellung jüdischer Geschichte und Kultur, auch jenseits von Shoah und Nationalsozialismus.

Ihren Vortrag illustrierte Dr. Alexandra Kurth mit Beispielen antisemitischer Agitation, wie z.B. von entsprechenden Sprühereien. Erst in den letzten Jahren wurde damit begonnen antisemitische Delikte in den Schulen systematisch und auf Länderebene zentral zu erfassen. Dazu gehört aber auch Antisemitismus als solchen erkennen zu können. Dabei zeigt

sich oftmals eine Überforderung von Lehrkräften, die nicht entsprechend ausgebildet und geschult sind, gerade hinsichtlich eines israelbezogenen Antisemitismus bzw. eines Antisemitismus von Muslimen ausgehend. Antisemitismus wird zumeist nur in seiner nationalsozialistischen Form als Antisemitismus verstanden. Selbstverständlich ist dies aber ein Aspekt, der bei weitem nicht nur Lehrer betrifft. Ebenfalls ein weiteres Problem ist, dass Antisemitismus immer noch lediglich als ein Vorurteil bzw. als eine Unterform von Rassismus betrachtet wird. Dies hat entsprechende Auswirkungen auf eine wirkungsvolle Prävention und vor allem auch auf das Erkennen der Grenzen von Prävention. Gerade diese Grenzen von Prävention, die Grenzen der pädagogischen Intervention und deren Möglichkeiten, beleuchtete Dr. Alexandra Kurth in ihrem Vortrag auch nochmals ausführlich. Denn die Arbeit gegen Antisemitismus muss sich letztendlich aus einer Mischung von Aufklärung, Prävention, Intervention und Repression zusammensetzen; dazu gehören auch außerschulische Kooperationen mit Behörden und der Polizei. Auch dies ein Punkt, der in der anschließenden Diskussion diskutiert wurde.

Die Studie „Antisemitismus in der Schule. Erkenntnisstand und Handlungsperspektiven“ (Dr. Alexandra Kurth & Prof. Dr. Samuel Salzborn) kann hier heruntergeladen werden: www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Dokumente/Antisemitismus-Schule.pdf

Torben B.F. Stich

DIG Halle-Umland

Hevenu shalom alechem - 30. Studienreise nach Israel

Die Geschehnisse am 9. Oktober in Halle haben unsere Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland der DIG noch einmal darin bestärkt, unseren kleinen Beitrag zu leisten, dass Feindbilder gegen „die Juden“ und auch gegen den „Staat Israel“ nicht plötzlich wieder (auch in unseren Kirchengemeinden) gehegt und gepflegt werden können, weil niemand mehr Juden kennt. Deshalb haben wir intensiv eine neue, die nunmehr 30. Studienreise nach Israel vorbereitet.

Wir wollen durch diese regelmäßig seit 1992 stattfindenden Studienreisen den Teilnehmern die Möglichkeit geben, Kontakte zwischen Einrichtungen in Deutschland und Israel bzw. den Palästinensischen Autonomiegebieten herzustellen, die vor allem im Bereich der politischen Bildung und der Kommunalpolitik von großer Bedeutung sind.

So starteten am 25. Februar insgesamt 31 Teilnehmer aus Halle, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Weimar und Erfurt voller Erwartungen zu dieser Reise – begleitet auch von manchen Ängsten ihrer Angehörigen und Freunde, ob man denn in dieses „Bürgerkriegsland“ reisen könnte. Aber wir reisten durch ein ruhiges, friedliches Land, hatten intensive Gespräche, Begegnungen und ermutigende Erlebnisse.

Am ersten Tag unserer Reise standen wir in dem kleinen Ort Gan Yoshina am Grab unserer Freundin Meir Wassermann: Er wurde in Suschawa, im Gebiet der Bukowina, Rumänien 1945 geboren. 1949 konnten seine Eltern mit ihm nach Israel aus-



Am Grab von Meir Wassermann, dem langjährigen Reiseführer und Freund der DIG Halle. Foto: privat

wandern. Nach seinem Militärdienst bei den Fallschirmjägern begann er in verschiedenen Funktionen zu arbeiten. Seit 1995 arbeitete er als staatlich anerkannter Reiseführer. So wurde er unser Guide und wichtiger Freund in Israel. Er verstarb am 8. November 2019 in Jerusalem.

In Haifa hatten wir eine für uns eindrucksvolle Begegnung im Beit Hagefen – das arabisch-jüdische Kulturzentrum ist ein gemeinnütziger Verein, der daran glaubt, gemeinsame egalitäre Räume vor allem für junge Menschen zu schaffen, die die Vielfalt der Identitäten und Kulturen in Haifa im Besonderen und in Israel im Allgemeinen enthalten.

Schon bei mehreren früheren Reisen durch Israel war es Wunsch der Teilnehmer, in Israel einen Baum zu pflanzen. So wurden wir am 27. Februar von einem netten Förster des KKL im Lavi-Wald empfangen und eingeladen, dort verschiedene kleine Laubbäumchen zu pflanzen – ein sehr eindrucksvolles Erlebnis.

Auf dem Golan blickten wir vom Har Bental weit hinein in das syrische Kriegsgebiet und ließen uns die Situation im von den UNO-Truppen gesicherten Grenzgebiet erläutern. Im Kibbutz Shaar Hagolan hatten wir eine uns alle bewegende Führung und sahen die Bunker, die noch immer vor allem für die Kinder im Kibbutz aufnahmebereit sind, wenn wieder Raketenalarm herrscht.

In der Nähe von Jericho besuchten wir die Taufstelle Qasr el Yehud - das „Loch im Zaun“ an der sonst durch Zäune und Minenfelder abgeriegelten Grenze zu Jordanien – ein „Ort des Friedens“. Wichtig war für uns die Fahrt hinauf nach Masada und das Gespräch dort über die Verfolgung und das Leiden, aber auch den Widerstand jüdischer Menschen.

Die Stadt Hebron wird in den deutschen Medien immer beschrieben als ein Ort der Abgrenzung und gegenseitigen Feindschaft der islamischen und jüdischen Bevölkerung und der religiösen Gruppen. Aber auch in Hebron sahen wir nichts von einer derartigen Feindschaft und Abgrenzung; rings um die Gräber der von Juden und Moslems verehrten Väter und Mütter des Glaubens haben wir die gegenseitige Achtung und Freundschaft erleben können.

Die nächste Station unserer Reise war Bethlehem: Nach dem Besuch in der Geburtskirche und einem kleinen Bummel durch die Altstadt übernachteten wir im Beth Arram, dem Gästehaus

der Behindertenwerkstatt Lifegate in BeitJala, wo wir am nächsten Vormittag Einblick nehmen konnten in die friedensstiftende Behindertenarbeit dieses kleinen christlichen Vereins.

Unser dreitägiger Aufenthalt in Jerusalem begann auf dem Ölberg in der Augusta-Victoria-Stiftung mit einer Einführung in die Probleme dieses Krankenhauses für die arabische Bevölkerung in Ostjerusalem und vor allem mit dem faszinierenden Blick vom Turm der „lutherischen Himmelfahrtskirche“ über Jerusalem und weit nach Osten bis zu den Bergen in Jordanien, im Süden bis Bethlehem und im Norden bis Ramalla.

Die Tage in Jerusalem waren reich gefüllt mit dem Besuch an der Klagemauer und dem Tempelberg, dem Gang durch die Altstadt bis zum Zionsberg, dem Besuch in Yad Vashem und im Israelmuseum. Für uns erstaunlich war, dass man vom Wahlkampf und der neuerlichen Wahl zur Knesset im Stadtbild überhaupt nichts mitbekam – kaum Plakate, keine Kundgebungen, keine Demonstrationen oder gar aufgeregte Debatten an den Straßenkreuzungen – wie wir es gerade nach der Landtagswahl in Thüringen erlebt hatten. Der „linke“ Soziologe und Politologe Moshe Zuckermann versuchte uns in einer abendlichen Diskussionsrunde zu verdeutlichen, um was es eigentlich bei dieser Wahl ging und mit welchen Hoffnungen sie verbunden war.

Am Tag unserer Abreise am 5. März verbreitete sich auch in Israel die Unruhe über das Auftreten des Coronavirus in Bethlehem. Aber wir konnten ohne Probleme am Nachmittag ausreisen und auch in Berlin ohne irgendwelche Kontrollen unseren Bus vom Flughafen nach Halle erreichen.

Aufgrund der Nachrichten hat sich dann eine Teilnehmerin in der Nähe von Halle am 9. März testen lassen. Nachdem ihr Befund positiv war, haben sich dann alle Reiseteilnehmer testen lassen. Sieben wurden positiv getestet, aber alle sind völlig beschwerdefrei und gesund. Und die Sorgen und Quarantänemaßnahmen können nichts an dem Ertrag unserer schönen Reise ändern: Wir werden in Halle von Israel und den Menschen, denen wir dort begegnet sind, erzählen.

Dr. Detlev Haupt



Blick vom Turm der „lutherischen Himmelfahrtskirche“ über Jerusalem. Foto: privat



Improvisationskünstler in Aktion: Philippe Gottlieb (Drums), Tilman Oberbeck (Bass), Doron Segal (Piano) und Omri Abramov (Tenorsaxofon). Foto: Birgit Freese

DIG Hamburg

Jazz-Spezial im Birdland

Bei Israel denken die Menschen meist spontan an Religion, Politik und endlose Konflikte, und selbst beim Thema Musik kommt man höchstens auf Netta und (fälschlich) noch auf Klezmer. Es wurde also höchste Zeit, die Aufmerksamkeit mal auf ein anderes, und zwar höchst aktuelles und erfreuliches Thema zu lenken: israelischer Jazz! Wir entschieden uns dabei gleich für ein für uns neues Format: als Location fand sich ein renommierter Hamburger Jazzclub, das »Birdland«.

Bevor die Musik begann, gab es ein Podiumsgespräch mit dem israelischen Schlagzeuger und Bandleader Philippe Gottlieb, der dem Publikum vieles mitzuteilen hatte. Schon seine eigene Biographie war höchst interessant – Philippe war vor 40 Jahren aus der Schweiz nach Israel ausgewandert und konnte neben seiner beruflichen Tätigkeit als Exportberater für große europäische Firmen aus erster Hand miterleben, wie der israelische Jazz sich entwickelt hatte.

Während der Mandatszeit, als der Jazz in den USA seinen Anfang nahm, war der Jischuw ja noch anderweitig beschäftigt, und tatsächlich nahm der israelische Jazz erst in den 1990er Jahren richtig Fahrt auf. Dann allerdings mit israelischer Perfektion. Inzwischen kommen auffallend viele Spitzenmusiker des zeitgenössischen Jazz aus Israel. Nur wenige Nationen beeinflussen den Jazz so stark wie Israel. Selbst der SPIEGEL schreibt dazu, dass offenbar die kulturelle Vielfalt des Landes einen Nährboden für inspirierte Jazz-Impulse bietet. Hinzu kommt das traditionelle israelische Improvisationstalent.

Philippe schilderte die Karriere des inzwischen weltberühmten Bassisten Avishai Cohen, der mit seinem Aufstieg in den 1990er Jahren ein Vorbild für viele andere Israelis wurde, die inzwischen internationale Berühmtheit erlangt haben, wie etwa Omer Avital (Bass), Avi Lebovich (Posaune), Arnie Lawrence (Saxofon), Anat Cohen (Klarinette, Sopran- und Tenorsaxophon), Avishai

Cohen (Trompete), Omer Klein (Piano) und Efrat Alony (Gesang). Seit 1997 gibt es am „International Center for Creative Music“ in Jerusalem Jazzklassen; auch die „Thelma Yellin Highschool Of Art“ in Givatayim bei Tel Aviv und die „Jerusalem Academy of Music and Dance“ bilden aus. Philippe berichtete über die diversen großen Jazz-Festivals in Israel. Insgesamt ist der israelische Markt allerdings zu klein für den Lebensunterhalt eines Jazz-Musikers, so dass Israelis meistens in den USA und in Europa Karriere machen. Der Weg führt dann mittelfristig oft über New York und Boston, insbesondere das dortige „Berklee College of Music“. Die gut vernetzte israelische Community in New York wurde sogar als „Jazz-Kibbuz“ bezeichnet.

Frauen spielen im israelischen Jazz eine wichtige Rolle

Jazz aus Israel wurde gelegentlich als „Falafel-Jazz“ belächelt, also geprägt durch exotische Klänge aus dem Orient. Es gibt tatsächlich ungewöhnliche Rhythmen: Musik aus Marokko, dem Jemen und der Klezmer brachten 7/4- und 9/4-Takte mit sich. Dies ist aber keineswegs prägend für den israelischen Jazz. In erster Linie machen israelische Musiker einfach guten internationalen Jazz ohne irgendeine orientalische Prägung.

Frauen spielen dabei eine wichtige Rolle: Anat Cohen Tenoret, Schwester von Avishai Cohen, an Klarinette, Sopran- und Tenorsaxophon wurde für ihr Album »Triple Helix« für den Grammy nominiert. Efrat Alony ist eine Jazz-Sängerin aus dem Irak, die in Haifa und Berlin lebt.

Im Anschluss an das Gespräch begann das Konzert des Philippe Gottlieb Quartetts. Aus Berlin dabei waren Omri Abramov am Saxofon und Doron Segal am Piano, zwei höchst umtriebige israelische Musiker, die in den verschiedensten Formationen und Tourneen in ganz Europa auftraten. Vervollständigt wurde das Quartett durch den Hamburger Tilman Oberbeck am Bass.

Wer uns in Hamburg verpasst hat, kann das an Ort und Stelle nachholen: für die nächste Israel-Reise empfiehlt Philippe Jazz-Begeisterten das „Beit HaAmudim“ und das „Zappa“ in Tel Aviv sowie das „Yellow Submarine“ in Jerusalem. Oder man sieht sich im „Smalls“ in New York.

Dr. Joachim Granzow



Philippe Gottlieb im Gespräch mit dem Schatzmeister der DIG-Hamburg, Dr. Joachim Granzow. Foto: Birgit Freese

DIG Köln

Erinnern gestaltet Zukunft



Foto: Philipp Gabriel

Ausstellungseröffnung in Köln, v.l.n.r.: Jakob Wawrzyniak (Generalkonsul der Republik Polen), Bettina Levy (Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln), Henriette Reker (Oberbürgermeisterin der Stadt Köln), der Künstler Manfred Bockelmann und DIG-Präsidiumsmitglied Helge David Gilberg.

Die Stadt Köln zeigte auf Initiative der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Köln im Lichthof des Spanischen Baus des Rathauses 20 Bilder des österreichischen Künstlers Manfred Bockelmann, der mit seinen großformatigen Bildern den in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ermordeten Kindern und Jugendlichen wieder ein Gesicht gegeben hat. Zur Eröffnung der Ausstellung „Zeichnen gegen das Vergessen“ unter dem Motto „Erinnern gestaltet Zukunft“ kamen über 230 Gäste aus der Stadtgesellschaft.

Die sehr bewegenden Bilder des Künstlers Manfred Bockelmann zeigen Kohlezeichnungen in hervorgehobener Größe von Kindern, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet wurden. Als Grundlage der Bilder dienten ihm sowohl die bei der Registrierung durch die Täter in den Lagern angefertigten Porträts als auch Bilder aus privaten Familienalben. Diese beiden Bildquellen stehen dabei in aussagereichem Kontrast zu einander. Die Intention des Künstlers war es, den Toten wieder ein Gesicht und damit ihre Würde zurück zu geben.

Die Ausstellungseröffnung fand ihren Platz in der Gedenkstunde zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Das Thema Kinder in Auschwitz, aber auch die Kinderrettungen nach Belgien waren seit dem Gedenken zum 9. November im vergangenen Jahr ein Thema in Köln. Zwei städtische Ausstellungen hatten sich dem gewidmet, eine im NS-Dokumentationszentrum und eine in der Gedenkstätte Jawne.

Das Vernichtungssystem des Lagerkomplexes Auschwitz stellt einen Tiefpunkt der menschlichen Geschichte dar, so Oberbürgermeisterin Henriette Reker in ihrer Eröffnung. Oberbürgermeisterin Reker erinnerte daran, dass in der Synagoge am 9. November die Namen der ermordeten jüdischen Kinder verlesen wurden.

In emotional bewegenden Worten berichtete der Generalkonsul der Republik Polen, Jakob Wawrzyniak den Gästen über seine

persönliche familiäre Beziehung zu Auschwitz. Wawrzyniaks Urgroßmutter selektierten die Nazis unmittelbar nach der Ankunft an der Rampe von Auschwitz, sie wurde in die Gaskammern geschickt. Sein Großvater überlebte und seine Großmutter leistete auf einem bayerischen Bauernhof Zwangsarbeit. Er appellierte, dieses Zeugnis lebendig zu halten und die Wahrheit über den Holocaust zum Ausdruck zu bringen. Mit klaren Worten, nämlich einem Nein zu Antisemitismus, zu Fremdenfeindlichkeit und zur politischen Manipulation der Wahrheit, zu Diskriminierung, schloss er sein Rede.

Für die Synagogengemeinde Köln sprach das Vorstandsmitglied Bettina Levy. In einer persönlichen Rede weckte sie die Aufmerksamkeit für die generationsübergreifenden Traumata, die die dritte Generation von Jüdinnen und Juden nach der Shoah auch aktuellen Antisemitismus anders erfahren lasse. Doch Antisemitismus und Rassismus seien lange nicht mehr nur eine Bedrohung für die jüdischen Menschen in Deutschland, sie bedrohen vielmehr die gesamte Gesellschaft und unsere Demokratie, besonders die Kinder und deren Zukunft. Dies wollte sie ausdrücklich nicht auf die Zukunft der jüdischen Kinder alleine beschränkt sehen.

Helge David Gilberg betonte den Wert gemeinsamer Erinnerung und forderte dazu auf, auf der Basis dieser geteilten Erinnerung die Zukunft zu gestalten. Er wies auf die Vielfalt der Ursprungsorte der nach Auschwitz deportierten und zum größten Teil ermordeten Jüdinnen und Juden hin. Sie stammten aus vielen Ländern Europas. Er appellierte, sie nicht zu vergessen und ihre Zeitzeugnisse gerade angesichts der Tatsache, dass es immer weniger Überlebende der Shoah gebe, zu bewahren. „Wir alle müssen ihre Zeugen sein, wir müssen die Erinnerung bewahren und mahnen“, erklärte er. Bewegend schilderte er die Familiengeschichte seines Vorstandskollegen Dany Meyer, dessen Vorfahren in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern ermordet wurden – so wurde das Gedenken ganz konkret. Anschließend verlas er eine Liste von Namen ermordeter Kölner jüdischer Kinder und gemahnte daran, dass in der Shoah 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche ermordet wurden.

Der Rabbiner der Kölner Synagogengemeinde, Yechiel Brukner, sprach dann den Kaddisch. Ihm folgte der Kantor der Gemeinde Mordechai Tauber mit dem „El Male Rachamim“.

Die Veranstaltung umrahmten musikalisch die Solisten des Sinfonieorchesters Bergisch Gladbach mit Interpretationen von Gustav Mahlers Kindertotenlieder unter der künstlerischen Leitung von Dr. Roman Salyutov am Piano.

Am 27. Januar, dem Shoahgedenktag, zeigte die DIG Köln den Künstler-Film „Zeichnen gegen das Vergessen“ im Kino »Die Brücke« des Filmclubs 813, der die Entstehung der gleichnamigen Werke von Manfred Bockelmann dokumentiert. Der Film

ist Künstlerportrait, Kunstfilm und Geschichtsdrama zugleich. Ganz ohne die sonst in Dokumentationen häufig verwendeten Archivbilder macht er das Grauen, das im Namen des antisemitischen, rassistischen und politischen Wahns geschehen ist, deutlich. Mit Kohlestift auf grober Juteleinwand zeichnet er in horizontalen Linien ein Porträt nach dem anderen. Er erinnert an eine nicht mehr zu schließende Lücke, die gerissen wurde und die diese Kinder hinterließen sowie an den Untergang einer ganzen Welt. Auf einer Reise zu Archiven in die USA und in das Konzentrationslager Auschwitz begegnet Bockelmann auch Kindern von damals, Holocaust-Überlebenden.

Am 12. Februar fand im Rahmenprogramm der Ausstellung ein Vortrag des Trierer Historikers Dr. Thomas Grotum zum Thema „(Über-)Leben und Sterben der jüngsten Opfer von Auschwitz“ im NS-Dokumentationszentrum EL-DE-Haus statt. In Auschwitz wurden unter den 1,1 Mio jüdischen Opfern sowie Sinti und Roma über 200.000 Kinder und Jugendliche ermordet. Dr. Grotum rückte die statistische Evidenz unter den registrierten Häftlingen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und stellte dann individuelle Schicksale von ermordeten und überlebenden Kindern und Jugendlichen dar. Er vermittelte diese individuel-



Die Porträts des Künstlers Manfred Bockelmann im Lichthof des Spanischen Baus des Rathauses der Stadt Köln Foto: Dr. Johannes Platz

len Schicksale und gab einzelnen Opfern Gesicht und Namen – auch aus anderen Bildquellen, die den Nationalsozialismus überdauert haben.

Helge David Gilberg

Ausführliche Informationen über den Künstler Manfred Bockelmann und sein Werk: www.zeichnen-gegen-das-vergessen.de

DIG Magdeburg

Eine Stadt für alle – welt-offenes Magdeburg

In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1945 wurde Magdeburg durch alliierte Bomberangriffe massiv zerstört. Neben geschätzten 2.000 Toten wurden ungezählte Menschen verletzt und viele verloren ihr Dach über dem Kopf. Die städtische Infrastruktur war ebenfalls in wesentlichen Teilen zerstört. Seit vielen Jahren gibt es den Versuch, das Gedenken an die Opfer dieses Ereignisses für politische Zwecke zu missbrauchen. Genauso lange gibt es aber einen gemeinschaftlichen Widerstand dagegen. So fand vom 16. bis zum 27. Januar 2020 die Aktionswoche „Eine Stadt für alle – Initiative Weltoffenes Magdeburg“ statt. Dazu gehörte nicht nur ein gemeinsames Singen auf dem Magdeburger Alten Markt, direkt am 16. Januar, mit mehr als 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Auch die bereits zur guten Tradition gewordene Schulmeile fand am Samstag, den 18. Januar statt. Dort gab es erneut einen gemeinsamen Infostand des Fördervereins Neue Synagoge Magdeburg e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Magdeburg der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Daneben beteiligten sich unsere Mitglieder auch an weiteren Projekten und Veranstaltungen im Rahmen dieser Aktionswoche. Wir setzen damit ein klares Signal für Demokratie und Toleranz und danken allen Beteiligten und Besuchern der unterschiedlichen Projekte für ihr Engagement.

Tobias Krull



Die DIG beteiligte sich an der Initiative Weltoffenes Magdeburg Foto: Tobias Krull

DIG Memmingen

Holocaust-Gedenken in der alten Synagoge

Zum Holocaust-Gedenktag lud die DIG Memmingen-Kempten-Unterallgäu in die vor Jahren wieder restaurierte ehemalige Synagoge in Fellheim (Unterallgäu) bei Memmingen ein. Über 110 Mitglieder und Freunde der DIG haben sich dort am 27. Januar zusammengefunden, um den 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zu begehen und der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft des Landrates des Unterallgäus, Hans Joachim Weirather, und des Oberbürgermeisters von Memmingen, Manfred Schilder. In der vollbesetzten ehemaligen Synagoge wurde mit einem kulturell geprägten Programm der Opfer gedacht, die auch die verfolgten Sinti und Roma einbezog. Eine Lesung aus dem Buch von Maria Anna Willer „Der Junge von Auschwitz...eine Begegnung“ durch die Autorin selbst und Schülerinnen und Schülern der Berufsfachschule für Krankenpflege Memmingen machte eindrucksvoll das grausame Schicksal des damals vierjährigen Jungen deutlich, der Auschwitz überlebte aber auch nach dem Kriege noch Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren mußte. Zwei Jahre hat Willer den betagten Münchener Sinti begleitet und befragt und seine Erinnerungen in einem 224 Seiten starken Buch festgehalten. Den musikalischen Rahmen gestaltete das Lancy Falta Trio. Der bekannte Jazzmusiker stammt aus einer künstlerisch begabten Sinti-Familie, die aus Memmingen stammt und dort ansässig ist. Seine Mitspieler sind André Schwager und Hans Peter Willer.

Der Vorsitzende der DIG Memmingen-Kempten-Allgäu, Dr. Ivo Holzinger, der auch den Stellvertretenden Landesvorsitzenden der Sinti und Roma in Bayern begrüßen konnte, schloss den berührenden Abend mit dem Aufruf, die Erinnerung an diese Gräueltaten stets aufrecht zu erhalten und knüpfte an die Worte von Bundespräsident Walter Steinmeier vom 23. Januar 2020 in Yad Vashem an: „Es darf keinen Schlussstrich unter das Erinnern geben. Um heute die Verantwortung, die nicht endet, an weitere Generationen weiterzugeben, brauchen wir das Reden über die Einzelschicksale“.

Dr. Ivo Holzinger



Das Lancy Falta Trio gestaltete den musikalischen Rahmen. Foto: Dunja Schütterle

DIG München

Besuch im NS-Dokumentationszentrum

Die DIG München organisierte am 19. Januar 2020 einen Rundgang im NS-Dokumentationszentrum zum Themenschwerpunkt „Flucht und Rückkehr“.

Hierbei wurde das Schicksal jüdischer Münchener nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 1950er Jahre intensiv beleuchtet. Durch die professionelle Darstellung von Frau Shimrit Sutter-Schreiber wurden geschichtliche Aspekte des Antisemitismus ab den 1920er Jahren thematisiert. Nach der aufschlussreichen Schilderung der Verfolgung wurden durch die Fragen der Teilnehmer interessante Einblicke zu dieser Phase der deutschen Geschichte aufgetan. An dieser Stelle ist das Engagement der Stadt München, die einen unentgeltlichen Eintritt im NS-Dokumentationszentrum ermöglicht, positiv hervorzuheben.

Auch die Teilnahme des Botschafters a. D. Konrad Max Scharinger (Gesellschaft für Außenpolitik) und seiner Ehefrau sowie von Rabbiner Steven Langnas waren Ermutigung, auf dem eingeschlagenen Weg der DIG München fortzufahren.

Zum Ende des Rundgangs wurde nochmals der Kampf gegen Anti-Semitismus und Anti-Israelismus auch in München klar proklamiert. Nach Worten des Dankes an die Referentin, Frau Shimrit Sutter-Schreiber, und an die Leiterin des NS-Dokumentationszentrums, Frau Prof. Mirjam Zadoff, fand die Veranstaltung ihren Abschluss.

Robert Erhardt



Referentin Shimrit Sutter-Schreiber (3. v.r.) berichtete über das Schicksal von Münchener Juden nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 50er Jahre. Foto: privat

DIG Münster

Ausstellung über Täter, Mitläufer und Widerstand

Im Dezember 2019 trafen sich die Mitglieder der DIG Münster zur Mitgliederversammlung in den Räumen der Jüdischen Gemeinde. Wichtigster Punkt der Tagesordnung war die Neuwahl des Vorstands. Matthias Hake, seit dem Frühjahr 2011 Vorsitzender, wurde wiedergewählt. Regine Foerster und Wilko Martens übernahmen den stellvertretenden Vorsitz. Sieben weitere Mitglieder wurden zu Beisitzern im Vorstand gewählt. Für das Frühjahr 2020 war wieder ein Israeltag in der Metropole Westfalens geplant, der aber durch das Corona-Virus zunächst hinfällig geworden ist.

Anfang des Jahres wurde die Ausstellung „Einige waren Nachbarn - Täterschaft, Mitläufertum, Widerstand“ im Regierungspräsidium in Münster gezeigt, die vom United States Holocaust Memorial Museum, Washington konzipiert wurde. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Münster war ein Kooperationspartner. Die Ausstellung warf einen Blick auf die Mitläufer in Nazi-Deutschland. Die Vernichtung des europäischen Judentums konnte nur geschehen, weil viele Deutsche einfach wegguckten, wenn Menschen verfolgt, misshandelt und zur Ermordung deportiert wurden, sofern sie sich daran nicht sogar beteiligten. Die Ausstellung zeigte aber auch Nachbarn, die verfolgten Juden und Jüdinnen halfen und so Widerstand gegen das Regime leisteten.

Peter Schilling, Vorstandsmitglied der DIG Münster, betreute Schulklassen und führte auch eine Gruppe DIG-Mitglieder durch die Ausstellung. Zum Schluss stellte er die beklemmende Frage, wie wir uns in einer solchen Situation verhalten würden.

Norbert Korfmacher



Im Regierungspräsidium Münster wurde eine Ausstellung des United States Holocaust Museum über Täter, Mitläufertum und Widerstand in der Nazizeit gezeigt. Foto: privat

Neue Partner – neue Möglichkeiten

Das Junge Forum (JuFo), dem alle DIG-Mitglieder im Alter von bis zu 35 Jahren angehören, hat seine Aktivitäten in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Das macht sich sowohl auf örtlicher Ebene als auch in den Bundesländern bemerkbar. Vor allem an Hochschulen sind die JuFos sehr aktiv.



Treffen in den USA: Mitglieder des Jungen Forums und der amerikanisch-israelischen Partnerorganisation „Stand With Us“. Foto: privat

Der Kampf gegen Antisemitismus und damit einhergehend auch mehr Verständnis für Israel zu schaffen, so wie die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel zu stärken, wird in Deutschland finanziell zu einem Großteil vom Staat gefördert. Das ist nicht überall so und wir als Junges Forum (JuFo) möchten von Beispielen und Organisationen aus anderen Ländern lernen, die mit ihrer Arbeit erfolgreich sind. Deswegen hat sich Mitte Januar eine Delegation von sieben Mitgliedern des JuFo aus Frankfurt, Heidelberg und Berlin auf den Weg nach Los Angeles gemacht. Das Ziel war, mehr über zionistische Organisationen in den Vereinigten Staaten zu erfahren, daraus für unsere Arbeit vor Ort zu lernen und nützliche Kontakte zu knüpfen.

Erster Anlaufpunkt war die jährliche Konferenz unserer amerikanisch-israelischen Partnerorganisation Stand With Us. Dort bekamen wir spannende Einblicke in die Arbeit, die Studierende auf ihrem Campus in den USA und in europäischen Ländern gegen Antisemitismus täglich leisten. Durch die Gespräche und Freundschaften haben sich zahlreiche neue Projekte, Vorträge und Online-Seminare ergeben, die unsere JuFo Gruppen vor Ort für ihr Programm nutzen können. Zudem besuchten wir in Los Angeles die größte persisch-jüdische Gemeinde der Welt in der Nessah-Synagoge. Diese wurde im Dezember 2019 angegriffen. Wir hatten die Möglichkeit, mit Mitgliedern der Gemeinde ins Gespräch zu kommen, die uns in der Synagoge willkommen hießen und mit uns über die Geschichte der persischen Juden in den USA sprachen.

Wir hatten auch die Freude, auf diplomatischer Ebene Kontakte zu knüpfen und von unserer Arbeit zu berichten. So wurden wir im Israelischen Generalkonsulat sowie im Deutschen Generalkonsulat vom Generalkonsul persönlich empfangen. Alle Menschen, mit denen wir ins Gespräch kamen, zeigten ein hohes Interesse an unserer Arbeit und dankten unseren Aktiven vor Ort für ihr Engagement, gerade in diesen herausfordernden Zeiten. Die Teilnehmer der Delegation hatten die Gelegenheit, mit inspirierenden jungen und erfahrenen Aktivisten über ihre Projekte und Strategien gegen den wachsenden Hass auf Juden und den Staat Israel zu sprechen. Ihr gewonnenes Verständnis für die Herausforderungen, denen jüdische und zionistische Studierende in den USA in Bezug auf BDS und die neue Welle antisemitischer Gewalt gegenüberstehen, werden sie nun in ihre Arbeit vor Ort einfließen lassen.

Junges Forum NRW

Landesweite Initiativen

In Nordrhein-Westfalen sind mittlerweile vier JuFo-Gruppen aktiv. Wir sind nun in Bielefeld, Münster, dem Ruhrgebiet und im Rheinland vertreten und engagieren uns vor Ort für Israel und gegen Antisemitismus. Dazu organisieren wir Vortragsveranstaltungen, Lesungen und Workshops, aber auch andere Formate wie Weinabende, Zeitzeugengespräche oder Gedenksparziergänge. Wir stehen in gutem Kontakt zu den jüdischen Gemeinden und unseren jeweiligen Arbeitsgemeinschaften, in deren Vorständen vermehrt Mitglieder des Jungen Forums vertreten sind, wodurch die Zusammenarbeit zwischen älteren und jüngeren DIG-Mitgliedern auf lokaler Ebene weiter intensiviert wird. Mit dem neu eingerichteten Organ der Regionalversammlung und einem Regionalkoordinator für ganz NRW vertiefen wir nun auch die Zusammenarbeit zwischen den JuFos.

Im vergangenen halben Jahr gab es eine Vielzahl spannender Vorträge in ganz NRW. Im Ruhrgebiet wurden gut besuchte Vortragsveranstaltungen zu Antisemitismus und Vergangenheitsbewältigung im polnischen Film sowie zu den Verbindungslinien zwischen Antisemitismus und der Anthroposophie Rudolf Steiners veranstaltet. In Münster wurden Vorträge zu dem Verhältnis der AfD und FPÖ zu Israel, zur Kritik der BDS-Kampagne und ein Workshop zur Kritischen Theorie des Zionismus organisiert. Das JuFo Rheinland und Münster organisierten Vorträge zum Antisemitismus in Großbritannien im Rahmen einer Vortragsreise von David Hirsh.

Doch nicht nur im akademischen Bereich ist das JuFo in Nordrhein-Westfalen präsent: Das JuFo Ruhr hat an einer gelungenen Chanukka Feier der jüdischen Gemeinde Dortmund teilgenommen und gemeinsam ein politisches Statement gesetzt: mit Licht gemeinsam gegen antisemitische Verdunkelung. Auch mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren stehen wir auf lokaler Ebene in engem Austausch. Mit der Regionalgruppe der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Münster wurde ein

Zeitzeugengespräch mit dem niederländischen Holocaustüberlebenden Jack Eljon organisiert, welches reges Interesse in der Studierendenschaft hervorrief. Nach einem eindrücklichen Vortrag des Zeitzeugen schloss sich ein spannendes Gespräch über aktuellen Antisemitismus in Europa an. Anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar hat das JuFo Münster gemeinsam mit dem Jugendbündnis gegen Antisemitismus einen Schweigemarsch vom Hauptbahnhof zur damaligen Deportationsstelle im Gedenken an die Opfer der Shoah veranstaltet. Das JuFo war außerdem bei mehreren Mahnwachen in Solidarität mit den Protesten im Iran vertreten, um ein Zeichen gegen die Unterdrückung der IranerInnen durch das islamische Regime zu setzen und die ExiliranerInnen zu unterstützen. Die Forderung nach dem Ende der Appeasement-Politik gegenüber der Islamischen Republik war auf dem Münsterschen Prinzipalmarkt klar zu vernehmen.

Die JuFos in NRW sind in verschiedensten Bereichen von Antisemitismusbekämpfung, Bildungsarbeit, Israel-Advocacy, Gedenken bis zu Protesten gegen das iranische Regime präsent. Wir hoffen unsere Planungen für das Jahr 2020, welche zur Zeit aufgrund des Corona-Virus stark eingeschränkt sind, möglichst bald fortsetzen zu können, um eine noch stärkere Stimme für Israel zu werden.

Junges Forum Bayern

Über 50 Veranstaltungen

Wie in den anderen Regionen Deutschlands, so ist auch in Bayern im letzten Jahr viel in Sachen Junges Forum passiert. Über 50 Veranstaltungen haben die einzelnen Lokalgruppen organisiert, darunter Vorträge, Lesungen, Workshops, Diskussionsrunden, Lesekreise, israelische Kochkurse und Weinproben.

Besonders sticht die Gründungsveranstaltung der Hochschulgruppe des Jungen Forums Bayreuth hervor, eine beeindruckende Podiumsdiskussion über Antisemitismus an deutschen Hochschulen, die mit Prof. Dr. Eva Maria Ziege, Professorin für Politische Soziologie an der Uni Bayreuth, dem Antisemitismusbeauftragten der bayrischen Staatsregierung Dr. Ludwig Spaenle, Ruben Gerzcikow von der Jüdische Studierendenunion Deutschlands, Dr. Annette Seidel-Arpaci von IAS Bayern und Philipp Butler, Vizepräsident der DIG, mit einer bemerkenswerten Auswahl an Gästen aufwarten konnte.

Auch schon vor der laufenden organisatorischen Neustrukturierung des Jungen Forums und der Schaffung des neuen Postens des Regionalkoordinators gab es in Bayern Bestrebungen, die einzelnen Lokalgruppen untereinander besser zu vernetzen. So finden seit Anfang 2019 in regelmäßigem Turnus Regionaltreffen statt, um Erfahrungen zu teilen, Projekte zu besprechen und unsere lokale Arbeit auf einer höheren Ebene miteinander zu koordinieren. Die Größe Bayerns zwingt uns dazu, mit der Tagung zu rotieren, bisherige Stationen waren Nürnberg im letzten Jahr und Augsburg Anfang dieses Jahres. Im Zuge des letzten Treffens wurde auch ein Regionalkoordinator gewählt.

Das Jahr 2020 versprach zunächst auch für die Region Bayern ein aufregendes Jahr zu werden. Mit der neugegründeten Hochschulgruppe in Bayreuth gab es nun in sieben Städten aktive JuFos, und die Regionalgruppe Augsburg feiert im Mai ihr fünfjähriges Jubiläum. Eigentlich war dafür auch bereits eine Feier angedacht, doch es kam anders. Leider hat auch bei uns

der Ausnahmezustand um das Coronavirus zugeschlagen und die Veranstaltungsplanung für das Frühjahr und den Sommer 2020 nachhaltig behindert. Zahlreiche Termine wurden abgesagt, viele Planungen wurden vertagt oder abgebrochen, und so manches Gruppentreffen musste notgedrungen als Telefonkonferenz stattfinden. Dennoch lassen wir uns davon nicht entmutigen und sind hochmotiviert, unsere Arbeit zu gegebener Zeit in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Junges Forum Hamburg

Feministische Emanzipation im Nahen Osten

Die Referentin Jenny Havemann berichtete von ihrer Tätigkeit als Koordinatorin verschiedener Programme und Initiativen zur Förderung des diplomatischen, kulturellen und politischen Austauschs zwischen Deutschland und Israel. In ihrem Vortrag beschrieb sie ein Spannungsfeld, welches im Mittleren Osten vor allem auf drei Ebenen bestehe: Bildung, Beschäftigung und Mitbestimmung. Sie führte mit drei Länderbeispielen in die Demografie des Mittleren Ostens ein und in die Rolle der Frauen in den Ländern Bahrain, Iran und Israel. In letzterem gehe es vor allem um Demokratie, Sicherheit und Religion. Alle, so die Referentin, sind in Israel miteinander verwoben und stellen aneinander bestimmte Anforderungen. Vor allem Religion und Sicherheit würden immer wieder die feministische Emanzipation vor verschiedene Herausforderungen stellen, was einen stetigen Aushandlungsprozess bedeute.

Im darauf folgenden Teil beschrieb die Referentin die verschiedenen Instanzen der israelischen Demokratie kurz und stellte die wichtigsten Parteien und ihre Politikerinnen vor. Dies setzte sie dann in ein Verhältnis zum vorangegangenen Teil und beschrieb, wie sich die Parteien im Spannungsfeld der drei Ebenen bewegen. Nach dem Vortrag folgte eine längere Diskussionsrunde. Hierbei wurden zunächst verschiedene Fragen zur Sicherheitspolitik diskutiert, beispielsweise am Verhältnis zwischen der Religion und der Freiheit der Frauen. Danach wurden Fragen zu der Beteiligung von Politikerinnen in der Knesset und Fragen zu den kommenden Neuwahlen gestellt.

Junges Forum Dresden

Zweites JuFo in Sachsen

Wir können mit Freude berichten, dass das Junge Forum auch im Osten unserer Republik wächst: Am 12. Dezember 2019 hat sich das Junge Forum Dresden gegründet und ist damit nun das zweite JuFo in Sachsen. Die neu gewählte Sprecherin Nurit Steimann sagt dazu: „Von Anfang an war uns klar, dass Diskurs und Bewusstsein über solche komplexen Themen in Dresden besonders wichtig sind. Wir haben beispielsweise mit der Unileitung Kontakt aufgenommen, nachdem wir über die geringe Aufmerksamkeit auf den Gedenktag am 27. Januar sehr enttäuscht waren. Zudem haben wir mehrere Projekte im Auge – eine Stadtführung durch Dresden mit dem Fokus auf der Beziehung zwischen Dresden und Israel, die Gründung einer Hochschulgruppe, erste Vorträge sowie die Vernetzung mit Initiativen vor Ort. Wir sind gespannt, was sich in den kommenden Monaten alles ergeben wird“.

Mit Herzblut für Israel

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat bundesweit mehr als 6.000 Mitglieder. Was bewegt Menschen, in unseren „Club der Israelfreunde“ einzutreten? Wer sind sie, was treibt sie an, wie bringen sie sich ein? Drei von ihnen stellen wir Ihnen vor.



Dr. Roman Salyutov ist Mitglied der DIG Köln und lebt als freiberuflicher Dirigent, Pianist und Kulturveranstalter seit 15 Jahren in Bergisch Gladbach. Der promovierte Musikwissenschaftler ist Leiter des Sinfonieorchesters Bergisch Gladbach und des von ihm gegründeten Yachad Chamber Orchestra, einem Kammerorchester aus deutschen und israelischen Musikern, das international Konzerte gibt.

Foto: Thomas Merkenich

Dr. Roman Salyutov, Bergisch Gladbach

Herr Dr. Salyutov, warum sind Sie in die DIG eingetreten?

Roman Salyutov: Die DIG ist eine wichtige Institution für die Deutsch-Israelischen Beziehungen, zu deren Tätigkeit ich nach Kräften beitragen wollte. Ich habe dabei festgestellt, dass die kulturelle Komponente nicht so stark vertreten ist wie andere Bereiche – und das ist genau das Gebiet, in dem ich als Musiker und Wissenschaftler etwas beitragen möchte.

Ist Ihnen die Liebe zur klassischen Musik in die Wiege gelegt worden?

Roman Salyutov: Klassische Musik war in meinem Elternhaus immer präsent. Meine Heimatstadt Leningrad war damals – und ist es bis heute! – eine kulturelle Hochburg, auch im weltweiten Maßstab. Meine Eltern sind zwar Naturwissenschaftler, aber sie haben meine Neigung zur klassischen Musik, die ich mit sechs Jahren gezeigt habe, konsequent unterstützt. Meine Mutter – selbst eine passionierte Amateurpianistin – war meine erste Klavierlehrerin und hat mich auf mein Studium bestens vorbereitet.

Sie sind aktiv als Pianist, Dirigent, aber auch als Initiator und Organisator von Festivals und Veranstaltungen. Wie schaffen sie es, all dies miteinander zu vereinbaren?

Roman Salyutov: Ich habe Spaß daran, die ganze Organisation von der Programmplanung und den Finanzen bis hin zu Werbung und Pressearbeit in der Hand zu haben – und es ist effektiv. Ein Vorbild aus der Musikgeschichte dafür ist Gustav Mahler: Als Direktor der Wiener Staatsoper hat er den ganzen Opernbetrieb an sich gezogen, wodurch er entbehrliche Diskussionen und Kompetenzstreitigkeiten vermieden und eine enorme Qualitätssteigerung ermöglicht hat. Er wusste, wie es laufen soll – und hat es nach bestem Gewissen umgesetzt. Wenn ich merke, dass sich ein gutes Projekt abzeichnet, ist es für mich wichtig, es in allen Details nach der künstlerischen Vision auszugestalten – damit das Gesamtkonzept stimmig ist. Dabei ist es hilfreich, alle Fäden in der Hand zu halten.

Wie sieht ein Tag im Leben eines freischaffenden Künstlers aus?

Roman Salyutov: Es gibt sehr individuelle Varianten eines freischaffenden Lebens, insofern kann ich nur von mir sprechen. Ein Arbeitsalltag fängt bei mir spätestens um 7 Uhr morgens an. Bis 10 Uhr und in der Mittagspause wird organisiert. Geübt am Klavier wird sieben Stunden täglich, um 19 Uhr bin ich durch und kann mir abends entweder etwas Freizeit nehmen oder mich wieder an den Schreibtisch setzen, wenn viel zu erledigen ist. Natürlich sieht es anders aus, wenn ich Proben, Treffen und Konzerte habe. Meine tägliche Arbeitszeit beläuft sich auf 10 bis 14 Stunden.

Ihr musikalisches Repertoire umfasst Werke der Klassik und der Moderne. Haben Sie auch einen besonderen Bezug zu jüdischen Komponisten?

Roman Salyutov: Ich habe einen besonderen Bezug zu allen Komponisten, die sich in ihrem Schaffen mit der Vielfalt der jüdischen Kultur und Geschichte beschäftigen. Dies ist für mich nicht nur von musikalischem, sondern auch von wissenschaftlichem und philosophischem Interesse. Eine solche künstlerische Widerspiegelung des Judentums fördert nicht nur mehr Verständnis für die Geschichte des jüdischen Volkes, sondern trägt auch zur Völkerverständigung und zu gegenseitigem Respekt bei.

Was verbindet Sie mit Israel?

Roman Salyutov: Erstens ist es die historische Heimat aller Menschen jüdischer Herkunft – und wenn man sich dessen bewusst ist, so spürt man eine besondere geistige Verbindung mit diesem Land, auch wenn man es nicht so häufig besuchen kann. Ich bin hier in Deutschland gut angekommen und kann mich beruflich sehr gut entwickeln. Aber zugleich bin ich froh, dass ich jederzeit nach Israel gehen kann – und zwar nicht nur als Tourist, sondern für immer. Das ist ein sehr wichtiges Gefühl. Zweitens sind viele unserer Verwandten aus der ehemaligen Sowjetunion – von absolut säkularen bis zu streng orthodoxen – in den 70er bis zu den 90er Jahren nach Israel ausgewandert. Es ist sehr interessant zu sehen, wie sie sich alle in der israelischen Gesellschaft wiedergefunden haben. Außerdem habe ich viele Freunde in Israel – teilweise noch aus meiner Schulzeit. Drittens ist es die Musik und insbesondere meine Tätigkeit als Gründer und Leiter des deutsch-israelischen Yachad Chamber Orchestra (YCO).

An welchen Projekten arbeiten Sie derzeit?

Roman Salyutov: Corona-bedingt sind sehr viele geplante Konzerte und Veranstaltungen ausgefallen – es ist für die Kultur eine große Katastrophe. Trotzdem arbeitet man weiter, denn es wird irgendwann weitergehen.

Im September – hoffentlich kann man dann wieder reisen – wollen wir nach Israel fliegen, wo das Yachad Chamber Orchestra neben einem Konzert in Ganey Tikva eine spannende Zusammenarbeit mit einem chassidischen Künstler in Jerusalem auf der Agenda hat. Er ist ein Verwandter meiner Familie und ein Spezialist für althebräische Musik aus den Tempel-Zeiten. Wir werden gemeinsame Workshops machen, die dann mit einem oder zwei Konzerten gekrönt werden. Es ist ein ganz besonderes Erlebnis und dabei noch im Herzen des Jüdischen Staates. Im Oktober wollen wir in den USA ein Projekt mit dem Los Angeles Museum of the Holocaust und der University of Southern California angehen. Wir widmen uns der in Vergessenheit geratenen Musik deutsch-jüdischer und polnisch-jüdischer Komponisten aus den 30er und 40er Jahren, die wir in Los Angeles zu Gehör bringen.

Für den November organisiere ich außerdem die Deutsch-Österreichischen Kulturtag 2020 in Bergisch Gladbach. In deren Rahmen zeigen wir nochmals die Ausstellung „Zeichnen gegen das Vergessen“ des österreichischen Künstlers Manfred Bockelmann, die Anfang des Jahres schon im Kölner Rathaus zu sehen war.

Was ist Ihr größter Wunsch als Israelfreund?

Roman Salyutov: Ein konsequentes und kompromissloses Vorgehen gegen jede Form des Juden- und Israelhasses. Gesprochen wird genug – den vielen guten Worten müssen endlich Taten folgen, welche die Situation real ändern. Unsere Erinnerungskultur darf nicht passiv sein, sondern muss im Alltag aktiv gelebt werden, auch wenn es häufig unbequem sein mag. Denn es geht nicht um rituelle Gesten, sondern um aktives, auf festen moralischen Prinzipien basierendes Handeln.

Die Fragen stellte Jürgen Sterzenbach.

Carola Deutsch, Berlin

Es war die Ungerechtigkeit, wie Israel in den Medien während des Gaza Konfliktes 2014 behandelt wurde, die Carola Deutsch in die DIG eintreten ließ. Schon vorher war sie israelaffin, aber zu diesem Zeitpunkt hatte sie das Bedürfnis, Gleichgesinnte zu finden. Und wenn sich diese zierliche, aber entschlossen wirkende, Frau etwas vornimmt, zieht sie es durch. Deshalb wurde sie erst mal Mitglied der DIG Berlin und Brandenburg (DIG B&B), um dann zu sehen, was sie hier eigentlich erwartete.

So war das Sommerfest 2014 ihre erste Begegnung mit der Gesellschaft und nicht ganz das, was sie sich erhofft hatte – ein bisschen Kaffeeklatsch, ein bisschen Plauderei, israelische Lieder und ein paar Reden. Gut, dass sie schon eingetreten war. Denn so ließ sie sich nicht abschrecken und ging fortan zu jeder sich bietenden Gelegenheit zu den Veranstaltungen der DIG. Nicht alle waren nach ihrem Geschmack, aber doch abwechslungsreich: mal ein Stammtisch, mal zur Politik oder zur israelischen Gesellschaft. Gleich im ersten Jahr ließ sie sich als Delegierte zur Hauptversammlung wählen.

In Leipzig war es der Austausch mit Leuten aus ganz Deutschland zum Thema Israel, der bei ihr ein schönes Gemeinschaftsgefühl erzeugte. Und mit der Israelreise der DIG B&B 2016 kam die Motivation, sich mehr zu engagieren. Noch heute schwärmt sie vom Programm und der guten Stimmung in der Reisegruppe. Ihre Idee war: In der DIG so viele verschiedene Themen wie möglich einzubringen, um möglichst viele verschiedene Leute zu interessieren und für die Gesellschaft zu gewinnen.

2018 wurde Carola in den Vorstand gewählt und legte los. Sie organisierte für die DIG eine Lesung mit Thomas Sparr und seinem Buch »Grunewald im Orient: Das deutsch-jüdische Jerusalem«, lud Manfred Kloke zu einem Vortrag über BDS ein, half mit bei einer Kooperationsveranstaltung mit der Landeszentrale für politische Bildung mit Georges Bensoussan, der das Buch »Die Juden in der arabischen Welt – die verbotene Frage« geschrieben hat und seine Thesen vortrug. Ein wichtiges Anliegen war es ihr, auch auf Wunsch einiger „Ossis“ in der DIG, das Verhältnis der DDR zu Juden und Israel endlich ausführlich zu beleuchten und das setzte die DIG auf ihr Betreiben 2019 mit zwei großen Veranstaltungen um.

Ihr Interesse an diesem Thema kommt nicht von ungefähr. Selbst (West-) Berlinerin, war sie lange in DDR-nahen linken Organisationen politisch aktiv. Sozialismus war ihr Ideal, das dann



Carola Deutsch ist Mitglied im Vorstand der DIG Berlin und Brandenburg e.V., wo sie Lesungen und andere Veranstaltungen organisiert. Sie reist in der Regel zweimal im Jahr nach Israel, wo sie viele Freunde hat.

Foto: privat

in den 90er Jahren bröckelte bis zur völligen Abkehr. Heute sagt sie von sich, sie sei radikal liberal und stehe in der Mitte, lehne es ab, in Ideologien und Schablonen zu denken und sei Anti-Feindbild orientiert.

Deshalb stößt es sie heute besonders ab, wenn Menschen in ihrem beruflichen und privaten Umfeld, zu dem vor allem Lehrer und Universitätsmitarbeiter gehören, unwissend sind, aber grundsätzlich kritisch zu Israel stehen. Eine Kollegin, die jetzt pensioniert ist, hat Israel und politische Weltkunde unterrichtet. Es macht Carola fassungslos, dass sie erstaunt darüber war, dass Araber in Israel leben. Den Krieg von 1967 hielt sie dann auch folglich für einen israelischen Aggressionskrieg.

Ihre Liebe zu Israel hat Carola zwar einige Freundschaften in Deutschland gekostet. Aber dafür hat sie viele Freunde in Israel. Ihr jüdischer Großvater aus Ungarn war ein starkes Motiv, sich mit dem Land auseinanderzusetzen und es gemeinsam mit ihrer Tochter zu erkunden. Sie allein war seit 2008 16 Mal in Israel. „Ich muss zwei Mal im Jahr nach Israel, um nach dem Rechten zu sehen“, sagt Carola. Und zwischendurch mischt sie die DIG B&B auf.

Maya Zehden

Robert Maximilian Rühl, Bayreuth



Robert Maximilian Rühl ist Mitgründer und Sprecher des Jungen Forums der DIG Hochschulgruppe Bayreuth. Der studierte Ökonom ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bayreuth und arbeitet derzeit an seiner Promotion. Im letzten Jahr nahm er an einer Delegationsreise des Jungen Forums nach Israel teil. Foto: privat

Herr Rühl, warum engagieren Sie sich in der DIG?

Ich bin in einem weltoffenen Großstadtumfeld aufgewachsen. Schon als Kind und Jugendlicher hatte ich viel Kontakt zu Jüdinnen und Juden in Berlin. Vorurteile ihnen gegenüber waren mir fremd. Ich habe erst während meines Studiums in Frankfurt an der Oder, Bayreuth und Bamberg begriffen, dass sich in unserer

Gesellschaft hartnäckig antisemitische Klischees halten, die sich nicht nur auf jüdisches Leben in Deutschland sondern ganz besonders auch auf Israel beziehen. Die Berichterstattung über den Nahostkonflikt hat mich mit der Zeit dazu bewogen, mich aktiv für Israel und gegen jeden Antisemitismus einzusetzen. Die DIG ist für mich eine hervorragende Plattform, um aufzuklären und Verständnis zu fördern für ein Land und ein Volk, das uns näher ist, als die meisten Europäer und besonders die Deutschen oft glauben.

Was verbindet Sie mit Israel?

Ausschließlich positive Erfahrungen! Ich habe Freunde, die nach Israel ausgewandert sind oder für einige Zeit dort gelebt haben und war nun endlich selbst letztes Jahr mit einer Delegation des Jungen Forums dort. Die freundschaftliche Aufnahme durch unsere zahlreichen Gastgeber, die Diversität und Zukunftsgewandtheit: das und derlei mehr sind Dinge, mit denen ich mich vollkommen identifizieren kann. Dazu bin ich überzeugter Demokrat und liebe die politische Auseinandersetzung. Wie sowas auch bei weit auseinanderliegenden Positionen zu konkreter Politik führen kann, lässt sich in Israel gut beobachten. Ich halte Israel für eine vorbildliche Demokratie.

Was planen Sie als Nächstes?

Das Junge Forum Bayreuth hat gerade im Januar eine großartige Veranstaltung zum Thema Antisemitismus im akademischen Umfeld organisiert. Es war unsere erste Veranstaltung, die schon für einiges Aufsehen gesorgt hat. Wir wollen genau diesen Weg weiter gehen: deutlich, hör- und sichtbar für die Ziele und Werte der DIG und des Jungen Forums eintreten. Konkretes kann ich noch nicht versprechen, aber wir arbeiten fleißig an einem tollen Programm für das zweite und dritte Quartal. Die Erfahrungen während der Delegationsreise letztes Jahr machen zudem Lust auf eine eigene Reise des Jungen Forums Bayreuth, vielleicht schon 2021.

Wie würden Sie Israel in drei Worten beschreiben?

Fröhlich, weltoffen, wehrhaft.

Welche Herausforderungen sehen Sie in Ihrer örtlichen Arbeitsgemeinschaft?

Bayreuth ist und bleibt mit dem überschwernen Wagner-Mythos beladen. So schön die Musik auf der einen Seite sein mag, so hässlich ist auch das, was Wagner daneben fabriziert hat. Seine Tätigkeit als antisemitischer Publizist wie auch die seines in Bayreuth begrabenen Schwiegersohns, Houston Stewart Chamberlain, bleiben dabei zu oft unerwähnt. Bayreuth an diese Schattenseiten seines Weltruhms zu erinnern, ist uns ein wichtiges Anliegen. Darüber hinaus: Präsenz erhöhen, Mitglieder gewinnen, Kritiker überzeugen!

Die Fragen stellte Philipp J. Butler Ransohoff.



Bank im offenen, Schatten spendenden Eingangsbereich des Hauses Sderot Chen 4 in der Innenstadt von Tel Aviv. Das Gebäude aus dem Jahr 1939 stammt von den Architekten Ben-Tsion Schilmauer und Ludwig Rauch. "Eile nicht, setze dich für eine Minute," ist die sublimale Botschaft an Bewohner und Besucher.

Foto: Palmer/Botschen

Tel Aviver Bauhaus-Architektur in zeitgenössischen Fotografien

Die DIG zeigte eine Ausstellung der Fotokünstler Ingrid Botschen und Michael Craig Palmer bei der Bundesvereinigung der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) in Berlin.

Viele Menschen jüdischen Glaubens, die in den 1930er Jahren Deutschland aufgrund von Terror und Verfolgung verlassen mussten, fanden in Tel Aviv ein neues Zuhause. Unter ihnen auch Architekten, die ihre Ausbildung am Bauhaus Dessau erhalten hatten. Sie errichteten mehr als 4000 Gebäude im Bauhaus-Stil und trugen dazu bei, das Bild von Tel Aviv zu prägen. Heute zählt die Weiße Stadt zum UNESCO-Welterbe.

Im Jahr des 100. Geburtstages der Design-Schule Bauhaus in Dessau zeigte die Deutsch-Israelische Gesellschaft exklusiv in der Bundeszentrale der BVMW in Berlin das Fotoprojekt „Between the Private and Public Domains in Bauhaus and International Style Buildings“. Die Fotografien der Künstler Ingrid Botschen und Michael Craig Palmer zeugen von einem sehr persönlichen Blick auf die Bauhaus-Architektur der Weißen Stadt Tel Aviv. In der 1909 gegründeten Stadt verdichten sich nicht nur die formalen Einflüsse des Bauhauses, hier wurde der Baustil der Moderne weiterentwickelt und dem Mittelmeerklima angepasst.

Die Ausstellung wurde in der Bundeszentrale des BVMW am Potsdamer Platz gezeigt und hatte viele prominente Besucher aus Wirtschaft und Politik. Bei der Vernissage, die vom israelischen Botschafter S. E. Jeremy Issacharoff eröffnet wurde, betonte der Präsident des BVMW, Mario Ohoven, die Relevanz der starken Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, so könne auch in Zukunft das Band der Freundschaft weiter geknüpft und Unternehmen aus beiden Ländern zusammengebracht werden. Der Standort Israel gewinne nicht nur für große Konzerne massiv an Bedeutung, sondern auch für den bislang eher zögerlichen Mittelstand. Zur Finissage kamen der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, Alexan-

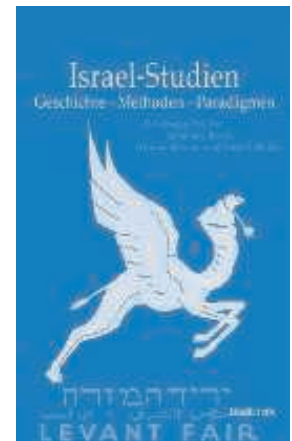
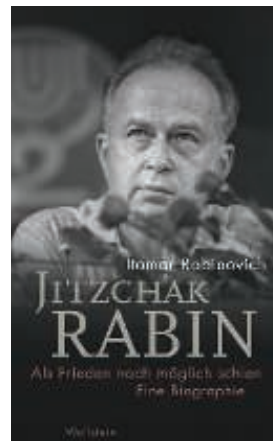
der Graf Lambsdorff MdB, sowie die Generalsekretärin der DIG, Michaela Engelmeier. Beide betonten in ihren Grußworten, wie wichtig es in politisch unruhigen Zeiten sei, ein Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus zu setzen und gemeinsam für die deutsch-israelische Partnerschaft zu kämpfen. „Der BVMW möchte eine deutsch-israelische Plattform bieten, um langfristige Kooperationen und Projekte anzustoßen“, so der Vorstandsvorsitzende der BVMW-Stiftung Patrick Meinhardt. „Wir danken der DIG für diese wunderbare Möglichkeit des Austausches und freuen uns auf weiterhin gute Zusammenarbeit für die deutsch-israelische Freundschaft.“

Anika Stürcken

BVMW Büroleitung Direktor Politik und Europa



Gäste bei der Finissage waren Markus Jerger (Bundesgeschäftsführer BVMW), Mario Ohoven (Präsident BVMW), Michaela Engelmeier (damals Vizepräsidentin DIG), Alexander Graf Lambsdorff MdB (Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe) und Patrick Meinhardt (Vorsitzender der BVMW-Stiftung). *Foto: BVMW*



Kultur, Geschichte und Politik Israels

Israel-Studien sind eine noch junge Forschungsdisziplin an deutschen Hochschulen. Der Göttinger Wallstein Verlag widmet ihr eine eigene Buchreihe, in der bislang vier Bände erschienen sind.

Israel-Studien als eigene kulturwissenschaftliche und -historische Subdisziplin, die sich auch so bezeichnen, sind ein relatives Novum in der deutschen Wissenschaftslandschaft, die mit einem entsprechenden Forschungszentrum an der Ludwig-Maximilians-Universität München und einer Juniorprofessur an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, in Mainz sowie der Einbindung in weitere Forschungszentren wie in Potsdam erste Institutionalisierungsschritte erfahren. Wissenschaftsgeschichtlich sind Institutionalisierungsprozesse jenseits der akademischen Lehre und Forschung wie die Gründung von Reihen wichtige Momente in wissenschaftlichen Disziplinbildungsprozessen.

Der gerade erschienene Sammelband „Israel-Studien. Geschichte - Methoden - Paradigmen“ liefert einen Überblick über das Forschungsfeld und bietet Einblicke in die Geschichte der Disziplin, in verschiedene methodische Zugänge und Paradigmen der Forschung. Er präsentiert dabei Beiträge der Israelstudien zur historischen Landeskunde, aber gleichzeitig auch als eine Disziplin, die ihren Ort im Nation Building des jüdischen Staates hat, diskutiert ihr Verhältnis zur Judaistik und zu den Jewish Studies, zu den Near Eastern Studies, zu den Migrationswissenschaften, zu Literatur und Kunstgeschichte sowie zu den Gender Studies. Vor allem werden wissenschaftsgeschichtliche Einordnungen vorgenommen. Wichtig ist dabei, auf die Negativfolie der Israel- und Zionismusstudien in der nationalsozialistischen „Judenforschung“ zu verweisen, in die Fabian Weber einen ersten Einblick gibt. Die Wissenschaftsgeschichte der Israelstudien in einem kursorischen Überblick der Nachkriegsentwicklung einer so noch nicht bestehenden Disziplin ist das Thema des Beitrags von Jenny Hestermann.

Bereits 2016 hatte *Trumah*, die Zeitschrift der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg, in das Themenfeld der „Israel-Studien in Deutschland“ eingeführt und dabei Fallstudien zur Diskussion gestellt, etwa zu den Gender-Studies, die später noch ausführlicher aufgegriffen werden, zur Rolle des Anek-

dotischen in der populären Literatur über den Palmach, sowie Überblicke über die gegenwärtige Lage der Israel-Studien vermittelt. Zu den bereits genannten wissenschaftsgeschichtlichen Überblicken gesellt sich hier, aus Zeitzeugenperspektive der Überblick Angelika Timms über die Israel-Wissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

In der Reihe Israel-Studien, die das Münchner Zentrum für Israel-Studien initiiert hat, werden in loser Folge unterschiedliche Arbeiten mit einem ansehnlichen Ansatz von Zugängen vorgestellt, die zum einen die innovative Rolle betonen, die die Geschlechterforschung und -geschichte bieten kann. Julia Grimmeisen untersucht dabei verschiedene Frauenbilder und -leitbilder, die auf den ersten Blick gegensätzlich wirken, aber gerade im Kontrast ein Gesamtbild ergeben. Ihr Gegenstand ist dabei nicht weniger als der der „Neuen Hebräischen Frau“ nach der Gründung des Staates Israel, die mit Einflüssen aus Europa und den USA, nämlich dem kommerziellen Schönheitsideal der Frau das Projekt des israelischen Nation Building beeinflussten. Diese in den Wahlen zu israelischen Schönheitsköniginnen gewählten Frauen standen auf dem internationalen Parkett der Miss Universum-Wahlen anderen Konkurrentinnen gegenüber.

Interessant ist dabei, wie sie auf deutsche Konkurrentinnen reagierten und auf arabische – durchaus vor dem Hintergrund aktueller oder historischer Feindkonstellationen. Diesem am Schönheitsideal geprägten Frauenbild stellt Grimmeisen das ebenso wirkmächtige Vorbild der sozialistischen Pionierin, die als gleichberechtigtes Mitglied ihrer Gemeinschaft, Seite an Seite mit den männlichen Kameraden und unter großen Anstrengungen und Entsaugungen die jüdische Nation in ihrem eigenen Land wiederbelebt haben soll, gegenüber. Interessant ist dabei, dass die widersprüchlichen Frauenvorbilder als Role-Models von den ersten erfolgreichen Frauenmagazinen des Staates Israel propagiert wurden und auch in der Populärkultur ihrer Niederschlag fanden. Sie spiegeln so den Kampf um die Deutungshoheit über das Frauenideal Israels wider.

In dem Fallbeispiel, das Dominik Peters beleuchtet, werden die Reichweite und die Grenze israelischer Expansion und des Rückzugs im Zusammenhang von Friedensprozessen am Beispiel des Sinai untersucht. Die kulturellen und politischen Narrative des Zionismus, die mit der Sinaihalbinsel von den Anfängen des Zionismus, über die Besetzungsphase 1967 bis 1982 bis zu der Aufgabe des Sinai und dessen Rückgabe an Ägypten verbunden waren, nimmt er dabei kritisch in einer kulturgeschichtlichen Perspektive in den Blick, wobei er den Sinai als einen Sehnsuchtsort des Zionismus, aber auch der israelischen Subkultur beschreibt. Der Sinai war während der 15-jährigen israelischen Besatzung vor allem auch eines: ein Pionier(t)raum. Der Sinai war bekanntlich nach dem Sechstagekrieg an Israel gefallen. Diese Exklave, die an den Küsten des Mittelmeeres, dem Golf von Suez und dem Golf von Akaba lag, wird hinsichtlich des israelischen Siedlungsbaus 1967 bis 1982 beleuchtet. Der Sinai war bereits für den frühen Zionismus ein Sehnsuchtsort, der ihn folgerichtig in einer großangelegten Expedition erkundete. Auf dem Sinai wurden in einer Neuauflage die arbeitervisionistischen Ideale der Gründerzeit Israels wieder aufgegriffen. Jedoch entwickelten sich in den neu gegründeten Städten und Dörfern eine Art israelischer Alternativorte, in denen säkulare Israelis ein unkonventionelles Gegenleben kultivierten. Der breite kulturgeschichtliche Blick schließt Archivdokumente ebenso ein wie erstübersetzte Gedichte, Lieder, Reisefeuilletons und Prosaschriften als Quellen der Darstellung.

Methodisch auf etwas eingefahreneren Wegen bewegt sich die politische Biographie Jitzchak Rabins von Itamar Rabinovich, die jedoch einer kommenden Einzelrezension vorbehalten ist. Insgesamt liefern die ersten Werke der Reihe Israel-Studien einen guten Einblick in rezente Forschungen, wecken Interesse auf die Fortsetzung der Reihe und regen zur Diskussion – vielleicht auch in unseren Arbeitsgemeinschaften – an.

Dr. Johannes Platz

Julie Grimmeisen
**Pionierinnen und Schönheits-
königinnen. Frauenvorbilder
in Israel 1948-1967**

Wallstein 2018
389 Seiten, € 39,90
ISBN 978-3-8353-3135-8

Dominik Peters
**Sehnsuchtsort Sinai.
Eine israelische Kulturge-
schichte der ägyptischen
Halbinsel**

Wallstein 2018
368 Seiten, € 38,00
ISBN 978-3-8353-3344-4

Itamar Rabinovich
**Jitzchak Rabin. Als Frieden
noch möglich schien. Eine
Biographie. Mit einem Vor-
wort von Michael Brenner**

Wallstein 2019
307 Seiten, € 24,90
ISBN 978-3-8353-3452-6

**Johannes Becke/Michael
Brenner/Daniel Mahla (Hg.)**
**Israel-Studien. Geschichte –
Methoden – Paradigmen**

Wallstein 2020
261 Seiten, € 32,00
ISBN 978-3-8353-3451-9

Reich gefüllte Schatzkiste

Vor mir liegt das Geschenk eines Freundes, von einem Freund geschrieben und gewidmet, mit Geschichten, die von Freunden handeln und von „Reisen zu den Zeugen eines Zeitalters“. So ist der Untertitel des bereits vor einem Jahr erschienenen „Dissidentisches Denken“ von Marko Martin. „Das wirst Du nicht an einem Stück lesen“, sagte mir der schenkende Freund. Nein, das Werk des Schriftstellers Marko Martin – 23 Besuche, 23 Gespräche mit Menschen, die Marko Martin kennt, die wir alle kennen, oftmals mit Berührungen der Lebenslinien der Gesprächspartner ist, in Reminiszenz an des Schriftstellers Tel Aviv-Band, ein „Schatzkästlein“. Oder vielleicht, angesichts der biografischen Schwere, die die Protagonisten teilen: eine Schatztruhe, aus der der Leser wählen muss: bedächtig, orientiert an der Tagesform des Wissen-Wollens und am Winkel, mit dem das Licht in die Stimmung fällt.

Der Schriftsteller Marko Martin zitiert in diesem Buch den Schriftsteller Aharon Appelfeld, der von sich sagt, er sei ein „Wesen, ohne eigene Sprache, ohne Worte, die zumindest einen Zusammenhang ergeben hätten“. Aharon Appelfeld, mit dem ich vor ein paar Jahren telefonierte, damals ich sprachlos in atemloser Verehrung, ist mittlerweile gestorben. Wenige Monate später folgte ihm der ältere Edgar Hilsenrath. Sein Gespräch mit Marko Martin enthält den Gegenentwurf zum Zionismus, das Fazit eines nur temporären Aufenthaltes in Israel: „Ich habe Juden gesucht, aber Israelis gefunden“. Nebenbei begegnet man Rudi Weissenstein und seiner Witwe, die uns in Frankfurt besucht hat und Manes Sperber und Jürgen Fuchs und Hans Sahl und anderen, die uns immer wieder eintauchen lassen in

diese, von Marko Martin so reich gefüllte Schatzkiste. Marko, der mich kürzlich ermahnte, ich solle ihn „altmodisch als Schriftsteller“ bezeichnen, weder sei er Autor noch Verfasser, noch Journalist – hier irrt dieser Marko Martin und „Dissidentisches Denken“ belegt es – er hat die Gene aller dieser Berufe, die auch Passionen sind und vor allem ist er: ein Dichter.

„Schriftsteller“, das ist eigentlich ein Begriff aus der Herstellung eines Buches, als die Schrift noch gestellt, nein, gesetzt wurde, so wie auch ich es einst lernte. Und deshalb gebührt sich hier, zum vielfachen Mal, Deutschlands schönste Buchreihe zu würdigen: „Dissidentisches Denken“ ist Band Nr. 415 der „Anderen Bibliothek“. Und wie Marko Martin die durch das Zeitalter gewordenen Gesprächspartner „eigene Worte und Sprache im Zusammenhang“ gegen das Totalitäre formulieren lässt, hat Anke Fesel erneut ein Buch von sinnlicher Haptik gestaltet.

Claudia Korenke



Marko Martin
**Dissidentisches Denken –
Reisen zu den Zeugen eines Zeitalters**
Die Andere Bibliothek, € 42,00
ISBN 978-38477-0415-7

TSAHAL

Der zeitlose Dokumentarklassiker schildert die Geschichte der israelischen Armee und macht ihre zentrale Bedeutung für den Staat Israel bewusst.



Claude Lanzmann mit Israel Tal, dem Konstrukteur des legendären Panzers Merkava. Foto: Absolut Medien

TSAHAL, der fünfstündige Dokumentarfilm ist ein bleibendes Zeugnis, an dem man nicht vorbeikommt, wenn man sich mit der Geschichte und der Gegenwart der israelischen Streitkräfte auseinandersetzt. Claude Lanzmann drehte 1994 im israelischen Auftrag den monumentalen Dokumentarfilm mit seiner typischen Interviewmethode.

Der Dokumentarfilm SHOAH machte Claude Lanzmanns Dokumentarmethode bekannt, die nicht auf den Zusammenschritt von NS-Archivmaterial setzt, wie die meisten der bis dahin bekannten Dokumentationen, sondern auf das lebendige Zeugnis von Überlebenden. Diese Methode hatte er aber bereits in seinem eindeutigen Bekenntnis WARUM ISRAEL 1972 etabliert. Ganz im Stil der in jener Zeit aufkommenden Oral History-Methode widmet er sich ganz den Erfahrungen der Zeitzeugen und schreibt damit ein Stück Erfahrungsgeschichte. Den dritten Teil seiner jüdischen Trilogie bildet Lanzmanns Film TSAHAL, ein Film über Israel und die IDF, die auf hebräisch Tsava Haganah Leisrael heißt, woraus sich die Abkürzungen Tsahal, Tzahal oder Zahal ableiten und die ihrem Selbstverständnis entsprechend die Armee zur Verteidigung Israels ist. Der Film entstand in den Jahren zwischen 1991 und 1994. Seine Zeitzeugen sind israelische Militärs, aber auch Politiker, Palästinenser, Siedler und Schriftsteller aus den israelischen Peaceniks. Ihm gelingt es so, das Credo und die Praxis der Tsahal zu beschreiben.

Lanzmann ist es dabei wichtig, auf seine Erfahrungen bei der Produktion von SHOAH zurückzugreifen und eine gleichsam historische Ableitung zu leisten, so dass TSAHAL zu einer logischen Konsequenz aus der vorangehenden Dokumentation wird: »Es ist wichtig zu verstehen, dass der Holocaust nicht allein ein Massaker an Unschuldigen war, sondern dass es ein Massaker an Menschen war, die keine Verteidigung hatten, die nicht wehrhaft waren; das heißt an Leuten, die zum allergrößten Teil seit Generationen und Jahrhunderten nicht daran gewöhnt waren, Waffen zu gebrauchen und Gewalt anzuwenden.«

Für Lanzmann besteht das Credo der IDF darin, »dass man angreifen muss, wenn man nicht sterben will, und dass man zugleich diesen Angriff nach Möglichkeit vermeiden will.« Diese Wehrhaftigkeit und Israels ökonomische, politische und militärische Stärke sind die Voraussetzung für ein friedliches Leben in Israel. Lanzmann ist sich sicher, dass »[...] ohne Tsahal [...] sich die Frage nach dem Frieden zwischen Israel und seinen ehemaligen Feinden niemals gestellt [hätte]: Israel würde nicht mehr existieren.« Der Schutz richtet sich nicht nur auf die israelische Nation, sie gilt auch der militärischen Gruppe und dem Einzelnen. Beeindruckend ist das Interview, das Lanzmann mit Israel Tal, dem Konstrukteur des israelischen Panzers Merkava, führt, das noch einmal verdeutlicht, was Schutz in Israel bedeutet und welchen Stellenwert er besitzt.

So entwickelt Lanzmann ein Bild der IDF, das zeitlos in dem Sinne ist, dass es nicht der Tagesaktualität verpflichtet ist, sondern Ergebnis von Entwicklungen langer Dauer. Der Film »erzählt den langen Weg Israels bis hin zur Anerkennung durch sechs große Kriege hindurch und 46 Jahre permanenter Alarmbereitschaft.«

Dr. Johannes Platz

»Man muss verstehen, dass die Schaffung eines israelischen Staates eine Armee verlangte. Man muss wissen, wie alles begann. Dass sie sehr wenige waren, welche Opfer sie brachten, wie viel Mut es verlangte. Das ist die Bedeutung des Films TSAHAL: die Eroberung des Muts.«

Claude Lanzmann



Claude Lanzmann
TSAHAL
 2 DVDs
 Länge: 290 Minuten
 Originalfassung mit deutschen Untertiteln
 Absolut Medien
 ISBN: 978-3-89848-963-8
 € 24,90

SERET

Vom 1. bis 10. September 2020 findet zum fünften Mal das israelische Film- und Fernsehfestival SERET International in Deutschland statt. Zu den Sponsoren gehört auch die DIG.

Israel als Lieferant hochklassiger Filme und Serien ist längst kein Geheimtipp mehr. Die Netflix-Serien »Fauda« und »Shtisel« zum Beispiel sind Welterfolge, und auch die legendäre US-Serie »Homeland« basiert auf den Ideen israelischer Drehbuchautoren. Kein Wunder also, dass Filmfans Schlange stehen, wenn alljährlich das israelische Film- und TV-Festival SERET in die Kinos lockt. »Seret« ist das hebräische Wort für »Film«, das im Logo des Festivals von Zweigen umrahmt wird und an einen Siegerkranz erinnert. Tatsächlich hat das 2012 in London entstandene Festival inzwischen einen Siegeszug durch Europa und darüber hinaus angetreten. Es steht für die Vielfalt des israelischen und jüdischen Lebens in Film und Fernsehen und zeigt auch Produktionen, die sonst kaum zu sehen sind – ein Leckerbissen für Cineasten.

Die Veranstaltungsorte des Festivals in diesem Jahr sind Berlin, Leipzig, Frankfurt, Hamburg, Köln, Düsseldorf und München. Die offizielle Eröffnung ist am 3. September 2020 im Berliner Kino »Babylon« geplant, wo vor der Filmvorführung ein Empfang stattfinden soll. Das Festivalprogramm umfasst mehr als 15 Filme, darunter Deutschlandpremierer wie die mehrfach ausgezeichneten Filme »Born in Jerusalem and still alive« von Yossi Atia und David Ofek, »Incitement« von Yaron Zilberman, »Red Fields« von Keren Yedaya und »Africa« von Oren Gerner.

Im Rahmen des diesjährigen Festivals findet außerdem zum ersten Mal ein »Industry Day« statt, der die Bedeutung deutsch-israelischer Kooperationen für die Filmbranche hervorheben und den Austausch von Filmschaffenden beider Länder fördern soll.

Auf (nicht nur) eine Zigarette mit Golda Meir

Ein Highlight des Festivals ist der Film GOLDA von Sagi Bornstein und Udi Nir, der auch Motiv des Festivalplakats ist. Kurz vor ihrem Tod wurde Golda Meir, Israels Premierministerin von 1969 bis 1974, für das israelische Fernsehen interviewt. Nach dem Ende der eigentlichen Aufnahmen filmten die Kameras weiter und zeichneten ein vertrauliches Gespräch mit einer der ersten Frauen der Welt auf, die Regierungschefin ihres Landes war. Während sie sich eine Zigarette nach der anderen anzündete, sprach Golda Meir frei über ihre Amtszeit als Premierministerin – fünf turbulente Jahre, die ihr einen Platz in der Geschichte sicherten, wenn auch zu einem hohen persönlichen Preis. Basierend auf diesen nie zuvor gesehenen Materialien, Zeugnissen von Anhängern und Gegnern und seltenem Archivmaterial erzählt GOLDA die dramatische Geschichte von ihrem überraschenden Aufstieg zur Macht und ihrer ikonischen internationalen Persönlichkeit als »Königin des jüdischen Volkes« bis zu ihrem tragischen und einsamen Tod.



Ein außergewöhnlicher Festivalbeitrag ist der ehemaligen israelischen Premierministerin Golda Meir gewidmet. Foto: SERET International

Die Kunst des Wartens

Ein weiterer Festivalfilm ist »The Art of Waiting« des Regisseurs Erez Tadmor. Er handelt von Liran und Tali, einem Paar in den Dreißigern, das davon träumt, zusammen ein Kind zu bekommen. Doch als dieser Traum lange unerfüllt bleibt, erfahren sie vom Arzt, dass sie eine Fruchtbarkeitsbehandlung machen müssen. Das hört sich zunächst einfacher an, als es ist. Die hereinbrechenden Schwierigkeiten stellen die Beziehung auf eine ernsthafte Probe. Wird die Liebe überleben?

Jürgen Sterzenbach

Die Festival-Termine auf einen Blick

Berlin	3.-8. September 2020
Leipzig	1.-2. September 2020
Frankfurt	1., 2., 5. September 2020
Hamburg	6. September 2020
Köln	9.-10. September 2020
Düsseldorf	9.-10. September 2020
München	9.-10. September 2020

»Israel ist die beste Garantie gegen einen neuen Holocaust.«

Golda Meir

Engagieren Sie sich für die deutsch-israelische Freundschaft und werden Sie Mitglied in einer unserer Arbeitsgemeinschaften. Sie finden uns in mehr als 50 Orten überall in Deutschland. Und im Internet: www.digev.de



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Littenstraße 105 · 10179 Berlin · Telefon 030 80 90 70-28 · info@digev.de